Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei häufigerer Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 28. | Dresden, Freitag den 3. Februar 1911. | 22. Jahrg.

Die Moabiter Polizeiübergriffe vor dem Berliner Stadtparlament.

Die Stadt Berlin und die preußische Regierung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung begann am Donnerstag abend mit einem Nachruf für den dahingeschiedenen zweitältesten Stadtverordneten Paul Singer. Stadtverordnetenvorsteher Michelet schloß seine im wärmsten Tone gehaltene Ansprache mit der bewegten Erklärung, daß der Tod Singers eine tiefe Lücke gerissen überall dort, wo der Verstorbene gewirkt mit seiner reichen Erfahrung und seiner treuen Hingebung.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Vorlage wegen der Uebertragung weiterer Zweige der Ortspolizei in städtische Verwaltung, gab unserem Parteigenossen Rosenfeld Anlaß, die Vorgänge in Moabit eingehend zu beleuchten. Der Redner entrollte jene argen Szenen von polizeilichen Ausschreitungen, die in den Prozessen festgestellt worden sind. Es sei kein Wunder, ruft der Redner nach Aufzählung all der Mißhandlungen aus, wenn in Moabit und auf dem Wedding gesungen wurde: **„Das ist Jagows wilde, verwegene Jagd!“** Der Redner schloß mit der Empfehlung des sozialdemokratischen Antrags, mit den Staatsbehörden wegen der Uebertragung sämtlicher Zweige der Polizei auf die Stadt in Verhandlungen zu treten und Maßnahmen zum Schutze der Bürger gegen Ausschreitungen von Polizeibeamten zu treffen.

In eindringlichen Darlegungen verfocht ferner Justizrat Cassel den von ihm und seinen Freunden gestellten Antrag der Uebertragung der Wohlfahrtspflege auf die Stadt. Wiewohl der Führer der Alten Linken sich nicht für den ersten Teil des sozialdemokratischen Antrags zu erklären vermag, so hält er doch mit der schärfsten Verurteilung der durch die Gerichtsverhandlungen unleugbar festgestellten polizeilichen Uebergriffe keineswegs zurück. Er erklärt die tief bedauernswerten Vorfälle von Disziplinwidrigkeit **als empörend.** Cassel empfiehlt schließlich den Antrag, geeignete Vorkehrungen zur Verhütung von polizeilichen Uebergriffen und zum Schutze unbeteiligter Personen zu treffen.

Dann nahm der Oberbürgermeister Kirschner das Wort. Er geißelte **das die Würde der Stadt Berlin verletzende Vorgehen der Staatsregierung,** die einen früheren Antrag der Stadt auf Uebertragung weiterer Polizeizweige **ohne jegliche Angabe von Gründen abgelehnt habe.** Eine Behörde, die einen ablehnenden Bescheid nicht begründe, erwecke bei dem Beschiedenen **den Eindruck der Willkür. Es könne** daher dem Magistrat **nicht zugemutet werden, noch einmal an** die Staatsregierung **mit einem Antrage heranzutreten,** der ohne Begründung abgelehnt worden sei. **Herr Kirschner** erinnerte auch noch an andere Fälle, in denen es, wie bei dem Eingemeindungsantrag, der Staatsregierung beliebte, den Magistrat von Berlin bei ablehnenden Bescheiden keiner Gründe, ja sogar überhaupt **keiner Antwort zu würdigen.** Kirschner erhofft jedoch von der einmütigen Annahme des Antrages Cassel einen gewissen Eindruck auf die Staatsbehörden.

Mit Temperament forderte Dr. Liebknecht den Oberbürgermeister, dem er übrigens kräftig die Stange hielt, zu schärferer Stellungnahme gegenüber der Staatsregierung auf. Nicht bitten, nein, heischen, verlangen solle der Magistrat von der Regierung.

Die lebhafte Debatte über die Vorgänge in Moabit und auf dem Wedding hatte das bemerkenswerte Ergebnis, daß der Antrag Cassel **einmütig zur Annahme gelangte.** Damit haben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Staatsregierung und der Polizeiverwaltung in gar nicht mißzuverstehender Weise zu erkennen gegeben, **daß die städtischen Körperschaften durchaus einig sind in der scharfen Verurteilung der Polizeiübergriffe in Moabit.** In diesem Sinne stellt sich diese Abstimmung als eine bedeutsame **Protestkundgebung dar gegen die jüngst geäußerte Auffassung des Polizeipräsidenten v. Jagow.**

Der gefaßte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die Berliner Stadtverordnetenversammlung spricht die Erwartung aus, daß die zuständigen Behörden geeignete Maßnahmen treffen, damit in Zukunft die Polizeibeamten bei notwendigem Einschreiten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht Mißgriffe begehen, insbesondere daß nicht Unbeteiligte verletzt oder geschädigt werden.“

Kriegs- und Friedensfragen in England.

Die Londoner Seekriegsrechtsdeklaration.

London, 1. Februar.

L. K. In England ist ein heißer Kampf entbrannt um die Londoner Seekriegsrechtsdeklaration. Die Opposition gegen die Deklaration zieht von den Jingos her, aber es ist ihnen letzthin gelungen, immer weitere Kreise zum Protest gegen dieselbe zu veranlassen. So hat sich jetzt schon eine ganze Anzahl von englischen Handelskammern, von Schiffahrts- und Versicherungsgesellschaften gegen die Ratifizierung der Deklaration ausgesprochen, und was dieser Bewegung eine viel größere Bedeutung verleiht, sogar die Arbeiterregierung des australischen Commonwealth hat sich wenn auch aus wesentlich anderen Gesichtspunkten, dem Protest angeschlossen. Die Agitation gegen die Deklaration kann deshalb heute nicht mehr als unbedeutend abgetan werden, sondern bildet eine wirkliche Gefahr für den Erfolg dieser internationalen Abmachung. Auch die Regierung hat sich bereits genötigt gesehen, der Protestbewegung Rechnung zu tragen, indem sie offiziös melden ließ, daß sie die Ratifizierung der Deklaration verschieben werde, bis die im Sommer stattfindende Kolonialkonferenz Gelegenheit gehabt haben wird, dazu Stellung zu nehmen.

Was ist die Londoner Seekriegsrechtsdeklaration? Ihr Ursprung ist der folgende: An der Haager Friedenskonferenz 1907 einigten sich die Mächte auf Vorschlag des deutschen und mit Unterstützung der englischen Delegierten auf die Schaffung eines Internationalen Prisenhofes, der als höchste Instanz über die Rechtmäßigkeit von Prisen (von Kriegführenden erbeutete Handelsschiffe) entscheiden sollte. Jetzt entscheiden über die Rechtmäßigkeit ausschließlich die zuständigen richterlichen Instanzen des wegnehmenden kriegführenden Staates. Ehe dieses Abkommen praktischen Wert erhalten und von den verschiedenen Staaten ratifiziert werden konnte, war es nötig, sich auf gewisse Grundsätze zu einigen, die die Rechtsprechung des neuen internationalen Gerichtshofes leiten sollten. Zu diesem Zwecke lud die englische Regierung die Seemächte zu einer Konferenz in London ein. Diese Londoner Konferenz fand im Jahre 1909 statt und ihr Ergebnis ist die Londoner Deklaration, die jetzt den Gegenstand des Kampfes bildet.

Die Gegnerschaft gegen die Londoner Deklaration wird damit begründet, daß die darin vereinbarten Rechtsregeln den Interessen Englands sowohl als kriegführendem wie als neutralem Staat widersprechen, dagegen den Interessen der festländischen Staaten gemäß zugeschnitten seien. Ueber die Argumente der Jingos ist es nicht nötig viel Worte zu verlieren. Sie sind gegen die Londoner Deklaration, weil sie in ihr die logische Fortentwicklung der Pariser Deklaration von 1856 erblicken, die feindliches Gut in neutralen Schiffen und neutrales Gut in feindlichen Schiffen für unverletzlich erklärte. Sie sind gegen jede Milderung der Seekriegsbarbarei; sie bekämpfen jede Einschränkung der Rechte der Kriegführenden, wie sehr auch die Lebensinteressen der friedlichen Bevölkerung des kriegführenden Staates selbst, der neutralen Staaten und die Gebote der Zivilisation sie erfordern mögen. Sie wollen die Vorteile, die die Uebermacht zur See England verschafft, voll und ganz ohne Rücksicht auf Humanität oder Zivilisation, ausnützen und so eine englische Seetyrannei wieder herstellen, wie sie zur Zeit der napoleonischen Kriege bestand.

Ernster zu nehmen sind Einwürfe einiger Handelskammern, die sich zum Teil mit denen der australischen Regierung decken. Diese Kritiken wenden sich hauptsächlich gegen drei Punkte der Deklaration, gegen deren Bestimmungen über Konterbande, über die Vernichtung neutraler Prisen und über die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe zur See.

Mit Bezug auf Konterbande stellt die Londoner Deklaration drei Listen von Waren auf, die je für absolute Konterbande, für bedingte Konterbande oder für unbedingt unverletzlich erklärt werden. Absolute Konterbande sind Waren, die nur zu Kriegszwecken verwendet werden können. Bedingte Konterbande Waren, die sowohl zu kriegerischen wie zu friedlichen Zwecken verwendet werden können. Unverletzlich sind Waren, die überhaupt nicht zu Kriegszwecken verwendet werden können. In der Liste der bedingten Konterbande steht als erster und wichtigster Artikel: Nahrungsmittel. Bedingte Konterbande aber kann der Londoner Deklaration gemäß erbeutet werden, wenn sie für die bewaffnete Macht oder ein Regierungsamt des feindlichen Staates, ferner wenn sie für einen Lieferanten dieser Regierung, für einen befestigten Ort oder einen Ort, der den feindlichen Truppen als Operationsbasis dient, bestimmt ist. Die Proteste richten sich nun hauptsächlich dagegen, daß Nahrungsmittel überhaupt für Konterbande erklärt werden können. England, erklären sie, das für seine Ernährung zum überwiegenden Teil auf die Einfuhr von überseeischen Ländern angewiesen ist, komme dadurch in Gefahr, im Kriegsfalle ausgehungert zu werden. Die angeführten einschränkenden Bestimmungen haben, behaupten sie, keinen Wert, denn schließlich könne, zumal in der Rechtsprechung eines „ausländischen“ Gerichtshofs, jeder englische Hafen zur Kriegsbasis dienen, weil sie doch alle zum Eisenbahnnetz gehören. Deshalb dürfe ein solches Abkommen niemals die Einwilligung Englands finden.

Dieser Einwand ist jedoch durchaus ungerechtfertigt. Die Bestimmung über Orte, die als Kriegsbasis dienen, ist freilich, wie das bei internationalen Vereinbarungen so oft der Fall ist, recht zweideutig, aber daß sie jemals in dem weiten Sinne interpretiert werden könnte, wie die englischen Protestler zu befürchten vorgeben, ist gewiß nicht anzunehmen. Nebenbei sei bemerkt, daß die englischen Jingos gelegentlich sehr wegwerfend über diese ganze Aushungerungstheorie sprechen können, nämlich dann, wenn es ihren Zwecken besser paßt. Dann sagen sie, daß darüber gar nicht disputiert werden brauche, denn ein Abschneiden der englischen Nahrungszufuhr sei nur denkbar, wenn die englische Seeherrschaft verloren gegangen sei, und dann sei nicht nur die Nahrungszufuhr, sondern die ganze selbständige Existenz des englischen Staates dahin. Was aber die Hauptsache ist: die Bestimmungen der Londoner Deklaration über Konterbande verschlechtern keineswegs den bisherigen Zustand, sondern bedeuten ihm gegenüber einen ganz beträchtlichen Fortschritt. Bisher hing es ausschließlich von dem Belieben der kriegführenden Staaten selber ab, ob sie Nahrungsmittel für absolute Konterbande erklären wollten oder nicht. Tatsächlich geschah das sehr häufig, man braucht bloß an den russisch-japanischen Krieg zu erinnern. In dieser Beziehung würde England also auch nicht durch die ungünstigste Interpretation der Londoner Deklaration gegen früher benachteiligt sein. In Wirklichkeit ist aber gerade die für friedliche Zwecke bestimmte Nahrungszufuhr durch die Deklaration sichergestellt, wenigstens für jeden, der nicht absichtlich einen falschen Sinn in den Wortlaut der Deklaration hineinzwängen will. So faßt auch die englische Regierung die betreffende Bestimmung der Deklaration auf. Danach ist also das Gespenst der Aushungerung Englands, dem sogar schon vor einigen Jahren eine königliche Untersuchungskommission gewidmet wurde, durch die Londoner Deklaration zerstreut. Aber die betreffenden Bestimmungen bringen außerdem noch andere greifbare Vorteile. Zunächst ist es schon ein großer Gewinn für alle Teile, daß durch die Festsetzung ausdrücklicher Warenlisten die allgemeine Unsicherheit darüber, was Konterbande ist und was nicht behoben ist. Und schließlich sind gewisse gerade für Industriestaaten wie England und Deutschland unerläßliche Rohmaterialien, die früher unendliche Schikanen erleiden mußten, wie Baumwolle, Wolle und alle anderen Textilrohwaren, Rohfelle, Metallerze, Porzellan, Glas, Tonwaren, Seife, Industriemaschinen, Uhren usw., für völlig unverletzlich erklärt.

Nicht so leicht sind die Einwände gegen die Zulässigkeit der Vernichtung neutraler Prisen abzutun. Die Londoner Deklaration verbietet die Vernichtung neutraler Prisen im allgemeinen, läßt sie aber ausnahmsweise zu, wenn sonst die Sicherheit des wegnehmenden Kriegsschiffs oder der Erfolg seiner Operationen gefährdet würde. Durch diese letztere Einschränkung wird das Vernichtungsverbot in der Tat illusorisch gemacht, und das im Interesse von Seemächten, die keine weitverzweigten Kolonien und Kohlenstationen haben und deshalb Prisen nicht leicht über weite Entfernungen begleiten können. England, das dank seiner zahllosen Kohlenstationen nicht leicht in die Lage kommen kann, Prisen entweder zerstören oder freilassen zu müssen, geht dadurch ein Vorteil, der ihm ein absolutes Zerstörungsverbot gebracht hätte, verloren. Aber auch hier ist nur zu sagen, daß die Londoner Deklaration die bisherige Lage vom Standpunkte der Interessen Englands, die hier mit denen der neutralen Handelsschiffahrt zusammenfallen, nicht gebessert hat; verschlimmert ist sie aber auch nicht worden. Aehnlich stehen die Dinge mit Bezug auf die Umwandlung des Charakters von Schiffen auf hoher See. Auch auf dieses gewiß sehr barbarische Kriegsmittel ist England weniger angewiesen als schwächere Seemächte. Aber wiederum ist kein positiver Rückschritt zu verzeichnen, sondern nur der Mangel eines Fortschritts zu beklagen.

Es bleibt noch abzuwarten, welche Formen die Opposition gegen die Londoner Deklaration in England noch nehmen wird. Die Deklaration selber wird dem englischen Parlament nicht zur Entscheidung vorgelegt werden, aber es wird es in der Hand haben, durch Ablehnung der Prisengerichtsvorlage gleichzeitig auch die Londoner Deklaration zu vernichten. Dafür wird jetzt von sehr vielen Seiten Stimmung gemacht. In den Times wird heute ebenfalls die Desavouierung der Deklaration verlangt und der Vorschlag gemacht, daß England sich zunächst mit den Vereinigten Staaten auf bestimmte andere Grundsätze einigen möge in der Hoffnung, daß sich dann auch andere Länder anschließen würden. Es ist leicht möglich, daß die Frage schon bei der Debatte zur Thronadresse ausführlich zur Sprache kommt.

Da nachträgliche Abänderungen bei einem internationalen Dokument wie die Londoner Deklaration kaum möglich sind, bleibt der Demokratie nur die Entscheidung darüber übrig, ob sie in ihrer jetzigen Form angenommen oder gänzlich abgelehnt werden soll. Angesichts einer solchen Alternative wird man sich, wie uns scheint, für die Annahme entscheiden müssen. Der Fortschritt ist im allgemeinen sehr gering, zumeist kaum der Rede wert oder gänzlich abwesend, aber ein Rückschritt liegt nicht vor, und verwöhnt ist man ja in dieser Beziehung gewiß auch nicht. Die Ablehnung der Deklaration würde auch diesen geringen Fortschritt für Jahre verzögern. Die Opposition kommt denn auch in der Tat fast ausschließlich aus dem reaktionären Lager.

Sollte aber eine allgemeine Revision der Londoner Deklaration in Betracht kommen, dann wird natürlich viel mehr darüber zu reden sein. Auch die englische Arbeiterpartei wird ihre Stellungnahme präzisieren müssen. Vom rein nationalen Standpunkt lassen sich solche Fragen überhaupt nicht entscheiden: die Folge sind nur Widersprüche und Konfusion. Da wird man zu ganz entgegengesetzten Anschauungen kommen, je nachdem man sich das eigene Land als Kriegführenden oder als Neutralen, als stärkeren oder als schwächeren Kriegführenden usw. vorstellt. Für die Arbeiterdemokratie müssen ganz andere Kriterien maßgebend sein. Sie wird schon aus Humanitätsrücksichten die Auswüchse der Kriegsbarbarei möglichst einzuschränken suchen und die verheerenden Folgen des Kriegs möglichst auf die bewaffnete Macht selber beschränken. Dazu ist die Einschränkung der Rechte der Kriegführenden und die Erweiterung der Rechte der Neutralen ein Mittel, aber auch hier können unvorsichtige Verallgemeinerungen leicht die eigenen Zwecke zerstören. Ausschlaggebend wird der Gesichtspunkt sein, ob eine vorgeschlagene Rechtsänderung eine wichtigere Friedensentwicklung vorbereitet oder ob sie einen plausiblen Vorwand für Kriegsrüstungen zerstört. Es kommen dabei manche recht komplizierte Fragen in Betracht, die eine eingehende Untersuchung erheischen. Hier, wenn irgendwo, liegt ein Fall vor, bei dessen Entscheidung ein planmäßiges Einvernehmen zwischen den Arbeiterparteien der verschiedenen Staaten erforderlich ist.

* * *

Krieg und Arbeiterstreik.

Wir haben gestern bereits von der imposanten **Friedens- und Abrüstungskundgebung auf der Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei** in Leicester berichtet. Ein klarer und scharfer Beschluß gegen die Fortsetzung der Flottenrüstungen und gegen die Haltung der englischen Regierung in der Frage des Seebeuterechts wurde einstimmig von der zahlreich beschickten Konferenz angenommen.

Im Anschluß an diese Kundgebung kam es aber noch zu einer weiteren bemerkenswerten Debatte, über die uns in Ergänzung der gestrigen telegraphischen Meldungen unser Londoner Korrespondent wie folgt berichtet:

Es folgte die interessanteste Diskussion des Tages mit dem Zusatzantrag Keir Hardie. Dieser Zusatzantrag besagt: „Als bestes Mittel zu diesem Zwecke macht sich die Konferenz die Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen zu eigen.“ Es folgen nun die fünf Punkte der Kopenhagener Resolution: Friedenserziehung in den Schulen, Friedenspropaganda der Arbeiterorganisationen, Anstrebung einer internationalen Konvention zur Einschränkung der Rüstungen und Abrüstung, parlamentarische Ratifikation

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

internationaler Verträge, und schließlich als letzter Punkt: „daß das Internationale Bureau die Ansichten der organisierten Arbeiterbewegung der Welt über die Nützlichkeit des Streiks zur Verhinderung des Kriegs einhole". Bei diesem letzten Punkte platzten die Meinungen scharf aufeinander.

Es ist erinnerlich, daß die britische Sektion in Kopenhagen eine viel weitergehende Resolution über den internationalen Streik vorschlug, die alle Länder ohne weiteres auf den Streik verpflichten wollte. Die Resolution wurde von den Deutschen und Oesterreichern bekämpft und schließlich einigte man sich auf den eben zitierten Kompromißantrag Vandervelde. Trotzdem kehrten die Engländer unbefriedigt heim. Heute machte Keir Hardie keinen Versuch, die Arbeiter für die weitergehende Auffassung zu gewinnen, sondern begnügte sich von vornherein mit der mäßigeren Resolution des Kopenhagener Kongresses, obschon er sich mit großer Begeisterung und viel Temperament für einen Anhänger des internationalen Streiks erklärte. Im Gegenteil, er betonte nachdrücklich, daß die von ihm im Namen der I. L. P. vorgeschlagene Resolution die Konferenz keineswegs zum Generalstreik verpflichte, sondern nur dessen Diskussion befürworte.

Er wurde unterstützt von Bruce Glasier, ferner von Brownlie, einem Vertreter der Woolwicher Arsenalarbeiter, der betonte, daß schon ein Streik der Transport- und Waffenarbeiter zur Verhinderung des Kriegs genügen werde. Dagegen spricht Jarvis (Bristol) gegen die Abrüstung, solange andere Völker bewaffnet sind. England müsse Mittel haben, sich gegen einen Angriff zu verteidigen. Es werde noch lange dauern, ehe die englischen Arbeiter so aufgeklärt sind, um an einem internationalen Streik teilzunehmen. Whitefield (Bristol) unterstützt den Antrag Keir Hardie. Shaw (Colne) ist gegen den Generalstreik, der, sobald er einmal möglich sei, damit auch unnötig geworden sei.

Abg. Henderson, der frühere Präsident der Arbeiterpartei, schlägt vor, den Schlußpassus der Resolution Hardie zu streichen, wendet sich also gegen die Diskutierung des Generalstreiks. Die Annahme der Resolution würde den Glauben erwecken, die Konferenz sei dem Generalstreik günstig gesinnt. Er aber halte ihn für gefährlich und verwerflich. Durch die Resolution würde die Aufmerksamkeit von der parlamentarischen Aktion abgelenkt werden. Er sei auch deswegen gegen den Streik, weil er unter keinen Umständen eine solche Not auf die Frauen und Kinder heraufbeschwören wolle. Die Frage sei übrigens in England noch niemals von irgendeiner Konferenz organisierter Arbeiter diskutiert worden; sie sei ihm völlig neu.

Travers (Stockport) erinnert an die beschämenden Szenen in London nach der Befreiung von Mafeking und meint, es wäre undenkbar, vor einem Kriege in England einen Generalstreik vorzuschlagen, das würde die Partei einfach ruinieren. Anderson unterstützt die Auffassung Hardies sehr energisch. Ein solcher Streik dürfe nicht mit dem sozialen Generalstreik verwechselt werden, der eine Schimäre sei. Jeder könne die Resolution annehmen, da sie nur die Diskussion einer wichtigen Streikfrage verlangt. Der Kopenhagener Kongreß habe die Resolution bereits angenommen und er hoffe, daß sich die Konferenz nicht mit der Internationale in Widerspruch setzen wird.

Die Abstimmung ergibt 119 Stimmen für und 125 gegen die Diskutierung des Generalstreiks, der betreffende Passus der Resolution Keir Hardie ist also abgelehnt.

Banks (Poplar) verlangt in einem Zusatzantrag **die Abschaffung des Seebeuterechts.** Er wird vom Abgeordneten Genossen Thorne energisch unterstützt. Der Antrag wird **einstimmig angenommen.** Hierauf werden auch die ursprüngliche Vorstandsresolution und der übrigbleibende Teil der Resolution Keir Hardie einstimmig angenommen.

Deutsches Reich.

Die „Unabhängigkeit der Justiz" und das „Recht der Notwehr".

Das Berliner Tageblatt beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der „Lernchnung" des Landgerichtsdirektors Unger durch den Justizminister Beseler. Das Blatt bezeichnet das Vorgehen des Ministers als „im höchsten Maß eigenartig". Es spricht die Hoffnung aus, daß die preußischen Richter selbst gegen das Vorgehen des Ministers Verwahrung einlegen würden und führt dann aus:

Alles Vertrauen des Volkes zur preußischen Rechtsprechung müßte untergraben werden, wenn es der Justizbehörde gestattet würde, auf den einzelnen Richter einen Gewissensdruck auszuüben, sobald er eine Ansicht äußert, die der Behörde aus irgendeinem Grunde nicht paßt. Principiis obsta heißt es hier für alle Richter, die auf ihre richterliche Integrität Wert legen, aber auch für alle politischen Parteien, die nicht wollen, daß die Rechtsprechung zu einem gefügigen Werkzeug in der Hand der Verwaltung wird. Man begreift es ja, daß die Rechtsbelehrung des Landgerichtsdirektors Unger den herrschenden Kreisen und Klassen unbequem war. Aber sie müssen sich eben damit abfinden, genau wie der einzelne Staatsbürger. Jeden Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit muß man sich verbitten.

Wir glauben allerdings, daß die Hoffnung des Berliner Tageblattes enttäuscht werden wird, denn wir trauen den deutschen Richtern das nötige Rückgrat nicht zu.

Die Vossische Zeitung teilt Ausführungen des früheren Ministerialdirektors Dr. Lucas, des Vorsitzenden der Kommission für die Ausarbeitung des neuen Strafgesetzbuches, über den Widerstand gegen die Staatsgewalt mit. Danach ist der Widerstand zwar nur strafbar, wenn der Beamte sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befindet, aber dann heißt es weiter:

Die Vollziehung eines zwar unrechtmäßig, aber innerhalb der Zuständigkeit erlassenen Befehls des Vorgesetzten kann rechtmäßig sein. Wenn jedoch der Beamte nicht auf Grund Auftrages von vorgesetzter Stelle, sondern aus eigener Entschließung handelt, so kommt es auf die objektive Prüfung der Rechtmäßigkeit seiner Handlung selbst an. Ist sie zu verneinen, so gibt es nach Lucas eine doppelte Möglichkeit:

„Der Beamte hat nämlich entweder nicht in gutem Glauben gehandelt, dann kann von Rechtmäßigkeit seiner Amtsausübung keine Rede sein, oder er hat in gutem Glauben gehandelt dann muß er sich in einem Irrtum entweder über die tatsächlichen oder über die rechtlichen Voraussetzungen seines Einschreitens befunden haben. Irrte er in betreff der letzteren, so kann dieser Irrtum nicht berücksichtigt werden; die Amtshandlung wird nicht zu einer rechtmäßigen, der dagegen geleistete Widerstand nicht strafbar. Irrte er dagegen in den tatsächlichen Voraussetzungen (z. B. in der Person des zu Verhaftenden usw.), so kommt es darauf an, ob der Irrtum nach den besonderen Umständen des Falles entschuldbar war oder nicht. War er entschuldbar, so entkleidet er die Amtshandlung nicht der Rechtmäßigkeit und der geleistete Widerstand ist straffällig. War er nicht entschuldbar, so kann er nicht beachtet werden, und die Rechtmäßigkeit der Amtshandlung ist ausgeschlossen. Dies alles ist, wenngleich man auch hier von ganz sicheren und dauernd festgelegten Grundsätzen kaum reden kann, die als die in der Praxis herrschende Ansicht zu bezeichnen."

Daraus geht wieder hervor, daß das Notwehrrecht des Bürgers gegen einen Beamten praktisch gar keinen Wert hat. Denn in der Regel wird es für den von einem Polizeibeamten Angegriffenen nicht möglich sein, sicher zu erkennen ob der Beamte sich in rechtmäßiger Ausübung seiner Funktionen befindet oder nicht. Woher soll man es denn wissen können ob der Beamte auf Befehl eines Vorgesetzten handelt oder nicht, oder ob dem Beamten „ein nach den besonderen Umständen entschuldbarer" Irrtum unterlaufen ist. Wer von einem Polizeibeamten ohne Veranlassung Prügel bekommt, der wird damit rechnen müssen, daß ihn der Beamte mit einem andern „entschuldbarerweise" verwechselt hat.

Während den Polizeibeamten, der einen Unschuldigen verprügelt, ein Irrtum unter Umständen entschuldigt, gibt's etwas Derartiges beim gewöhnlichen Bürger nicht. Er wird erbarmungslos eingesteckt, wenn er sich „irrt", und in seinem Irrtum die Hand gegen einen prügelnden Polizisten erhebt. Ob sein Irrtum nach „den besonderen Umständen des Falls entschuldbar ist oder nicht", darauf kommt es bei ihm nicht an. Eine Putativnotwehr gibt es wohl für einen Fähnrich, der auf Wachtposten einen harmlosen Menschen erschossen hat, aber nicht für einen gewöhnlichen Sterblichen gegenüber einem Polizisten. **Es bleibt also dabei: Von einem Schutzmann muß man sich ruhig verhauen lassen** wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, zu den Prügeln noch einige Monate Gefängnis zu bekommen.

Die Deutsche Zeitung, das Berliner Beamtenblatt, kommt noch einmal auf die Kaiser-Geburtstagsrede des Herrn v. Jagow zurück. Sie schreibt:

„Wir erfahren nun von einer Seite, die sich dieser Tage über die Auffassung des Herrn Polizeipräsidenten unterrichten konnte, daß Herr v. Jagow sich bei seiner Rede gestützt hat auf die amtliche polizeiliche Untersuchung jedes vor Gericht behaupteten Uebergriffs der Polizei, und daß sich dabei in jedem Falle deren Schuldlosigkeit herausgestellt habe. Auch in dem bedauerlichen Falle der Tötung des Arbeiters Hertmann soll die Sache so liegen, daß von außen gesehen vielleicht die Mißhandlung eines Schuldlosen vorlag, daß aber vom Inneren des polizeilichen Dienstes aus gesehen, kein Vorwurf zu erheben sei."

Also auch der Mann, der den Mörder Herrmanns niedergestreckt hätte, würde demnach rechtswidrig gehandelt haben, und es wäre ihm sehr schlimm gegangen. Hierdurch wird bestätigt, was wir soeben ausgeführt haben. Das „Innere des polizeilichen Dienstes" ist eben so etwas Merkwürdiges, daß ein gewöhnlicher Sterblicher nie wird daraus klug werden können, was „von ihm aus gesehen" erlaubt ist und was nicht."

Der Rückzug von Rom.

Dem Berliner Tageblatt wird gemeldet:

Der preußische Gesandte beim Vatikan Herr v. Mühlberg begab sich heute nach dem Vatikan, um der Weihe der heiligen Kerzen im Konsistoriumsaale anzuwohnen. Mit ihm kam auch der bayrische Gesandte. Als der Papst erschien, machte er vor Besteigen des Thrones bei den deutschen Gesandten Halt, die er, zumal v. Mühlberg, mit ostentativer Herzlichkeit begrüßte. Das Zusammentreffen v. Mühlbergs mit dem Papst hatte natürlich nur den Zweck, die fortdauernd guten Beziehungen Roms zu Berlin ad oculus zu demonstrieren.

* * *

Die katholisch-theologische Fakultät der Universität Münster i. W. hat an den Bischof Dingelstadt ein Schreiben und eine Abschrift davon an den preußischen Kultusminister gerichtet, in dem sie im Anschluß an das Schreiben des Papstes an den Kardinal Dr. Fischer darauf hinweist, daß nach Mitteilungen verschiedener Bischöfe die theologischen Professoren an den Staatsuniversitäten nicht zur Leistung des Anti-Modernisteneides verpflichtet seien. Aus diesem Grunde hätten auch im Einverständnis mit den Bischöfen die Professoren eine abwartende Stellung eingenommen, die gelegentlich seelsorgerisch tätig seien. Die Mitglieder der Universität **verwahren sich dagegen, „den Schein zu erwecken, als erblickten sie in der Ablegung des Eides eine Preisgabe echter Geistesfreiheit".** Sie würden es nicht am Mute der Ueberzeugung fehlen lassen, aber sie seien sich auch der Pflichten und Rücksichten bewußt, die sie einer staatlichen Hochschule schuldig seien. Das Schreiben ist von 13 Professoren unterzeichnet.

Offizierkorps und Parlamentarismus.

Herr v. Oldenburg von Januschau, der von einem Leutnant mit zehn Mann den Deutschen Reichstag schließen lassen will, hat jetzt sogar einen Professor gefunden, der seine wirren Schlagworte auf staatswissenschaftliche Theorien abzieht. Der vielgewandte und oft zitierte Professor Hans Delbrück sprach vor der Berliner freien Studentenschaft über Parteien und Parteiregierung und sagte dabei:

„Mit dem parlamentarischen System wird es bei uns nichts. Was soll denn auch aus dem Reich werden, wenn heute eine Zufallsmehrheit, mit Herrn Ledebour an der Spitze anfängt, den Zukunftsstaat einzurichten, und in einigen Jahren dann wieder Herr Diederich Hahn und Herr Kopsch obenauf sind? Ueberhaupt: Glauben Sie daß sich unser Offizierkorps, mit seinen preußischen Grenadieren hinter sich von solchen Parlamentariern Vorschriften machen ließe, dieses Offizierkorps, das in den traurigsten Zeiten Napoleonischer Tyrannei nicht den Mut und sein schönes Draufgängertum verlor? Dieses Offizierkorps, das weiß, wir brauchen nur zu wollen, und wir haben die ganze Gesellschaft in der Tasche?"

Also mit dem Parlamentarismus ist's nichts!

Vernünftigerweise ist nun nicht einzusehen, warum sich die Offiziere nicht genau so gut wie von Wilhelm II. vom Genossen Ledebour oder Herrn Hahn oder Herrn Kopsch Vorschriften machen lassen sollen. Nach unserer Ueberzeugung sieht keiner der drei genannten Abgeordneten an Intelligenz und Charakter hinter Wilhelm II. zurück.

Professor Delbrück muß übrigens ganz genau wissen, daß sich die Herren Offiziere auch heute schon von „Ledebour, Hahn und Kopsch" Vorschriften machen lassen! Denn die Reichsgesetze, an die die Offiziere gebunden sind, und der für das Heer so wichtige Etat können ohne den Reichstag oder, um mit Herrn Delbrück zu sprechen, ohne „Ledebour, Kopsch und Hahn" nicht gemacht werden. Also wenn die Vorschriften des Reichstags heute schon für die Offiziere gelten, warum soll das nicht in Zukunft noch in einem etwas höheren Maße der Fall sein?

Für diesen Fall droht nun Hans Delbrück, um das Kind beim rechten Namen zu nennen, mit einer Revolte, einem bewaffneten Aufstand des Offizierkorps. Diese Drohung ist reichlich kindisch. Hört einmal Gesetz und Ordnung auf: dann tritt von selbst der Urzustand wieder ein, bei dem das Größere das Kleinere frißt. Und die Grenadiere sind nun einmal zahlreicher als die Offiziere!

Die streikenden Konservativen.

Die Kröcherleute im preußischen Dreiklassenhause führen ihre Obstruktion durch: die Konservativen halten sich tatsächlich von den Beratungen des Seniorenkonvents fern, so daß es dem Vorsitzenden, Abgeordneten Hobrecht, unmöglich ist, den Konvent zusammenzuberufen. Bis auf weiteres ist also eine gemeinsame Ordnung der Geschäfte auf Grund von Vorbesprechungen der Senioren der Parteien ausgeschlossen, und der Seniorenkonvent kann als aufgelöst gelten.

Den Anlaß zu diesem Verhalten bot den Konservativen der Zwischenfall Hoffmann-Kröcher. Wahrscheinlich glauben die Kröcher-Trabanten, mit ihrer kindischen Torheit die „Würde" des preußischen Dreiklassenparlaments zu retten.

„Jugendpflege".

Die preußische Regierung hat die Grundzüge ihres Feldzugs gegen die freie Jugendbewegung bekannt gegeben. Es liegt vor der „Erlaß des Ministeriums der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 18. Januar 1911 betr. Jugendpflege" vor. Es wird darin ausgeführt: Alle staatlichen Behörden, die Geistlichen aller Bekenntnisse, die Beamten und Lehrer sollen sich bereit halten, „planmäßig auf das gemeinsame Ziel" hinzuarbeiten. Innerhalb jedes Regierungsbezirkes soll die Bildung gemischter Organisationen vorbereitet werden: Stadt- oder Ortsausschüsse für Jugendpflege in ländlichen Orten und nicht kreisfreien Orten Kreisausschüsse für Jugendpflege. Als einheitliche Stelle wird nach dieser „Kleinarbeit der örtlichen Instanzen" ein Bezirksausschuß für Jugendpflege vorgeschlagen, der unter Leitung des Regierungspräsidenten etwa 20 Mitglieder aus allen Berufsklassen und Ständen umfassen soll.

Es bestehe nicht die Absicht, staatliche Einrichtungen mit Besuchszwang für die schulentlassene Jugend zu schaffen; es handle sich vielmehr darum, die bestehenden Veranstaltungen, Bünde und Vereinigungen aller Art „unter sich und mit den staatlichen, den Kreis- und Gemeindeorganen zu einheitlichem, planvollem Wirken zusammenzuschließen. In dem Erlaß werden dann die „Grundzüge und Ratschläge für Jugendpflege" entwickelt, aus denen wir folgendes hervorheben:

„Es kommt hinzu, daß die Entfremdung weiter Kreise von der Kirche vielen Jugendlichen auch die im Gottesdienste dargebotene Quelle zur Erhebung des Gemüts und zur sittlichen Stärkung verschließt.

Die Ausführung der Jugendpflege darf nicht in einer Weise erfolgen, daß sie lediglich, oder doch in der Hauptsache auf äußere Vergnügung der Jugend hinauskommt."

„Anziehend bei richtiger Behandlung und von großer erziehlicher Wirkung sind Darstellungen des Heldentums auf den verschiedenen Gebieten, des Pflichtenheldentums einer in ihrem Berufe sich aufopfernden Krankenpflegerin nicht minder als des Heldentums des einfachen Soldaten oder des Generals, die ihre Treue mit ihrem Blute besiegeln. — Kriegsgeschichte verfehlt namentlich dann ihre die Jugend begeisternde Wirkung niemals, wenn von dem mit wenigen Strichen in großen Zügen gekennzeichneten Hintergrunde der großen Ereignisse sich ein Einzelschicksal, ein einzelnes Ereignis, ein Einzelunternehmen abhebt, das der Jugend schlicht aber anschaulich und lebenswahr vor die Seele gestellt wird. Demgemäß empfiehlt es sich, der Jugend möglichst weitgehenden Anteil an der Leitung der Vereine zu geben und ihr allerlei Aemter im Vereinsleben zu übertragen."

Der Geist, den der Erlaß des Kultusministers atmet, ist unverfälschter preußischer Geist. Das Ziel ist: Rettung der Jugend vor dem „Gift des Umsturzes". Verwuckerung und patriotischer Drill sollen die Jugend für Reichsverbändlerei und Kriegervereinsbrüderlichkeit dressieren, und mit solchen Kläglichkeiten glaubt man, die Bewegung der erwachten proletarischen Jugend ersticken und erwürgen zu [illegible]

Gewerbeordnungskommission.

In der Dienstagssitzung der Kommission kam es über die Frage, ob außer der Regierungsvorlage auch andere Paragraphen beraten werden sollten, zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Von sozialdemokratischer Seite lagen zu den §§ 115 bis 119 der Gewerbeordnung, die in der Regierungsvorlage unberührt geblieben sind, verschiedene Abänderungsanträge vor, die das Verbot, Lohn zu kreditieren und auf den Lohn anzurechnen, die Vorschrift, den Arbeitern die nötigen Werkzeuge und Materialien unentgeltlich zu stellen und die gesetzliche Festlegung wöchentlicher Lohnzahlungsfristen betrafen. Ferner wurde eine Vorschrift angestrebt, daß der Lohn spätestens am Tage nach der Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu zahlen ist; dann soll die Garantie gegeben werden, daß der durchschnittliche Tagesarbeitsverdienst gezahlt wird, wenn bei Akkordarbeiten vor Beginn der Arbeit keine Vereinbarung zustande kommt. Ein anderer Antrag fordert die Bestimmung, daß den Arbeitern die ihnen vom Betriebsunternehmer überlassene Fabrikwohnung bis zum Schluß des der Wohnungskündigung folgenden Monats auf Verlangen belassen werden muß. Endlich versuchen unsere Genossen durch Abänderungsanträge zu den §§ 117 und 117a die Mißstände im Betriebe der Werkspensionskassen für die gewerblichen Arbeiter zu beseitigen.

Die bürgerlichen Kommissionsmitglieder waren nicht zu einer Beratung dieser Anträge geneigt. „Vielleicht" will man nach der Beratung der Regierungsvorlage auf sie zurückkommen.

Die Beratung des § 120 der Regierungsvorlage, der die Fortbildungsschulpflicht der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren bestimmter regeln will, zeitigte die Annahme eines Antrages Enders (Fortschritt.), der insofern über die Regierungsvorlage hinausgeht, als er vorschreibt, daß für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ein Ortsstatut für alle männlichen gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren erlassen werden muß.

Anträge unserer Genossen, die auch die Handlungsgehilfen und das Gesinde in den Kreis der zum Besuch der Fortbildungsschulen Verpflichteten einbeziehen wollten, wurden abgelehnt.

Sozblet—Wagner. Professor Sozblet hat bekanntlich gegen den Darmstädter Professor Wagner den schweren Vorwurf der Fälschung erhoben. Wagner hat die Leitung der Abwehr und Gegenangriffe gegen Sozblet einer erprobten Kraft übertragen: seinem Sohn Dr. jur. Wagner, Beamter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, führt die Waffen für den angegriffenen Vater. Bisher freilich mit wenig Glück. Die Nachricht des Wolffschen Telegraphenbureaus, die Darmstädter Staatsanwaltschaft werde gegen Professor Sozblet wegen schwerer Beleidigung Wagners öffentliche Anklage erheben, erweist sich als völlig aus der Luft gegriffen. Sozblet wird jedenfalls am lebhaftesten bedauern, wenn ihm nicht Gelegenheit gegeben werden sollte, die behaupteten Fälschungen Wagner-sen. vor Gericht zu beweisen.

Der ruhigste Schutzmann . . . Am Dienstag hatte sich vor der Königsberger Strafkammer ein Kriminalschutzmann wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu verantworten. Bei der Vernehmung

eines Knaben, der eines Diebstahls beschuldigt war, suchte er ein Geständnis zu erzielen, indem er dem Knaben einige Faustschläge ins Gesicht gab. Als sich herausstellte, daß der Verdächtige unschuldig war, suchte der Kriminalschutzmann die Angelegenheit durch ein Geschenk von 10 M. aus der Welt zu schaffen. Da aber unser Königsberger Parteiblatt den Vorfall behandelte, suchte das Gericht gegen den Beamten einschreiten. Vor Gericht erklärte sein Vorgesetzter, der Kriminalschutzmann sei „der ruhigste Beamte". Der Staatsanwalt meinte, der Schutzmann habe in begreiflicher Erregung gehandelt. Der Schutzmann erhielt mildernde Umstände und 50 M. Geldstrafe.

Die Strafprozeßordnung gefährdet! Im Reichstage scheint wirklich noch alles schiefgehen zu sollen. Wie die Berliner Börsen-Zeitung erfährt, ist der Versuch, über die Differenzpunkte bei der neuen Strafprozeßordnung eine Verständigung mit den Mehrheitsparteien zu finden, gescheitert. Es handelt sich um die Beschlüsse der Kommission, die sich auf die Erweiterung der Immunität der Abgeordneten und auf die Vorrechte des Parlaments gegenüber polizeilichen Haussuchungen erstrecken. — Die Beratungen nehmen am Montag im Reichstag ihren Anfang.

Kein billiges Fleisch in Preußen. Der preußische Landwirtschaftsminister hat die Eingabe einiger niederrheinischer Städte auf Gestattung der Einfuhr von lebendem Schlachtvieh abschlägig beschieden. Man trägt sich jetzt dort mit der Absicht, eine Immediateingabe an den Kaiser zu richten.

Kleine politische Nachrichten. Wie das Journal of Commerce aus Liverpool erfährt, hat die Elder-Dempster-Linie beschlossen, einen direkten Dienst von Neuyork nach den Häfen Ostafrikas, darunter Duala, Swakopmund und Lüderitzbucht, einzurichten. — Bei der Abstimmung über die Schiffssubventionsvorlage im Kongreß in Washington stimmten 39 Senatoren dafür und 30 dagegen. Der Präsident gab den Ausschlag zugunsten der Annahme. — Wie aus Santiago (Chile) gemeldet wird, haben die Kammern in der Schluß-Sitzung das Budget für 1911 bewilligt. Die Ausgaben betragen 241 744 448 Piaster in Papier und 24 124 573 Piaster in Gold.

Ausland.

Holland.

Der Ministerpräsident über Vlissingen.

Haag, 2. Februar. In der Ersten Kammer der Generalstaaten wurde gestern bei der Budgetberatung die Debatte über den Vlissinger Befestigungsplan fortgesetzt. Das Mitglied Thoost (Antirevolutionär) sagte, er habe es nicht recht verstanden, warum die Regierung den Plane der Küstenverteidigung den Vorzug gebe. Nach seiner Meinung müßte die Reorganisation der lebenden Wehrmacht den Vorzug haben. Zum mindesten hätten diese Maßnahmen gleichzeitig den Generalstaaten unterbreitet werden müssen. Darauf sprach zum erstenmal der Ministerpräsident Heemskerk über die Angelegenheit. In Beantwortung der Ausführungen verschiedener Redner sagte er, bei den verschiedenen Betrachtungen des Gedankens der Küstenverteidigung sei immer der Wunsch zum Ausdruck gekommen, eine Reorganisation der lebenden Streitkräfte in Angriff zu nehmen. Er glaube nicht, daß der Wunsch so stark wäre, wenn der Plan der Küstenverteidigung nicht Vorlage geworden wäre. Der Minister fuhr fort: Dieser einstimmige Wunsch ist eine vorteilhafte Folge des Küstenverteidigungsentwurfs. Uebrigens soll die Vorlegung dieses Entwurfs vor der Einbringung des revidierten Milizgesetzes nicht heißen, daß die Regierung der Küstenverteidigung den Vorzug gebe, aber daß sie die Stärkung der Armee vernachlässige. Was die von Staal geäußerte Ansicht betrifft, daß die Stärkung der Amsterdamer Werke vom strategischen Gesichtspunkt das dringendste Erfordernis sei, so hat dieser Redner vergessen, daß die Neutralität nicht mit einer Befestigung im Innern des Landes, sondern an den Grenzen gewahrt wird, also da, wo das Meer beginnt, sowie an der Landgrenze. Die Wahrung der Neutralität ist der Hauptbeweggrund für die Küstenverteidigung, ebenso wie die erste Aufgabe für das Landheer.

Wie ein Telegramm meldet, stellte einer dem Slowo aus Petersburg zugegangenen Nachricht gegenüber der offiziöse Nieuwe Courant fest, daß keine Regierung eine internationale Konferenz über die Frage der niederländischen Küstenverteidigung vorgeschlagen habe, also auch keine Weigerung der Niederlande vorliegen könne, an einer solchen teilzunehmen.

Frankreich.

Die Tripelentente vor dem Senat.

Paris, 2. Februar. Der Senat verhandelte heute über den Nachtragsetat betr. die militärischen Operationen in Marokko für das Rechnungsjahr 1910. Lamarzelle (Rechte) erklärte: Wir befinden uns augenblicklich im Schaufa-Gebiet, ohne zu wissen, wann wir unsere Stellung aufgeben können. Denn wenn wir Marokko verlassen, wird das das Zeichen zum Massenaufstand und unsere Vorherrschaft dort zu begründen, sind wir nur die Ersten Europas. Unsere Truppen müßten die Möglichkeit haben, die festgelegten Grenzen zu überschreiten, um die Stämme, die uns angreifen, in ihrem eigenen Wohnsitz züchtigen zu können. Die Angelegenheit Mauchamps ist beigelegt. Innerhalb eines Jahres haben wir drei Abkommen mit dem Sultan unterzeichnet. Wir haben die Aufgabe unserer Stellung im Schaufa-Gebiet vorläufig gemacht von der Einstellung hinreichender und ausgebildeter marokkanischer Truppen. Was die Grenzen anbetrifft, so haben wir die Unterschrift des Oberkommissars von Marokko erhalten. Wir haben eine fortschrittende Verminderung unserer Streitkräfte vorgesehen. Pichon fügte Lamarzelle hinzu, sagt, das wird lange dauern, ich wenigstens. Aber ich beklage dies nicht. Ich wäre es sogar entzückt an unsere Stelle in Marokko sehen kann. Etienne [Rechte] rief: Das wäre die Eroberung Marokkos!) Pichon erklärte: Der französisch englische Vertrag von 1904 gehört zu den segensreichsten Werke, die von der französischen Regierung verwirklicht worden sind. Die Algeciradakte war notwendig und wir haben uns über ihre Ergebnisse nicht zu beklagen. Als wir nach Marokko gingen waren wir durch diese Abmachungen gebunden. Wir mußten unsere Unterschrift respektieren. Die Massakers von Casablanca, hätten sich andere sich im Scherifischen Reiche an unsere Stelle gestellt? Wer macht uns also unsere Vorherrschaft in Marokko streitig? Es ist Deutschland (Gaudin de Villaines: Spanien!) Wir haben Verträge mit Spanien zu gemeinsamem Zwecke. Seit dem letzten Jahre, seit Lamarzelle über die Algeciradakte eine Interpellation einbrachte, haben die Plünderungen aufgehört und wir haben vom Sultan Entschädigungen erhalten. Die Sicherheit der Karawanen ist gewährleistet. Mit Bezug auf die an der Tripelentente geübten Kritiken sagte Pichon: Niemals war die Entente kordialer, vollkommener und fruchtbringender als heute. (Lebhafter Beifall.) Wir stehen fortgesetzt in Beziehungen zu unseren Verbündeten und niemals ist die politische Lage Frankreichs sicherer gewesen als heute. (Anhaltender Beifall.) Der Minister wird von zahlreichen Senatoren beglückwünscht.

Lamarzelle sagte in bezug auf das Verhältnis zu Holland: In der Angelegenheit der Befestigung von Vlissingen ist Frankreich nicht gefragt worden. Deutschland allein habe seinen Willen klar und energisch kundgegeben. Flaissieres erklärte es für wünschenswert, daß Pichon Aufschluß gebe, ob Rußland bei der Potsdamer Entrevue Aufklärung gegeben habe, was dort vorgegangen würde oder nicht.

Nachdem die Debatte noch fortgesetzt, aber neues nicht mehr erbracht, wurde die Generaldiskussion geschlossen und der Nachtragsetat mit 290 gegen eine Stimme angenommen. Sodann wurde die Sitzung geschlossen. Auch die Deputiertenkammer hat die vom Senat bewilligten Ergänzungskredite sowie die Ergänzungskredite für die militärischen Operationen in Marokko mit 468 gegen 88 Stimmen angenommen.

Italien.

Die Kammer über die Lebensmittelverteuerung.

Rom, 1. Februar. In der Deputiertenkammer dauert seit dem 27. Januar die Debatte über einen von dem Deputierten Canepa und 23 anderen Mitgliedern der äußersten Linken eingebrachten Antrag an. Dieser lautet: „Die Kammer wolle mit Rücksicht auf die starke Verteuerung der Lebensmittel die durch die im Winter in mehreren Landesteilen herrschende Arbeitslosigkeit und durch die Krisis in einigen Industriezweigen noch verschärft werde, die Regierung ersuchen, Maßnahmen zu treffen durch die sofort und dauernd die übermäßige Verteuerung der Volksnahrungsmittel wie Brot, Fleisch, Fische und Zucker beseitigt werde." Ministerpräsident Luzzatti antwortete auf den Hinweis eines Sozialisten, der eine Herabsetzung der Militärlasten verlangt hatte, daß der Führer der englischen Sozialisten gegenüber den allergrößten Ausgaben für Militärzwecke erklärt habe, er wolle hinter niemand in dem Wunsche, die Verteidigung des Landes sicherzustellen, zurückbleiben. (Lebhafter Beifall, Lärm auf der äußersten Linken.) Er erinnere daran, daß der Petroleum- und Kaffeezoll und der Preis des Salzes für bestimmte Zwecke ermäßigt worden sei, und betonte, die Regierung müsse das Gleichgewicht des Budgets aufrecht erhalten und auf dieser Grundlage für die Sicherheit des Landes sorgen. Luzzatti erinnerte dann an die zur Förderung der Fischzucht getroffenen Maßnahmen sowie an die Ermäßigung der Gebühren für die Einfuhr von Rindvieh aus Erythräa und dem Somaliland. Man müsse und werde die Verbilligungspolitik fortsetzen soweit sie mit dem Budget in Einklang zu bringen sei. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Morelli und andere schlugen vor, in den Wortlaut des Antrags Canepa die Worte „die Kammer hat Vertrauen zu dem Werke der Regierung" aufzunehmen. Die Debatte über diesen Zusatzantrag wurde schließlich mit Zustimmung des Ministerpräsidenten auf die morgige Tagesordnung gesetzt und die Sitzung geschlossen.

Nachdem sich in der gestrigen Sitzung bei der Debatte über das Vertrauensvotum verschiedene Redner gegen die Regierung ausgesprochen hatten, erklärte auf die Ausführungen eines sozialistischen Redners der Ministerpräsident Luzzatti, die konservativen Mächte der menschlichen Gesellschaft seien allen denen überlegen, die mit ihnen in Wettstreit träten, und wenn diese Mächte einen legitimen Wunsch des Landes zu befriedigen suchten, so triumphierten sie über aprioristische Doktrinen. Einem anderen Redner gegenüber betonte Luzzatti, die Regierung werde ihre Versprechungen einhalten und der Kammer die angekündigten Reformen unterbreiten. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde das Vertrauensvotum mit 268 gegen 99 Stimmen angenommen und sodann der sozialistische Antrag über die Verteuerung der Lebensmittel abgelehnt.

•

Der Ministerpräsident Luzzatti beruft sich zu Unrecht auf einen „Führer der englischen Sozialisten". Wohl nimmt der Genosse Hyndman in der Wehrfrage einen Sonderstandpunkt ein, aber daß die englische Arbeiterschaft nichts davon wissen will, zeigt gerade der Ausgang der Debatte über die Abrüstungsfrage auf der Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei. Auch die Sozialdemokratie will keineswegs das Vaterland wehrlos machen, aber damit ist nicht identisch, ob eine Herabsetzung der Militärlasten möglich und im Interesse der Allgemeinheit liegt.

Türkei.

Die Unruhen.

Saloniki, 2. Februar. Nach einer amtlichen Meldung sind die türkischen Truppen zwischen Ebha und Hodeida neuerlich von starken arabischen Streitkräften angegriffen worden. Infolge ihrer numerischen Schwäche waren sie im Nachteil und verloren eine Gebirgskanone. Die Araber machten eine Anzahl Gefangene. Rechtzeitig eingetroffene Verstärkung rettete die Situation der Truppen, die nunmehr die Araber mit einem Verlust von 200 Mann zurücktrieben, während sie selbst 50 Tote und Verwundete hatten. Die Truppen haben Befehl erhalten, sich bis zum Eintreffen von Verstärkungen auf die Defensive zu beschränken. Von hier sind 8 Gebirgsgeschütze und 18 Maschinengewehre nach dem Jemen abgeschickt worden.

Soziales.

Die amerikanische Frauenarbeit.

Auch in Amerika gewinnt die Berufstätigkeit der Frauen immer mehr an Ausdehnung. Nach einer vom Handels- und Arbeitsamt in Washington kürzlich veröffentlichten Statistik gewinnen von den 23 485 000 Personen weiblichen Geschlechts in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mehr als ein Fünftel, nämlich 4 833 600, ihren Lebensunterhalt selbst. In dieser ungeheuren Armee von Arbeiterinnen sind alle Volkselemente der Union vertreten. 1 771 900 sind Anglo-Amerikanerinnen, d. h. Personen, deren Familien seit mindestens zwei Generationen in Amerika ansässig sind. 1 119 000 sind Negerinnen, 1 090 700 Amerikanerinnen, Töchter von in Amerika eingewanderten Emigranten, die in Amerika geboren sind, 840 000 selbst Eingewanderte, endlich 11 200 Indianerinnen, Chinesinnen und Japanesinnen.

Die Frauenarbeit erstreckt sich wie bei uns auf alle Gebiete, angefangen von den niedrigsten mechanischen Handarbeiten bis zu den höchst qualifizierten intellektuellen Arbeiten. Bei dem Vorurteil, das in Amerika gegen die Farbigen herrscht, fallen den farbigen Frauen im allgemeinen die niedrigsten und ermüdendsten Arbeiten zu. So sind von den 456 000 landwirtschaftlichen Arbeiterinnen 361 800 Negerinnen, und von den 325 000 Wäscherinnen ebenfalls 65 Prozent. In den Berufszweigen, die die technische Kenntnis eines Handwerks ohne große Allgemeinbildung verlangen, sind hauptsächlich die eingewanderten Frauen oder deren Töchter zu finden. Sie liefern etwa zwei Drittel der weiblichen Arbeiterschaft in der Textilindustrie, sie sind auch verhältnismäßig zahlreich in der Landwirtschaft vertreten. Am höchsten auf der Stufenleiter stehen die Anglo-Amerikanerinnen. Sie bilden die Mehrheit in allen den Berufen, die eine größere Allgemeinbildung verlangen. So sind 53 Prozent der Stenographinnen, 50 Prozent der weiblichen Bankangestellten Amerikanerinnen alteingesessenen Geschlechts und weitere 40 Prozent Amerikanerinnen der neuen Generation.

Als Kuriosa wird in dem Bericht erwähnt, daß sich unter den arbeitenden Frauen 5 Pilotinnen befinden, ferner 7 Zugführerinnen, 185 Schmiede, 508 Maschinenkonstrukteure, 45 Mechaniker, 28 Weichensteller. Nicht weniger als 3400 Frauen üben in Amerika das Predigeramt aus und 1010 sind Advokaten.

Dresdner Polizeibericht vom 3. Februar.

Am 28. Januar, in der elften Vormittagsstunde, sind am Johannstädter Ufer drei unbekannte offenbar dem Schifferstande angehörende junge Leute beobachtet worden, die gemeinschaftlich über die Vogelwiese gegangen und später im Birkenwäldchen spurlos verschwunden sind. Einer von ihnen hat eine mittelgroße, braungestrichene Kassette mit abgeschrägten Kanten unterm Arm getragen, die offenbar von einem Diebstahl stammt. Da ein Verlust noch nicht angezeigt ist, bittet um sachdienliche Mitteilungen die Kriminalabteilung.

Am 12. Dezember v. J. hat ein Arbeiter aus Cossebaude in einer Schankwirtschaft auf der Schäferstraße eine schwarze Skunksboa weggenommen und offenbar verkauft oder verpfändet. Wahrnehmungen werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Im Monat Dezember 1910 ist in einigen hiesigen Lederhandlungen ein Unbekannter, der sich Otto Mascher oder Marscher genannt hat, erschienen und hat unter dem Vorgeben, er mache sich selbständig und eröffne auf der Rähnitzgasse ein Schuhgeschäft, Leder und Schuhmachereartikel ausgesucht. Er hat sich die ausgesuchten Waren mit quittierten Rechnungen nach der Rähnitzgasse, wo er tatsächlich einen leeren Laden gemietet hatte, bringen lassen. Dort hat er es verstanden, den mit der Ueberbringung Beauftragten die Waren ohne sofortige Zahlung abzuschwindeln und ist seitdem verschwunden. Der Unbekannte ist 1,68 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und Schnurrbärtchen, längliches Gesicht und war mit graugrünem modernen Ueberzieher mit Brustnaht und schwarzem steifen Hut, auch mit Schirmmütze bekleidet. Vor dem Betrüger wird hierdurch gewarnt. Wahrnehmungen über seine Person werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Am 2. Februar, gegen 8 Uhr abends, wurde auf der Schnorrstraße einer Dame von einem unbekannten jungen Manne die Handtasche entrissen. Der Täter ergriff die Flucht und wurde später von einem Diener am Residenzplatz in Strehlen aufgehalten, ist aber dann wieder entkommen. Der Diener wird ersucht, seinen Namen der Kriminalpolizei mitteilen zu wollen. Gleichzeitig wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Person, die die Festnahme des Täters veranlaßt, eine Belohnung erhält.

Letzte Telegramme.

Opfer des Brandunglücks in Berlin.

Berlin, 3. Februar. Der bei dem gestrigen Brandunglück im Tiergarten in der Rauchstraße 17/18 lebensgefährlich verletzte Rentier M. Levy ist gestern abend im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen. (Siehe Neues aus aller Welt. D. R.)

Die Studentenbewegung in Oesterreich.

Prag, 3. Februar. Hier fanden gestern große Manifestationsversammlungen der Studentenschaft der Techniker und der Universität statt, in denen der Antrag gestellt wurde, gegen die Vorgänge an der Krakauer Universität zu protestieren und in einen dreitägigen Sympathiestreik zugunsten der freiheitlichen Krakauer Studentenschaft einzutreten. Der Ausstand wurde jedoch abgelehnt, dagegen auf Beschluß ein Aktionskomitee eingesetzt, das mit den Komitees der freiheitlichen Studentenschaft aller übrigen österreichischen Hochschulen eine große Protestbewegung aller österreichischen freiheitlichen Hochschüler ohne Unterschied der Nationalität einleiten soll. — In Krakau fanden ebenfalls große Versammlungen der freiheitlichen Studenten statt, in denen die Abtrennung der theologischen Fakultät von der Universität gefordert und gleichzeitig der Rücktritt des akademischen Senats verlangt wird.

Die Rede Pichons in der Presse.

Paris, 3. Februar. Die gestrige Rede des Ministers des Aeußeren, Pichon (Siehe heute unter Frankreich. D. Red.), im Senat wird von mehreren Blättern eingehend erörtert und als sehr bedeutsam hingestellt. Der ministerielle Petit Parisien schreibt: Die Rede hat dem Minister große persönliche Erfolge eingebracht. Nach seinen entschiedenen und beredten Ausführungen bleibt nichts von den Befürchtungen übrig, die betreffs der Festigkeit und Aufrichtigkeit der Tripelentente wachgerufen worden waren. Nach den Reden des deutschen Reichskanzlers und des Grafen Aehrenthal war es nützlich, daß der französische Minister des Aeußeren sich an die öffentliche Meinung wandte durch die Erklärung, daß Rußland die französische Regierung über seine Besprechungen mit dem Berliner Kabinett auf dem Laufenden erhalten hatte, wodurch vor allem diejenigen beruhigt worden seien, die an eine Ueberraschung der französischen Diplomatie geglaubt hatten. — Die Action meint, die Rede des Ministers Pichon werde überall in Frankreich einen erfreulichen und großen Eindruck hervorrufen. — Der Matin hebt besonders die Stelle hervor, bei der Minister Pichon Anspielungen auf die mit England gepflogenen Besprechungen militärischer Natur gemacht habe.

Die Interpellation Dumas'.

Paris, 3. Februar. Der sozialistische Deputierte Dumas teilte einem Berichterstatter mit, er wisse, daß Rußland demnächst auf dem Pariser Markte beträchtliche Mengen von Wertpapieren für den Bau russischer Staatsbahnen einführen wolle. Es sei dies eine versteckte Anleihe. Er habe dem Minister des Aeußeren, Pichon, gesagt, daß er auch die französisch-russische Allianz sowie die Frage der Truppenverschiebungen an der polnischen Grenze zur Sprache bringen werde. Der Minister habe ihm erklärt, daß er es ablehne, auf diese beiden Punkte zu antworten.

Sieben Passagiere auf einem Bleriot-Eindecker.

Paris, 3. Februar. Auf dem Flugplatz von Pau entführte gestern nachmittag der Aviatiker Lemartin auf einer neuen vierfitzigen Bleriotteindecker sieben Passagiere in die Luft und legte mit ihnen eine Bahnrunde von 5 Kilometern zurück. Das Gewicht der acht Personen und des Benzins und Oels betrug 503½ Kilogramm. Der Apparat schien auch zehn Personen befördern zu können. Der neue Bleriotapparat, der von einem hundertpferdigen Kreiselmotor angetrieben wird, ist 12 Meter lang. Die Spannung der Flügel beträgt 13 Meter und die Tragflächen halten 14 Quadratmeter. Alle Sitze für die Passagiere sind unter den Tragflächen angeordnet.

Carnegie über seine Stiftungen.

Neuyork, 3. Februar. Andrew Carnegie hat mit seinen letzten Stiftungen insgesamt mehr als 1½ Milliarden für Kunst- und Wohltätigkeitszwecke hergegeben. Der amerikanische Milliardär erklärte, der Hauptgrund seiner Generosität wurzele in der Ueberzeugung, daß er die Welt etwas besser zurücklassen wolle, als er sie gefunden.

Wir wüßten eine bessere Verwendung des Geldes des Herrn Carnegie, als es in Stiftungen anzulegen, um damit die Welt zu „heilen". Er brauchte nur seine zahlreichen Arbeiter besser zu entlohnen und weniger zu knebeln, dann wären seine Millionen praktischer und der Menschheit nützlicher verwendet, als wie jetzt in Schränken zu vermodern.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Konsum-Verein Vorwärts

Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäfte.

Unser diesjähriger

Saison-Räumungsverkauf

beginnt **Sonnabend den 11. Februar.**

Grosse Posten Waren zu zurückgesetzten Preisen und günstige Gelegenheitskäufe.

Gasthof Reichsschmied, Obergorbitz.

Sonnabend den 4. Februar, abends 9 Uhr

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Sozialdemokratie und Volksschule. Referent: Landtagsabg. **Nitzsche.**

Freie Aussprache für jedermann.

Damit die Versammlung zu einer Kundgebung des Volkes zugunsten der Volksschulreform wird, erscheint massenhaft! Die Herren Schulvorstandsmitglieder und Lehrer des Ortes und umliegenden Ortschaften sind hiermit besonders eingeladen.

Oeffentl. politische Versammlung. Der Einberufer: Max Rülke, Obergorbitz 9.

Höckendorf und Umg.

Sonntag den 5. Februar, nachm. 4 Uhr, im Gasthof zu Höckendorf

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Was wollen die Sozialdemokraten? Ref.: Sekretär H. Kahmann.

Freie Aussprache.

Die Einwohnerschaft von Höckendorf und Umg. wird dringend ersucht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer: Richard Körsler, Sowsdorf.

Oeffentliche politische Versammlung.

Hutarbeiter und -arbeiterinnen von Kreischa, Lungkwitz und Umg.

Sonntag den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Lungkwitz

Große Hutarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Einfluß der Frauenorganisation auf die kulturelle Entwicklung der Arbeiterschaft

Referentin: Frau **Anna Gradnauer**, Dresden.

Gewerkschaftliche und berufliche Angelegenheiten.

An alle Kollegen und Kolleginnen ergeht das Ersuchen, für vollen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen und wollen die Partei- und Gewerkschaftsgenossen ihre in der Strohhutbranche beschäftigten Frauen und Töchter darauf aufmerksam machen.

Vollzähliges und **pünktliches** Erscheinen aller erwartet **Der Vertrauensmann.**

Sozialdem. Verein für den 4. Wahlkreis.

Bezirk Mickten, Uebigau, Trachau u. Kaditz

Sonnabend den 4. Februar 1911 in Watzkes Etablissement, Mickten

Faschingsvergnügen

Anfang 7 Uhr abends. Ende 2 Uhr nachts.

Einige frohe Stunden versprechend, ladet die Mitglieder und ihre Angehörigen freundlichst ein **Die Verwaltung.**

Wegen des Faschingsvergnügens ist die Bibliothek Sonnabend geschlossen und dafür **Sonntag** von vormittags **11 Uhr** an geöffnet.

Bauhilfsarbeiter!

Sonntag den 5. Februar, vormittags 11 Uhr

Versammlung

im großen Saale der **Zentralhalle**, Fischhofplatz.

Tages-Ordnung:

Jahresbericht u. Abrechnung. Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Debatte.

Zu dieser nur für die Bauhilfsarbeiter in Frage kommenden letzten Jahresversammlung lade die Kollegen zahlreich ein **Der Vorstand.**

Dresdner Volkshaus

Ritzenbergstrasse 2 Telephon 1425 **Maxstrasse 13.**

Sonntag den 5. Februar, im großen Saal

Nachmittags: **Max und Moritz,** Ein lustiges Bubenstück in sechs Bildern v. E. Güntter.

Anfang 2½ Uhr. ..... Eintritt 15 Pf.

Abends: **Unsre Don Juans.** Hierauf: **Das Schwert des Damokles.**

Anfang 7 Uhr. Eintritt mit Programm 35 Pf.

---

8 Drehgasse 8

Restaur. Pechfelder

Sonnabend den 4. Februar

I. gr. Schlachtfest.

Früh 8 Uhr: **Wellfleisch.**

Frische Wurst und Fleisch.

Es laden ergebenst ein

R. Cerwenka und Frau.

Thüringer Hof, Löbtau.

Sonntag den 5. Februar 1911

Lustige Musikalische ?

Am Platze einziger größter

Bockbier-Jubel u. -Trubel!

Restaurant

Saxonia

4 Rähnitzgasse 4

empfiehlt seine freundl. Lokalitäten

Täglich Konzert.

Vorzügl. Speisen und Getränke.

Edmund Richter u. Frau.

Wo trifft man sich in

Ullersdorf?

Im Restaurant

Waldfrieden!!

Bezirk Radebeul

Sonnabend den 4. Februar

Zahlabend

Das Erscheinen aller Genossen und insbesondere der Bezirksführer ist Pflicht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Mügeln.

Montag und Dienstag den 6. und 7. Februar, abends Punkt 8½ Uhr im Gasthof zu Leuben (Haltestelle der Dresdner Vorortbahn)

Prof. Wempe

Experimentalvorträge

Forschung der Elektrizität der Gegenwart.

Experimente werden ausgeführt über: 1. Elektrische Funken und Strahlen, Hertzsche Versuche, Telegraphie ohne Draht, Funkentelegraphie, hochgespannte Wechselströme, Teslaströme und Teslalicht, Röntgenstrahlen und Röntgendurchleuchtung. 2. Die Elektrizität im Dienste der Menschheit, Licht-, Wärme- und Kraftquellen. Motor und Dynamo in ihrer ganzen Entwicklung.

Ohne Karten kein Zutritt! Karten sind zu haben bei allen Vertrauensleuten, als auch auf dem Dresdner Verbandsbüro. Preis der Karte 25 Pf. — Freunde und Gönner, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Immolde, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leuthold, Dresden-Mickten.
Druck und Verlag von Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 28. | Dresden, Freitag den 3. Februar 1911. | 22. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Rückgang des Fleischkonsums.

Das Statistische Landesamt macht Angaben über die Schlachvieh- und Fleischbeschau im letzten Vierteljahr in Sachsen bekannt, aus denen hervorgeht, daß der Fleischkonsum Sachsens im Jahre 1910 noch weiter, und zwar in recht beträchtlicher Weise zurückgegangen ist. Schon 1909 war ein Abnehmen des Fleischkonsums in Sachsen zu konstatieren, denn während 1908 auf den Kopf der Bevölkerung ein Fleischverbrauch von 4,70 Kilogramm entfielen, waren es 1909 nur noch 46,69 Kilogramm. Der Fleischkonsum von 1908 blieb aber auch bereits hinter dem von 1904 zurück, der 47,83 Kilogramm betrug, während allerdings die dazwischenliegenden Jahre niedrigere Verbrauchsziffern aufweisen.

Für das Jahr 1910 ist der durchschnittliche Fleischverbrauch allerdings noch nicht berechnet, aber die Ziffern über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau ergeben einen beträchtlichen Rückgang der Schlachtungen, die sicher auf einen weiteren empfindlichen Rückgang des Fleischkonsums hinweisen. Es wurden im letzten Viertel des Jahres 1910 in den fünf Kreishauptmannschaften des Landes folgende Tiere geschlachtet und untersucht:

	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder	Schweine	Schafe	Ziegen
1910	9162	9440	36 724	6370	365 395	64 505	38 424
1909	9325	9472	40 172	6782	388 920	72 195	46 571
mehr aber weniger im Vierteljahr 1910	— 268	— 28	— 3748	— 412	+ 26 575	— 7690	— 8147

Auch die Zahl der geschlachteten Hunde und Pferde ist etwas zurückgegangen, nämlich erstere von 1494 auf 1416 und letztere von 4385 auf 4277.

Der Rückgang der Schlachtungen ist ein erschreckend großer; nur bei den Schweinen ist eine Zunahme zu verzeichnen, die aber den Ausfall bei den Rindern und anderen Schlachttieren nicht ausgleichen kann. Da aber feststeht, daß sowohl die Qualität und das Gewicht der Schlachttiere gegen frühere Jahre erheblich zu wünschen übrig ließen, ist der Rückgang sicher noch weit schlimmer, als in obigen Zahlen zum Ausdruck kommt.

Die neuesten Feststellungen zeigen wiederum, wie nötig es ist, daß die sächsische Regierung endlich Maßnahmen einleitet, die geeignet sind, der ständig wachsenden Fleischnot zu steuern. Es handelt sich aber schon um weit mehr als um eine Fleischnot. Wenn ein solcher Rückgang an Schlachtungen in einem Vierteljahr zu verzeichnen ist, dann wird die Volksernährung in bedenklichster Weise beeinträchtigt. Das muß aber auch schlimme Einwirkung auf die Volksgesundheit haben. Es steht viel auf dem Spiele. Die Regierung aber glaubt dem darbenden Volke mit Scheinoperationen wie der Einfuhr französischen Viehes helfen zu können zu einer Zeit, wo Frankreich einen Ueberfluß an Vieh gar nicht mehr hat.

Zur Verleumdungsfeldzug gegen die Leipziger Ortskrankenkasse.

Wie bereits gestern kurz mitgeteilt, wurde Genosse Pollender in Leipzig, der Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse, wegen angeblicher Beleidigung des Redakteurs Dr. Grautoff von den Leipziger Neuesten Nachrichten durch die scharfe Abwehr einer Entstellung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Ueber den Prozeß berichtet die Leipziger Volkszeitung u. a. folgendes:

Wie unsern Lesern noch erinnerlich sein wird, wurde am 26. Januar v. J. der Chefredakteur der Leipziger Neuesten Nachrichten, Dr. Grautoff, wegen Beleidigung des Vorsitzenden der Ortskrankenkasse, Genossen Pollender, zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Beide Parteien legten Berufung gegen dieses Urteil ein, Genosse Pollender ließ sich aber in der Berufungsverhandlung am 10. November v. J. auf vieles Drängen durch das Gericht zu einem Vergleich herbei, der nach acht Tagen Rechtskraft erlangen sollte. Nach Ablauf dieser Frist veröffentlichten die Leipziger Neuesten Nachrichten einen Artikel, der nicht nur die Hälfte des gerichtlich festgestellten Vergleichswortlauts unterschlug, sondern sogar in gesperrtem Druck große Stellen aus dem schöffengerichtlichen Urteil, die für Dr. Grautoff günstig schienen, reproduzierte. Diese Art und Weise der Berichterstattung, die eingestandenermaßen aus Dr. Grautoffs Feder stammte, dokumentierte, wie Genosse Pollender vor Gericht erklärte, eine schauerliche journalistische Befähigung zu wahrheitswidriger Darstellung.

Dr. Grautoff hatte nämlich den Teil des gerichtlichen Vergleichs, wonach Pollender erklärte, daß er in Gemeinschaft mit seinen Vorstandskollegen sich stets bemüht habe, die Kasse nach sachlichen Gesichtspunkten zu leiten, einfach unterschlagen. Aber nicht nur das, Dr. Grautoff bezichtigte die Leipziger Volkszeitung, die selbstverständlich nichts unterschlagen hatte, sogar der bewußten und dreisten Fälschung! Dieses Verbrechens soll sich die Leipziger Volkszeitung dadurch schuldig gemacht haben, daß es nach ihrer Darstellung so aussehe, als ob Grautoff mit Pollenders Erklärung inhaltlich einverstanden gewesen wäre. Daß Genosse Pollender über diese vorsätzliche Darstellungsweise entrüstet war, wird man begreiflich finden. Er veröffentlichte daher am 18. November in der Leipziger Volkszeitung eine Erklärung, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

Es gehört die ganze bodenlose Unverschämtheit der Brunnenvergifter von dem Leipziger Neuesten Nachrichten dazu, von dieser Tatsache auch nur ein Jota hinwegläugen zu wollen.

Die Verdreher der Wahrheit setzen ihrer Methode die Krone auf, indem sie die wahrheitsgemäße Berichterstattung als „Fälschung des gerichtlichen Vergleichs" zu verdächtigen suchen. Dabei zeichnet Dr. Grautoff, der Prozeßbeteiligte, dieses Machwerk der Verworfenheit selbst als verantwortlicher Redakteur. Der Vorwurf der bewußten dreisten Fälschung eines gerichtlichen Vergleichs fällt deshalb auf diesen Ehrenherrn selbst zurück.

Der also Abgestrafte lief nun heulend zum Kadi. In der Berhandlung vor dem Schöffengericht kennzeichnete Genosse Pollender das Verhalten Grautoffs, der lange Sätze aus dem Urteil erster Instanz in gesperrtem Druck veröffentlichte, obwohl vor dem Landgericht vereinbart worden war, daß mit dem Vergleich der Streit beendigt sein sollte.

Der Verteidiger Grautoffs, Dr. Franz, konnte nach Lage der Dinge lediglich den § 193 des Strafgesetzbuchs (formale Beleidigung) in Anspruch nehmen, während Dr. Grautoff, der Chefredakteur (!), sich damit zu entschuldigen suchte, er habe nicht gewußt (!), daß durch einen Vergleich in zweiter Instanz das Urteil erster Instanz aufgehoben sei.

Verteidiger Dr. Hübler erklärt demgegenüber, daß es nur eines ganz primitiven Gefühls für Loyalität bedürfe, um zu erkennen, daß mit einem Vergleich alles Vergangene überdeckt sei. Es sei unglaubhaft, wenn Grautoff erklärte, daß er nur deshalb das schöffengerichtliche Urteil wieder reproduzierte, um den Lesern wieder in Erinnerung zu rufen, um welche Dinge es sich handelte. Das sei journalistisch illoyal gehandelt, besonders auch deshalb, weil Grautoff die für seinen Gegner ungünstigen Stellen im Druck hervorhob.

Das Urteil gegen Pollender lautete, wie wir bereits gemeldet, wegen formeller Beleidigung auf 300 M. Geldstrafe. Der Vorsitzende sagte in der Begründung, die Leser der Leipziger Volkszeitung mußten den Eindruck gewinnen, als wenn der ganze Vergleich eine Erklärung Grautoffs sei. Es seien aber eigentlich zwei Erklärungen gewesen. Weiter hob der Vorsitzende hervor, daß Grautoff falsch dargestellt habe, weil er Pollenders Erklärung unterdrückte. Es sei auch falsch, daß Pollender mit seiner Erklärung getrennt marschieren mußte. Da Grautoff bei der Fassung des Vergleichs anwesend war, so liegt es nahe, daß Pollender von Fälschung spricht und den der Leipziger Volkszeitung gemachten Vorwurf zurückgibt. Pollender hätte es aber der Leipziger Volkszeitung überlassen sollen, den Angriff in geharnischter Weise zurückzuweisen. Der Vorwurf der Illoyalität müsse Grautoff gemacht werden.

Damit ist den Leipziger Neuesten Nachrichten, besonders Herrn Grautoff, ihre sattsam bekannte unanständige Kampfesweise gerichtlich beglaubigt worden. Genosse Pollender wurde mit einer Geldstrafe belegt, moralisch verurteilt das Limanblatt.

Ein bürgerlicher Preßsünder.

Vor dem Schöffengericht in Grimma hatte sich der Redakteur des Parthenboten Albert Schapito in Borsdorf wegen Beleidigung des Brigadiers Morgenstern zu verantworten. Der Anklage lagen einige beleidigende Artikel zugrunde. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis und Tragung der Kosten.

Näheres wird über diese Sache noch nicht mitgeteilt. Wir kommen eventuell darauf zurück.

Standeswürdige Krankenkassenverträge.

In einer ehrengerichtlichen Untersuchungssache, die gegen einen Arzt auf dessen Selbstanzeige eingeleitet worden war, hat, wie das Leipziger Tageblatt mitteilt, der ärztliche Ehrengerichtshof auf die von dem Arzte gegen das Urteil des ärztlichen Ehrenrates erhobene Berufung für Recht erkannt: Von den ärztlichen Ehrengerichten können Krankenkassenverträge nur auf ihre Standeswürdigkeit, nicht aber auch nach anderen Gesichtspunkten einer Prüfung unterzogen werden.

Zur Reichstagswahl.

Der gestern mitgeteilten fortschrittlichen Kandidatur im 1. Reichstagswahlkreise (Zittau) ist alsbald eine nationalliberale gefolgt. Die Partei Drehscheibe hat den Rechtsanwalt Dr. Linke in Zittau als Reichstagskandidaten nominiert.

Sebnitz. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Stadtrates und der Stadtverordneten wurde beschlossen, mit der Elektra, Aktiengesellschaft in Dresden, der Besitzerin des Elektrizitätswerkes und der Straßenbahn Schandau, einen Stromlieferungsvertrag abzuschließen. Mit der Stromlieferung soll bereits im Herbst d. J. begonnen werden. Das Schandauer Elektrizitätswerk wird zu einer größeren Ueberlandzentrale ausgebaut, um die in der Umgebung von Schandau, Sebnitz und Königstein gelegenen Gemeinden mit elektrischer Energie zu versorgen.

Chemnitz. Nächsten Montag wird der erste Transport dänischen Fleisches hier erwartet. Es soll am Mittwoch in den gleichen Einzelmengen wie in den städtischen Läden abgegeben werden.

Zwickau. Streikbrecher-Rache! Die Arbeitswilligen im städtischen Gaswerk beginnen ihre streikenden Kollegen wegen Vergehens gegen § 153 der G.-O. bei Gericht zu denunzieren. Am Mittwoch wurde dieserhalb der frühere Gasarbeiter Busch zu 1 Woche Gefängnis verurteilt, wogegen der Parteigenosse Lippold, der wegen des gleichen Vorgehens angeklagt war, aber an der Sache nicht beteiligt war, freigesprochen wurde. Selbst das Gericht schien über die Zuverlässigkeit der Hintzemänner im Zweifel zu sein.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Vermißt werden in Leipzig seit einigen Tagen: das 18 Jahre alte Dienstmädchen Christiane Schulze, von dem man vermutet, daß es einem Sittlichkeitsverbrechen zum Opfer gefallen ist. Ferner der 23 Jahre alte Schlosser Arthur Schneider, dem ein Unfall zugestoßen zu sein scheint; der 18 Jahre alte Arbeiter Otto Peters, der in einer Fabrik in der Bitterfelder Straße beschäftigt war und der Landgerichtsrat Weller von hier, dessen Ueberzieher am Ufer der Pleiße gefunden wurde. Man glaubt, daß sich der Vermißte ein Leid zugefügt hat. — Am Dienstag abend gegen 7 Uhr sprang auf Bahnhof Groitzsch beim Rangieren eines Güterzuges ein Güterwagen aus dem Gleise. Der Durchgangsverkehr war dieserhalb ¾ Stunden gesperrt. — Der 23jährige in der Schmidtschen Ziegelei in Grimma beschäftigte Knecht Streller aus Neunitz kam gestern so unglücklich zu Fall, daß ihm die Wagenräder über den Leib gingen. Trotzdem der Wagen leer war, hatte der Unglückliche so schwere innere Verletzungen erlitten, daß er noch in der Nacht im Krankenhause, wohin er gebracht worden war, starb. — Beim Baumfällen ist eine Frau Oertel in Röhrsdorf schwer verunglückt. Sie hat eine tiefe Kopfwunde und einen Bruch des linken Oberschenkels erlitten. — In Lebensgefahr schwebte am Montag vormittag das neunjährige Töchterchen Martha des Arbeiters Wobst in Kleinseidau bei Bautzen. Es war auf dem zugefrorenen großen Dorfteiche eingebrochen und nur dem Umstande, daß es mit dem Kinn auf dem Eise hängen blieb, ist es zu verdanken, daß das Mädchen noch von der Mutter gerettet werden konnte.

Stadt-Chronik.

Aus dem Stadtparlament.

Eine Sitzung von langer Dauer und reichem Redefluß brachte der gestrige Abend in dem Stadtverordnetensaale. Mehr als 30 Punkte standen auf der Tagesordnung. Einige fielen allerdings aus; im anderen Falle hätte die ganze Tagesordnung auch nicht erledigt werden können, denn das Kollegium war ohnehin nur mit größter Mühe bis zum Ende, das erst um Mitternacht eintrat, beschlußfähig zu erhalten. Hätten die sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht besser ausgehalten wie die Mehrzahl der übrigen Herren, wäre die Beschlußfähigkeit des Hauses schon kurz nach 11 Uhr dahin gewesen.

Der erste Punkt, die Aenderung eines kirchlichen Ortsgesetzes über die Erhebung von Besitzwechselabgaben wurde zwar glatt erledigt, unsere Genossen erklärten aber aus prinzipiellen Gründen die Vorlage ablehnen zu müssen und stimmten auch demgemäß. — Eine lange und recht zugespitzte Debatte verursachte der Vertrag mit dem Staatsfiskus wegen Errichtung des Ersatzbaues für das italienische Dörfchen. Hier versuchten die Gegner des Projektes noch eine Verschleppung des ganzen Baues, indem sie eine Bestimmung des Vertrages, die das Widerrufsrecht der Regierung zum Bau des Pasteischlößchens betraf, heraushaben wollten, obwohl sie wußten, daß das wegen früher abgeschlossener Verträge weder möglich war, noch eine rechtliche Wirkung haben konnte. Die Verschleppungsversuche der Herren Kohlmann, Thierfelder und ihres Anhangs waren aber vergeblich.

Die Verlegung der Jahrmärkte vom Altmarkt nach dem Neumarkt und der Neustadt, die der Rat beantragte, rief ebenfalls lebhafte Auseinandersetzungen wach, wobei Genosse Nitzsche das ablehnende Gutachten des Rechtsausschusses zu vertreten hatte. In der Debatte sprachen nur Gegner des Rechtsausschuß-Gutachtens, die die Ratsvorlage wieder herstellen wollten. Schließlich wurde ein Antrag auf Wiederherstellung der Ratsvorlage abgelehnt, der aber sofort zum größten Teil über den Haufen geworfen wurde, weil gegen eine große Minorität ein Antrag zur Annahme gelangte, nur die Christmärkte in der bisherigen Weise beizubehalten, die Jahrmärkte aber gemäß der Ratsvorlage zu verlegen. Dadurch ist die ganze Sache aber sonderbar verschoben worden. Der Rat begründete die Notwendigkeit der Verlegung in erster Linie mit dem feuergefährlichen Zustande der Budenstadt auf dem Altmarkte. Die für die Ratsvorlage eintretenden Herren erkannten diesen Grund auch als zutreffend an, dennoch beschlossen sie, gerade den feuergefährlichsten Markt, den Weihnachtsmarkt, auf dem Altmarkte zu belassen, die weniger feuergefährlichen aber zu verlegen.

Ein anderer wichtiger Punkt betraf die Verlängerung der Gültigkeit der Arbeiterfahrkarten von 4 Uhr nachmittags an. Das ist eine Forderung, die von sozialdemokratischer Seite schon längst geltend gemacht worden ist. Der Verwaltungsausschuß hatte auch anerkannt, daß der sozialdemokratische Antrag einem dringenden Bedürfnis entspreche, hatte aber den zweiten Teil des früheren sozialdemokratischen Antrags, auch Arbeiterfahrkarten einzuführen, die für die Mittagsstunde Gültigkeit haben, nicht akzeptiert. Der Rat hatte sich in einem Schreiben gegen jede Konzession ausgesprochen. Es stellte sich in der Beratung heraus, daß man es besonders mit einer unverständlich hartnäckigen ablehnenden Haltung des Bürgermeisters Dr. Kretzschmar zu tun hatte, der in sozialpolitischen Fragen fast stets verneint. Genosse Krüger unterzog die Haltung des Rates einer scharfen Kritik, während das allerdings auf halbem Wege stehen bleibende Ausschußgutachten vom Stadtv. Kohlmann gegen die nichtigen Argumente des Bürgermeisters Dr. Kretzschmar verteidigt wurde. Der „liberale" Rechtsanwalt Wetzlich hielt es für angezeigt, mit Eifer gegen jede erweiterte Geltungsdauer der Arbeiterfahrkarten vorzugehen und die Sache so hinzustellen, als würde den Arbeitern schon jetzt eine große Wohltat erwiesen, auf die diejenigen keinen Anspruch hätten, die nachmittags 4 Uhr schon Feierabend haben. Der Herr überbot damit noch die soziale Einsichtslosigkeit des Rats, was diesem Herrn übrigens schon öfters gelungen ist. Schließlich wurde das Ausschußgutachten, wonach die Arbeiterfahrkarten von 4 Uhr nachmittags an gültig sein sollen, gegen 14 Stimmen, worunter sich auch zwei liberale befanden, angenommen. Leider ist vom Rat auch jetzt noch nicht viel in dieser Sache zu erwarten. Es wird noch weiteren energischen Drängens bedürfen, ehe die jetzige unsinnige und zwecklose Beschränkung der Arbeiterfahrkarten, die wie eine Schikane empfunden werden muß, fällt.

Das Elend der Anwaltsangestellten

wurde wieder einmal in einer Versammlung beleuchtet, die am Mittwoch abend im Keglerheim stattfand. Herr Leymann-Berlin referierte über die wirtschaftliche Lage dieser Manschettenproletarier. Er mußte ein tieftrauriges Bild der Verhältnisse entrollen. Die Entlohnung ist erbärmlich, sie gehe unter die der gedrücktesten Heimarbeiter. Nicht einmal die Forderungen des Leipziger Bureaubeamtenverbandes, die doch mehr als bescheiden sind, würden gewährt. Danach seien Gehälter von 12 M. im ersten Jahre, steigend bis 60 M. im fünften Jahre (!) pro Monat (!!) zu zahlen. Wie soll ein erwachsener Mensch davon leben. Wie traurig die Lohnverhältnisse seien, gehe daraus hervor, daß ein Dresdner Anwalt seinem verheirateten Bureauvorsteher, einem Manne von 40 Jahren, monatlich 85 M. zahle. Die aufgenommene Statistik habe ergeben, daß 60½ Proz. aller Anwaltsangestellten monatlich unter 50 M., 26 Proz. monatlich 50 bis 100 M. und nur 13 Proz. über 100 M. beziehen. Ein schwerer Mißstand sei ferner die Lehrlingszüchterei. 51 Proz. aller Angestellten hätten das 17. Lebensjahr noch nicht überschritten, ja es sei sogar festgestellt, daß in Meißen, Dresden und Leipzig von einzelnen Anwälten Schulkinder an ihren freien Nachmittagen mit Schreibarbeiten in den Bureaus beschäftigt würden.

Das sind grauenhafte Zustände, gegen die es natürlich nur ein Mittel gibt: zielbewußte Organisation. — Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Anwaltsangestellten bedauert, daß der Sächsische Anwaltsverein bezw. der von ihm niedergesetzte Ausschuß für das Angestelltenwesen die so dringend notwendige Besserung der Berufsverhältnisse durch friedliches Uebereinkommen mit ihrer Organisation abgelehnt hat. Die Versammelten sehen in der Schaffung eines korporativen Arbeitsvertrages das zunächst im Interesse des sozialen Friedens zu erstrebende Ziel und den einzigen Weg, geregelte Entlohnungs- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Sie beauftragen hiermit die Sächsische Bezirksleitung des Verbandes der Bureauangestellten usw. Deutschlands (Sitz Berlin), alle Schritte zu unternehmen, um so bald als möglich mit dem Sächsischen Anwaltsverein den Abschluß eines Tarifvertrages zu erreichen und über den Ausgang der umgehend einzuleitenden Verhandlungen demnächst in einer neuen Versammlung der Kollegenschaft Bericht zu erstatten. Die Versammelten erachten es als Pflicht aller Berufsangehörigen, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Verbande der Bureauangestellten usw. Deutschlands, anzuschließen, um den erforderlichen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu erlangen."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ein Kulturbild.

Das hiesige Zentrumsblatt, das sich Sächsische Volkszeitung nennt, berichtet aus dem wendischen Winkel Sachsens mit wichtig-ernster Miene:

„Vor ungefähr 500 Jahren hat nach alter Ueberlieferung der sogenannte schwarze Tod (Pest) in der hiesigen Gegend, besonders in der Crostwitzer Parochie, so viel Opfer gefordert, daß manche Ortschaften nahezu ohne Bewohner gewesen sind. Um vom lieben Gott Abhilfe vor diesem großen Uebel zu erlangen, haben unsere Vorväter hier die Bruderschaft zum hl. Sebastian gegründet, welche vom Apostolischen Stuhl in Rom bestätigt und mit Ablässen versehen worden ist. Zugleich haben unsere Vorfahren auch das Gelübde getan, daß sie und ihre Nachkommen das Fest des hl. Märtyrers Sebastian (am 20. Januar) jedes Jahr mit großer Feierlichkeit und Prozession begehen und tags vorher strengen Fasttag halten wollen. Ebenso gehen die Mitglieder der Sebastiansbruderschaft gemeinschaftlich zur hl. Kommunion. Auch dieses Jahr wurde das Sebastiansfest in Crostwitz sehr feierlich abgehalten. . . . . Dieses Fest und andere solche in unserer wendisch-katholischen Lausitz bringen oft sehr schöne Blüten und Früchte katholischen Lebens hervor, und solange unser Volk die religiösen Gelübde, die ihre Vorfahren vor Hunderten von Jahren getan haben, so treu und fest hält, wie bis jetzt, und auch die übrigen kirchlichen Sonn- und Festtage im kirchlichen Sinne fast ohne Ausnahme begeht, dann ist keine Gefahr vorhanden, daß das rote Gespenst auch in der katholischen Wendei seinen Einzug halten wird! Beweis dafür ist, daß bei der letzten Landtagswahl im achten ländlichen Wahlkreise im Jahre 1909 in den wendisch-katholischen Ortschaften von Katholiken nicht eine einzige sozialdemokratische Stimme abgegeben worden ist, obwohl es hier auch Steinarbeiter, Maurer, Zimmerleute usw. gibt! Dazu kommt noch, daß sich in fast allen Ortschaften die Wähler bis mit 90 Proz. an der Wahl beteiligt haben, was wohl seinesgleichen sucht."

Das Organ für Volksverdummung mag sich beruhigen. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß auch in dieser finstersten Ecke Sachsens das „rote Gespenst" einzieht. Beständen die sprachlichen Schwierigkeiten nicht, wäre es sicher auch dort jetzt schon heller.

Das Sparsystem der sächsischen Staatsbahn

bekamen die Passagiere der 4. Wagenklasse wieder einmal am Sonntag abend auf der Fahrt von Dresden nach Meißen zu spüren. Die 4. Wagenklasse des um 9 Uhr abends den Hauptbahnhof in Dresden verlassenden Zuges war schon in Dresden-Neustadt überfüllt. Trotz aller Proteste des Publikums wurden die Wagen unterwegs noch weiter vollgestopft, so daß die Insassen dichtgedrängt Mann an Mann standen. Unangenehm wurde es auch empfunden, daß der Zug die unterhalb Coswig befindliche starke Kurve im gewöhnlichen Fahrtempo passierte, wobei es ein tolles Durcheinander gab. Der Zug, der im übrigen gar nicht so stark besetzt war, führte nur zwei Wagen 4. Klasse. Etwas mehr Rücksicht könnte man doch wohl für die Passagiere der 4. Wagenklasse verlangen, zumal auf der Strecke Meißen—Dresden gerade diese Wagenklasse dem Staate eine ganz erhebliche Einnahme bringt.

Revision der Barbier- und Friseurgeschäfte. Bei der im Jahre 1910 durch die Wohlfahrtspolizei vorgenommenen Revision der Barbier- und Friseurgeschäfte wegen Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch Barbiere und Friseure sind zusammen 588 (1909: 578) Betriebe, und zwar 39 Friseure und 549 Barbiere, revidiert worden. Wegen grober Mängel ist in 35 Fällen (1909: 27) Anzeige zu erstatten gewesen, und zwar in 5 Fällen wegen mangelhafter Reinhaltung der Geschäftsräume, in 6 Fällen wegen mangelhafter Reinhaltung der Geräte, in 3 Fällen wegen Krankheit und mangelhafter Sauberkeit des Bedienungspersonals, in 3 Fällen wegen Verletzung der Vorschriften für Bedienung der Kunden und in 7 Fällen wegen fehlender oder verdeckter Aushänge.

Vermischte Nachrichten. Im Dresdner Anzeiger war dieser Tage folgendes Inserat zu lesen: „Damen, gebildet, können durch Mithilfe bei einer Wohltätigkeitssache täglich hohe Einnahmen erzielen. Näheres bei Frau Pritzel, Hotel de Saxe, Prager Straße 56, 5—7 Uhr." Es ist jedenfalls nicht ganz gewöhnlich, daß man sich beim Wohltun hohe Einnahmen verschaffen kann. — „Gehe zu Hause und mache deine Schularbeiten, marsch!" herrschte im „Hirsch am Rauchhaus" eine wohlgesättigte Dame eine zwölfjährige Hausiererin an. Im selbigen Lokale ist allen Händlern das Hausieren verboten, nur der Heilsarmee ist es allabendlich erlaubt, mit Schrift und Sammelbüchse sich einzufinden. Welcher Gegensatz!

Der Boykott des Plauenschen Lagerkellers.

Das hiesige Schöffengericht verhandelte gestern wegen Uebertretung der bekannten Polizeiverordnung vom 29. Mai 1894 (Verrufserklärung) und wegen Sachbeschädigung nach § 304 Str.-G.-B. (Beschädigung von öffentlichen Einrichtungen) sowie einfacher Sachbeschädigung gegen den Eisendreher Mancke. Wegen Anstiftung bezw. Beihilfe hatten sich der Brauer Morgenstern und der Brauereiarbeiter Hegner zu verantworten. Mancke soll seit September in den verschiedensten Stadtteilen an Mauern, Häusern, Zäunen usw. mit Schablonen Boykottaufrufe angemalt haben. Die Aufrufe habe er in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember auch besonders an der fiskalischen Waltherbrücke und an dem Grundstück des Baumeisters Georg Wagner angebracht. Morgenstern, der damals Streikleiter war, soll ihn hierzu angestiftet haben, während Hegner den Versuch gemacht haben soll, durch Beiseiteschaffen einer Schablone Morgenstern der Bestrafung zu entziehen. Mancke gibt nur zu, das einemal an der Waltherbrücke sieben Boykottaufrufe angemalt zu haben: „Lagerkeller boykottiert!" Die andere bei ihm vorgefundene Schablone: „Meidet Lagerkellerbier", habe er an einem Breiterzaun auf der Fröbelstraße verwendet. Er habe sich Morgenstern selbst etwa acht Tage vorher angeboten. Eine Sachbeschädigung liege nicht vor, da die Farbe mit Terpentinöl weggewaschen werden kann, ohne daß die darunter befindliche Farbe angegriffen würde. Hegner befand sich im Streikbureau im Kleinen Volkshaus in Plauen und hob ein unter dem Tisch liegendes Paket auf, als gerade der Gendarm der politischen Abteilung, Beurich, mit einem Kollegen eintrat, um nach Beweismitteln zu suchen. H. wurde das Paket abgenommen und es befand sich eine Schablone darin. Er behauptet, den Inhalt nicht gekannt zu haben.

Rechtsanwalt Giese vertrat den Standpunkt, daß die angezogene Verordnung ungültig ist, weil die Materie durch Reichsgesetz geregelt ist. Eine Sachbeschädigung liege an der Waltherbrücke nicht vor, da die Farbe leicht mit Terpentinöl beseitigt werden kann. Der § 304 komme nur in Frage, wenn durch die Beschädigung die Sache „minder tauglich oder nützlich" wird. Die Brücke sei aber durch das Anmalen in ihrem öffentlichen Nutzen nicht beeinträchtigt worden. Eine Anstiftung liege nicht vor, denn Mancke sei selbst zu Morgenstern gekommen mit dem fertigen Plan, für die Streikenden tätig zu sein. Eine Beihilfe Hegners ist nicht erwiesen, ebensowenig eine Sachbeschädigung im Falle Wagner.

Das Gericht erkannte gegen Mancke auf 30 M. Strafe wegen Boykotts und gegen Morgenstern auf die gleiche Strafe wegen Anstiftung. Von den Sachbeschädigungen wurde Mancke freigesprochen, da der öffentliche Nutzen der Waltherbrücke nicht beeinträchtigt ist und in den anderen Fällen der Nachweis fehlt. Das hatte auch insoweit die Freisprechung Morgensterns zur Folge. Hegner wurde in vollem Umfange freigesprochen, da eine Beihilfe nicht erwiesen war.

Aus der Umgebung.

Schmiedeberg. Hier scheute ein Pferd, weil die alte Gewohnheit des früheren Besitzers, im Gasthof einzukehren, nicht inne gehalten wurde. Zum Unglück fuhr noch der Zug ein, wodurch das Pferd noch unruhiger wurde. Dabei ist der Wagen umgestürzt. Der neue Besitzer kam mit einigen Hautabschürfungen davon, während das Dienstmädchen, das einen neuen Dienst antreten wollte, einen Kinnladenbruch erlitt; es mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden.

Vereinskalender für Sonnabend.

Obergorbitz. Abends 9 Uhr Volks-Versammlung im Gasthof Reichsschmied, Obergorbitz.

Freie Schwimmer von Dresden und Umgegend. Mitglieder-Versammlung im Volkshaus, Zimmer 1.

Buchbinder-Verband. Abends 9 Uhr Generalversammlung im Saale der Reichshallen, Palmstraße.

4. Wahlkreis (Bezirk Loschwitz). Abends Punkt 8½ Uhr Mitglieder-Versammlung in Leischkes Restaurant.

Zitzschewig. Abends 9 Uhr Gruppensitzung bei Starke.

4. Wahlkreis (Bezirke Mickten, Uebigau, Trachau u. Kaditz). Abends 7 Uhr Faschingsvergnügen in Watzkes Etablissement, Mickten.

6. Wahlkreis (Bezirk Briesnitz-Leutewitz). Abends 7 Uhr Stiftungsfest im Gasthof zu Briesnitz.

Gerichtszeitung.

Jugendgericht.

Eine große Reihe Boden- und Schuppendiebstähle, hauptsächlich im sogenannten amerikanischen Viertel ausgeführt, hielt eine Zeitlang die Polizei in Aufregung. Unter Anführung des 21jährigen Arbeiters Möllper und des 31jährigen Kutschers Lehmann beteiligten sich daran die 17- bezw. 18jährigen Arbeiter Briesen, Habel und Ottempa. In einer Kaffeeklappe am Fischhofplatz kamen sie fast täglich zusammen und schmiedeten hier ihre Pläne. Mittels Nachschlüssels öffneten sie in der Reichsstraße, Bismarckplatz und Bismarckstraße Bodenkammern und stahlen hauptsächlich Kleidungsstücke, Bett- und Tischwäsche und was sonst noch zu erreichen war. Aus einem mit Gewalt geöffneten Schuppen holten sie zwei Tische mit Marmorplatten im Werte von 64 M. Auf das Konto der beiden erstgenannten Hauptbeteiligten kommt auch noch ein Fahrraddiebstahl und ein Ladeneinbruch in der Prager Straße, wo ihnen 164 M. Bargeld in die Hände fielen. Sämtliche Angeklagten sind schon mehrfach vorbestraft, so daß bei allen die erschwerenden Bestimmungen des Rückfalls in Frage kommen. Das Urteil lautet: Möllper 3 Jahre 6 Monate, Lehmann 2 Jahre 6 Monate, Briesen 1 Jahr 3 Monate, Habel 10 Monate und Ottempa 3 Monate Gefängnis. Da Möllper und Lehmann bei den Diebstählen Revolver getragen haben, erhielten sie noch 3 Wochen Haft, außerdem je 3 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Schöffengericht.

Die Maul- und Klauenseuche. Der Ort Weißig hatte unter der Maul- und Klauenseuche ganz besonders zu leiden. Die Amtshauptmannschaft verschärfte deshalb die Bestimmungen zur Verhütung der Seuche. Es war den Besitzern und Bediensteten der verseuchten Gutshöfe verboten, mit anderen zusammenzukommen, insbesondere Gastwirtschaften aufzusuchen. Der Gutsbesitzer Emil Gäbisch kehrte sich nicht an das Verbot, sondern suchte den Gasthof auf. Das Gericht verurteilte ihn deshalb zu 10 M. Strafe.

Hauswirt und Mieter. Der Rechtskonsulent Eisold vermietete die Bäckerei in seinem Hausgrundstück an den Bäckermeister Lindner. Bald kam Lindner dahinter, daß vieles nicht in Ordnung war. Der Hauswirt blieb gegen alle Aufforderungen, die Mängel abzustellen, taub. Eines Tages fielen aus dem Gewölbe des Backofens einige Ziegel, so daß L. sich seine Brötchen kaufen mußte und nur noch Pfannkuchen backen konnte. Er ersuchte Eisold dringend um Reparatur des Ofens und forderte für jeden Tag bis zur Wiederherstellung desselben 2,50 M. Entschädigung. Da sein Betrieb bald ganz lahmgelegt war, der Hauswirt auch nicht an die Abstellung der Mängel ging, forderte L. von jetzt an pro Tag 6 M. Entschädigung. Es kam nun zu Zivilprozessen zwischen Hauswirt und Mieter und der Mieter zog aus. Der Hauswirt erstattete gegen L. und seine Frau Anzeige wegen Sachbeschädigung. Sie sollen den Backofen mutwillig eingeschlagen, einen Anker verdreht und die Feuerungen im Küchenherd und Pfannkuchenherd ruiniert haben. Mehrere Zeugen bestätigten aber im Gegensatz zu Eisold und dessen Frau, daß sich das Gewölbe des Backofens bereits 1½ Jahr vor dem Einzug Lindners in der Mitte gesenkt hatte und die Ziegel gelockert waren. Es war dies dieselbe Stelle, an der das Loch entstanden war. Auch die übrigen Schäden bestanden zum größten Teil schon vorher. Der Vorgänger Lindners war nur 26 Tage in der Bäckerei und dessen Vorgänger drei Monate. Das angeklagte Ehepaar wurde deshalb freigesprochen.

Gewerbe des Todes.

Die Menschen haben die tröstende Naturnotwendigkeit des Sterbens mit unendlichem Spuk, grausender Qual und grübelnder Angst umgeben. Was eine fiebernde Phantasie ersinnen konnte, hat man zur Schärfung der Todesfurcht benutzt. Aber während man mit dem natürlichen Tod sinnlos haderte und seinen ewigen Frieden vergiftete, hat man den Kampf gegen den unnatürlichen Tod vergessen. Die große Masse der Menschen ist seit jeher eines unnatürlichen Todes gestorben: nicht nur durch Krieg und Mord, sondern vor allem durch die gewaltsame Hand von Krankheiten, die, aus den gesellschaftlichen Daseinsbedingungen erwachsen, lange vor dem natürlich gebotenen Ende das Dasein brechen. Beim im deutschen Reich von 1000 Einwohnern 19 sterben, in Rußland 29,4, in Chile 29,6, in Südaustralien aber nur 9,7 und in Neuseeland 9,6 so erkennt man schon aus diesen Zahlen die erschütternde Tatsache, wie unter der Gewalt der politischen und sozialen Verhältnisse Leben vergeudet wird. In den beiden Arbeiterstaaten des kulturell jüngsten Erdteils brauchen nur die Hälfte der Menschen zu sterben, die in Deutschland untergehen müssen.

Die Massen sterben nicht am Tode, sondern an der künstlichen Industrie des Todes. Ja, es gibt geradezu Gewerbe des Todes. Wer gewisse Berufe ausübt ist — wie der schlimmste Verbrecher — zu gewaltsamem Tode verurteilt. Wir haben vor einiger Zeit auf die Abhandlung hingewiesen, die der bayrische Landesgewerbearzt Dr. Koelsch auf Grund einer in Bayern vorgenommenen amtlichen Zählung über die Beziehungen von „Arbeit und Tuberkulose" veröffentlicht. In dem soeben ausgegebenen neuesten Hefte des „Archivs für soziale Hygiene" setzt nunmehr Koelsch seine wichtigen Darlegungen fort.

Er weist zunächst auf die „indirekten Berufsschädlichkeiten" hin, die zur Tuberkulose führen: Ernährung und Wohnung.

„Die in recht vielen Fällen nur bescheidenen Löhne vermögen selbst bei geordneter Lebensführung und bei bescheidenen Ansprüchen der besonders in den letzten Jahrzehnten außerordentlich emporschnellenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse kaum zu entsprechen, besonders in Großstädten oder bei kinderreichen Familien. Diese mißlichen äußeren Verhältnisse bergen bezüglich der Tuberkulose ohne Zweifel mindestens dieselben Gefahren für Leben und Gesundheit als die eigentlichen Berufsgeschäfte; zuweilen dürften sie sogar die einzigen tuberkulosefördernden Schädlichkeiten darstellen, welche den Arbeiter und seine ganze Familie treffen."

Die Ernährung leidet besonders durch den ungedeckten Eiweißbedarf. Diese Ernährung muß ungenügend bleiben, wo hohe Lebensmittelpreise mit niedrigem Einkommen konkurrieren. Nach Münchener Erhebungen in tuberkulösen Familien hatten 56,81 Prozent der Familien weniger als 2 Mark täglich für den eigentlichen Lebensunterhalt zur Verfügung, 21,96 Prozent weniger als 3 Mark.

Die Tuberkulose ist nächstdem eine Wohnungskrankheit. „Sehr häufig sind die Arbeiterwohnungen überfüllt, zu dicht belegt, oft feucht, dumpf und lichtarm. Hier wachsen nun die Kinder heran, hier arbeitet tagein tagaus die Hausfrau, der Heimarbeiter oder Kleingewerbetreibende, hier soll der Arbeiter Ruhe und Kräftigung zu neuer Arbeit finden! Aber in diesen überbelegten, von dem charakteristischen Armeleutegeruch erfüllten, oft noch eine Staub- und Rauchquelle einschließenden Räumen — gar oft wird in denselben noch ein Gewerbe ausgeübt — kann eine Lebensenergie und Lebensfreudigkeit schlecht aufkommen, beide erfahren eine Herabsetzung und Verminderung. Der Gasaustausch der Lungen, die so wichtige Versorgung des Körpers mit sauerstoffreichem Blut leidet, die körperliche Bewegung ist völlig eingeschränkt. Besonders der heranwachsende Organismus erfährt eine schwere Störung der Desoxydation und der gesamten Blutbildung, sowie eine Beeinträchtigung des ganzen Stoffwechsels." Für die Förderung der Verbreitung der Tuberkulose sorgen auch das Herbergswesen und die Verpflegungsstationen. „Gar oft sind diese Räume zum Bewohnen überhaupt ungeeignet, dazu oft überfüllt, unreinlich gehalten und schlecht gelüftet. Hier dürfte sich mancher auf der Wanderschaft befindliche, also meist an sich schon geschwächte Arbeiter den Keim eines frühen Siechtums und Todes holen." Wenn in den Frauenklöstern die Tuberkulosesterblichkeit sehr groß ist, so liegt das auch (von anderen Ursachen abgesehen) an ungünstigen Unterkunftsverhältnissen. Aehnlich verheerend wirkt auch der Aufenthalt in den Straf-, Pflege- und Irrenanstalten.

Wie wirkt nun der Beruf auf die tuberkulöse Sterblichkeit? 12071 Personen innerhalb des erwerbstätigen Alters sind im Jahre 1908 in Bayern an Tuberkulose gestorben. Etwas über 5 Prozent muß mangels Vergleichszahlen aus der Betrachtung ausgeschieden werden. Von den Lebenden im Alter von 15—70 Jahren starben 3,47 Prozent an Tuberkulose, 3,07 männlich, 4,07 weiblich.

Sondert man die Gruppen der Todesfälle nach dem Berufe, so gewinnt man als die entscheidende Erscheinung, daß die Sterblichkeit am größten in der Gruppe „Sonstige Berufe und berufslose" ist: 8,35 Prozent (in den akademischen Berufen 2,39, in Industrie, Handel und Verkehr 3,85 Prozent, in der Landwirtschaft 1,49 Prozent). In dieser Gruppe der „Berufslosen" befinden sich nämlich die Taglöhner und Gelegenheitsarbeiter, die Taglöhnerinnen, das weibliche Dienstpersonal und die Ordensfrauen; bei den Frauen dieser Gruppe ist die Sterblichkeit an Tuberkulose noch viel größer als bei den Männern: auf 1000 Lebende starben in diesen Gruppen 12,75 Frauen, 4,34 Männer.

Das Reich der unqualifizierten Arbeit, der niedrigsten Löhne, der längsten Arbeitszeit, der Arbeitslosigkeit ist also das eigentliche Rekrutierungsgebiet der Tuberkulose. Die Gefahr des allgemeinen Elends ist größer als die besonderen Gewerbeeinflüsse.

Unter den männlichen Berufen mit mehr als dreifachem Durchschnitt (über 10 Todesfälle auf 1000 Lebende der Berufsklasse) stehen die „Taglöhner und Gelegenheitsarbeiter" weit voran: 83,10. Ihnen folgen unmittelbar die Steinhauer, Steinschleifer (26,85). Ist es bei dem ersten Gewerbe die sich allgemeine Not, so ist es bei dem zweiten die Schädlichkeit des Berufs — der Staub —, der die Tuberkulose erzeugt. Zu den ungünstigsten Berufen gehören noch die Goldschläger (17,18), Aufseher, Boten, Diener (16,60), Schreiner (13,37), Maurer (10,23). Doppelte bis dreifache Mortalität haben unter anderen Musiker (8,64), Kellner, Wirte (7,45), Pflasterer (6,67). Bis zum doppelten Durchschnitt kommen Schauspieler (5,67), Zinngießer (5,61), Glaser (5,34), Brenner (5,54), Blechwarenfabrikarbeiter (5,29), Zimmerleute (5,20), Schneider (4,94), Buchdrucker (4,90), Bergleute (4,17), Porzellanarbeiter (4,0). Die Durchschnittssterblichkeit findet sich unter anderen bei Schlossern, Buchbindern, Gärtnern, Bierbrauern, Uhrmachern, Tabakarbeitern, Postbediensteten, Kaufleuten und Reisenden, Bäckern, Fabrikbediensteten, Goldarbeitern, Journalisten. Erheblich unter dem Durchschnitt stehen: Aerzte (1,92), Weber (1,72), Lehrer (1,40), Ziegelei-arbeiter (0,8). Und der allergesündeste Beruf hinsichtlich der Tuberkulose ist der des — Bauunternehmers, bei dem nur 0,85 Todesfälle an Tuberkulose vorkommen. Der Taglöhner, der bei dem Bauunternehmer arbeitet, hat also 237 mal so viel Wahrscheinlichkeit, an Tuberkulose zu sterben, wie sein „Herr".

Unter den Frauen stehen auch die Taglöhnerinnen oben: 34,90 auf 1000 Lebende des gleichen Berufs, dann folgen die Wäscherinnen und Köchinnen (13,86) und „Ledige und Berufslose" (13,2). Die Schneiderinnen fallen mit 6,48 Prozent der Seuche zum Opfer. Auch die Dienstmädchen sind mit 7,60 Prozent an dem furchtbaren Tribut beteiligt, die Blumenmacherinnen mit 6,66. Die Krankenpflegerinnen, die nicht in Klöster eingesperrt sind, haben eine sehr günstige Sterblichkeit, 0,27 Prozent; man verwendet allerdings zu diesem Beruf nur gesunde Menschen.

Von den besonderen, in der Natur des Gewerbes liegenden Krankheitsursachen untersuchte Koelsch in dem bisher vorliegenden Teil seiner Arbeit nur den Staub. Der Staub bedingt vor allem die städtische Tuberkulosegefahr. Der Staubarbeiter weist eine höhere Sterblichkeit an Tuberkulose auf, als die anderen Arbeiter; besonders die dem Mineralstaub ausgesetzten Arbeiter sind von der Seuche bedroht, daher die entsetzliche Sterblichkeit der Steinhauer. Je gefährlicher der Staub, desto früher werden die Arbeiter dahingerafft. Bei den Metallstaub-Arbeitern sterben zwischen 20—29 Jahren 34,5 Prozent und zwischen 30—39 Jahren 19,7 Prozent an Tuberkulose. Aehnlich ist es bei den Mineralstaubarbeitern, bei denen der Anteil in den beiden Perioden 21,5 und 26,1 Prozent beträgt. Dabei ist die Sterblichkeit über 60 Jahre „günstig": 6,9 und 9,3 Prozent. Die Leute dieser Berufe warten aber nicht auf das Alter, ihre Lungen beeilen sich, vom Staub zerfressen zu werden.

Die Abhandlung von Dr. Koelsch bietet ein kraftvolles Material, um zum organisierten Kampf gegen den gewaltsamen Tod anzureizen. Wer die Gewerbe des Todes saniert, der legt dem grausamen vorzeitigen Tod das tückische Gewerbe.

Soziales.

Der Streik der Arbeitgeber in der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Potsdam.

Drei Arbeitgeber im Vorstand der Potsdamer Ortskrankenkasse hatten ihren Posten niedergelegt, weil die Arbeiter einen Schriftführer zum Vorsitzenden gewählt hatten. Dazu hatten die Herren natürlich kein Recht. Jetzt hat die Aufsichtsbehörde den Obstruktionisten den Standpunkt klargemacht und sie sind zur Vernunft zurückgekehrt.

Oeffentliche Arbeitsnachweise.

In Ostpreußen sind im Januar 1911 in 31 Kreisstädten öffentliche Arbeitsnachweise errichtet worden, denen die Zentralstelle der Kreisarbeitsnachweise in Königsberg vorsteht. In sämtlichen Kreisstädten der Provinz sollen solche Arbeitsnachweise eingerichtet werden. Ihre Vermittlungstätigkeit richtet sich lediglich auf inländische Arbeiter aller Art, während sich das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer mit dem ausländischen Saisonarbeitern und den russisch-deutschen Wanderern zu beschäftigen hat. Für Arbeiter geschieht die Vermittlung kostenlos, die Unternehmer haben eine geringe Gebühr zu zahlen. Durch die Kreisblätter und durch Plakate soll die Aufmerksamkeit der ländlichen Bevölkerung auf die Kreisarbeitsnachweise gerichtet werden.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 4. Februar.

Nordwestwind, zeitweise aufheiternd, etwas kälter, noch zeitweise und stellenweise Schnee.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadtverordneten-Sitzung

vom 2. Februar.

Die Verhandlungen leitet Vizevorsteher **Dr. Vogel.**

Die Petition von Geschäftsleuten der Johannstadt um Errichtung eines weiteren Postamtes in diesem Stadtteile, die von den städtischen Körperschaften unterstützt worden ist, ist von der Oberpostdirektion ablehnend beschieden worden. Auf Antrag des Stadtv. **Grützner** wird die Sache an den Verwaltungsausschuß zur weiteren Prüfung überwiesen.

Eine Ratsvorlage empfiehlt, dem Entwurf eines kirchlichen Ortsgesetzes über die Besitzwechselabgabe vom Standpunkte der politischen Gemeinde und der Festsetzung der Besitzwechselabgabe in der Heilandparochie — Vorstadt Cotta — auf 0,2 Proz. zuzustimmen.

Stadtv. **Nitzsche** (Soz.): Wir werden gegen die Vorlage stimmen, weil hier eine kirchliche Steuer zwangsweise weiter erhoben werden soll. Es handelt sich um eine Steuer, die selbst dann weiter entrichtet werden muß, wenn man aus der Kirche austritt.

Die Vorlage wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft den Abschluß eines Nachtrages zu dem mit dem Staatsfiskus über den Neubau der Augustusbrücke und die Herstellung der damit zusammenhängenden Anlagen abgeschlossenen Vertrage. Die vereinigten Ausschüsse beantragen, den Vertragsnachtrag zu genehmigen und mitzuvollziehen. In einem Minderheitsgutachten schlägt Stadtv. **Kohlmann** vor, zu beschließen, in § 4 des Nachtrags die Worte „oder zum Zwecke der in § 11 des Vertrags vorbehaltenen Einlegung von Eisenbahngleisen auf dem fiskalischen Kai unterhalb von Hotel Bellevue an der Elbe nach Osten" zu streichen. Begründet wird das Minderheitsgutachten damit, daß der Fiskus nach dem Vertrag jederzeit eine Güterbahn von der Packhofstraße an der Elbe entlang bis zur Jägerkaserne bauen könne, wodurch das Städtebild gefährdet werde. Eine solche Verantwortung könne das Kollegium nicht übernehmen. Trage sich der Fiskus nicht mit der Absicht, von dem Recht des jederzeitigen Widerrufs Gebrauch zu machen, so könne er auch in die Streichung des Passus willigen.

Oberbürgermeister **Beutler** kennzeichnet das Minderheitsgutachten als einen erneuten Versuch, die Ausführung der vor 14 Tagen verabschiedeten Vorlage über Helbigs Neubau zu verzögern. Herr Kohlmann habe endlich den Punkt gefunden, wo er einsetzen zu können glaube. (Zustimmung.)

Stadtv. **Hettner:** Der Nachtrag zu dem Vertrage ist die notwendige Voraussetzung gewesen für den Bau von Helbigs Etablissement und eine Folge des bisherigen Rechtszustandes. Solange das Hotel Bellevue besteht, sei es ganz ausgeschlossen, daß der Fiskus von seinem Widerrufsrechte Gebrauch mache.

Stadtv. **Beck** bekämpft ebenfalls das Minderheitsgutachten.

Stadtv. Dr. **Höckel** bezeichnet das Minderheitsgutachten als einen Schlag gegen den Beschluß vor 14 Tagen. Wenn Kohlmann nichts anderes wolle, als daß der Rat mit dem Fiskus verhandeln solle, damit dieser auf sein Widerrufsrecht verzichte, hätte das Minderheitsgutachten ganz anders gefaßt werden müssen.

Nach weiterer Debatte wird das Minderheitsgutachten abgelehnt und darauf das Ausschußgutachten gegen wenige Stimmen angenommen.

Ueber die

Verlegung der Jahr- und Christmärkte

referiert Stadtv. **Nitzsche** (Soz.): Geplant war zunächst die Verlegung der Märkte nach dem Ostragehege, aber die Verhandlungen mit dem Ministerium haben zu keinem Ergebnis geführt. Auch der Kostenaufwand erwies sich als ein Hindernis. Durch den Brand der Vogelwiese wurde die Frage wieder von neuem aufgerollt. Die Vorschläge des Rates gehen dahin, den Altmarkt hauptsächlich durch Verweisung der Fuhrwerke nach der Neustadt bezw. dem Neumarkt freizumachen. Der Rat begründet dies mit Feuersgefahr und Verkehrsschwierigkeiten, der Ausschuß in seiner Mehrheit hält diesen Grund aber nicht für durchschlagend und empfiehlt deshalb, dem Beschlusse des Rates über Verlegung der Jahr- und Christmärkte vom Altmarkte, Postplatze und Maximiliansring nicht beizutreten, dem Rate aber anheimzugeben, die Erleichterung des Droschkenverkehrs an der Rathausseite auf dem Altmarkte eine Budenreihe aufzuheben und alle wegen der Jahrmärkte eingegangenen Eingaben der Interessenten durch diesen Beschluß für erledigt zu erklären. Der Referent fügt noch hinzu, daß der Referent des Rates auf eine allmähliche Lahmlegung der Jahrmärkte hinauslaufen würde. Für die Dresdner Geschäftsleute seien Vorteile der Jahrmärkte jedenfalls größer als deren Nachteile.

Die Stadtv. **Wendschuch** und Genossen beantragen Wiederherstellung der Ratsvorlage. Zur Begründung wird ausgeführt, daß andere große Städte ihre Märkte auch aus dem Stadtinnern verlegt hätten.

Stadtv. **Gregor** ist für gänzliche Beseitigung der Jahrmärkte; mindest sei eine Verlegung der Jahrmärkte nach der Neustadt für Dresdner Geschäftswelt nicht von Nachteil.

Stadtv. **Wetzlich I** erklärt sich für die Ratsvorlage, während Stadtv. **Merbitz** die Jahrmärkte wohl ebenfalls nach der Neustadt verlegt, den Christmarkt aber auf dem Altmarkt erhalten wissen will.

Stadtrat **Nöhring** betont, daß der Rat nach Gehör aller Beteiligten und Instanzen auf die Verlegung der Märkte zukommen wolle und führt dafür hauptsächlich feuerpolizeiliche Gründe ins Feld; er ersucht um Annahme der Ratsvorlage.

In seinem Schlußwort legt der Berichterstatter Stadtv. **Nitzsche** dar, daß bei einer Verlegung der Buden nach dem Neumarkte in feuerpolizeilicher Hinsicht absolut nichts gebessert werde. So wenig wie Stadtrat Nöhring die feuergefährlichen Zustände auf dem Altmarkt geschildert habe, seien sie auch vom Rat nicht angesehen worden.

Der Antrag Wendschuch auf Wiederherstellung der Ratsvorlage wird mit 38 gegen 31 Stimmen abgelehnt, dagegen nach einer Geschäftsordnungsdebatte der Antrag Merbitz angenommen. Es werden also die Jahrmärkte verlegt, die Christmärkte auf dem Altmarkt beibehalten. — Stadtv. Dr. Vogel protestiert gegen das Abstimmungsverfahren.

Debattelos wird nach der Ratsvorlage beschlossen, vom 1. Januar 1911 an für die zur

Förderung der Kinderfürsorge

ergreifenden Maßnahmen ein jährliches Berechnungsgeld von 1000 M. zu bewilligen. Weiter werden für den Verein Kinderhort zur Erhaltung und zum Ausbau seiner Kinderhorte eine jährliche Beihilfe von 2250 M. unter Belassung der bisherigen Unterstützung von 12 000 M. aus der Wilhelm-Stiftung, zur unmittelbaren Verfügung mittelloser, vom Fürsorgeamt beaufsichtigter Kinder ein jährliches Berechnungsgeld von 5000 M. unter Wegfall der Bedingung, daß die zu unterstützenden Kinder den Unterstützungswohnsitz in Dresden besitzen müssen, und endlich der durch Erhöhung des Verpflegungssatzes für die Kinder in den städtischen Kinderbewahranstalten bewirkte Mehraufwand bewilligt.

Für die **Vermehrung des Beamtenpersonals beim Fürsorgeamt** werden eine Ratsvorlage rund 10 500 M. Die Vorlage wird angenommen.

Ferner beschließt das Kollegium, den Beitrag zur Dienstkrankenkasse auch für das Jahr 1911 in der bisherigen Höhe von 15 M. beizubehalten und dem Verein zu Rat und Tat für den Kosten der Unterhaltung seiner Schule einen städtischen Beitrag von 700 M. zu gewähren.

Zu lebhaften Debatten führt das von uns bereits gestern mitgeteilte Ratsschreiben, in dem auf den Antrag des Kollegiums, die **Benutzung der Arbeiterwochenkarten auf der Straßenbahn** während der Mittagspause zwischen 12 und 2 Uhr gegen entsprechende Erhöhung des Fahrpreises und nachmittags von 4 Uhr an überhaupt zu gestatten, ein ablehnender Bescheid zum zweiten Male — gegeben wird. Das Ausschußgutachten schlägt vor, von dem Beschlusse Kenntnis zu nehmen, hierüber aber den Rat zu ersuchen, die Benutzung der Arbeiterkarten von nachmittags 4 Uhr an zu gestatten.

Berichterstatter Stadtv. **Kohlmann** bemerkt u. a., daß die Vorlage auf den Beschluß des Kollegiums vom 9. Juni v. J. zurückführe, der damals auf den Antrag Krüger und Genossen (Soz.) gefaßt worden sei. Das jetzige Gutachten lasse den ersten Punkt des Beschlusses fallen, die Gründe ergeben sich aus der Ratsdrucksache. Die Benutzung der Straßenbahn in der Mittagszeit durch die Arbeiter sei eine so geringe, daß auf den ersten Teil des Beschlusses nicht allzu großer Wert gelegt werde. Was die Benutzung der Straßenbahn von nachmittags 4 Uhr an anbelange, so hätten die Erhebungen zwar ergeben, daß gerade keine dringende Notwendigkeit hierfür vorliege, daß aber andererseits doch kein Anlaß bestehe, hier Schwierigkeiten zu bereiten. Der Rat wehre sich nun mit Händen und Füßen dagegen, an dem Tarif etwas zu ändern. Das Kollegium habe sich seinerzeit aber ausdrücklich das Recht vorbehalten, in besonderen Fällen eine Abänderung verlangen zu dürfen. Dazu komme, daß die Einwendungen des Rats nicht als durchschlagend angesehen werden können. Eine Gefährdung des finanziellen Ergebnisses des Unternehmens sei absolut nicht zu erwarten und ebensowenig eine Ueberlastung der Wagen. Der Ausschuß sei sogar der Meinung, daß das Gegenteil, eine Entlastung der Wagen, eintreten werde, sobald sich der Arbeiterverkehr auf mehrere Stunden verteilt. Deshalb werde im Gutachten erneut der Wunsch ausgesprochen, von 4 Uhr an die Benutzung der Arbeiterkarten zu gestatten, zumindest sollte man ihn im Sommerhalbjahre Rechnung tragen.

Stadtv. **Krüger** (Soz.): Die Gewißheit, daß der Rat, wenn das Kollegium heute zum dritten Male den gleichen Beschluß faßt, diesem Rechnung tragen wird, haben wir leider nicht. Der Rat kommt immer wieder mit denselben Einwendungen. Er sagt, man habe es hier mit einer außerordentlichen Begünstigung der Arbeiterschaft zu tun. Daß dies nicht der Fall ist, darauf ist bereits hingewiesen worden. Wohl liegt eine Verbilligung der Arbeiterkarten vor, aber es ist nachgewiesen, daß bei den Zeitfahrkarten, wenn man die Möglichkeit ihrer Benutzung in Betracht zieht, noch billiger gefahren wird. Der Referent hat auch darauf hingewiesen, daß die Benutzung der Arbeiterkarten zu früherer Zeit eine Betriebserleichterung zur Folge haben wird. Am Nachmittag läßt man jetzt die Wagen leer fahren und abends drängt sich dann der Verkehr zusammen. Als seinerzeit der Stadtv. Kohlmann den Wunsch nach einer Aenderung in der Ausfertigung der Zeitfahrkarten aussprach — es handelte sich also um das sogenannte bessere Publikum —, da hat das Straßenbahnamt sehr schnell für Abhilfe gesorgt. Aber bei den Arbeitern zeigt man gar keine Lust. Dabei hat die Enquete ergeben, daß im Winter 4576 und im Sommer 16 248 Arbeiter vor 6 Uhr ihre Arbeitszeit beendigen, obgleich sich die Umfrage nur auf einen Teil der Dresdner Arbeiterschaft beschränkt hat. Die Arbeiter, die in den Vororten wohnen und natürlich auch die Straßenbahn benutzen, sind nicht mitgezählt worden. Der Rat erklärt aber einfach, auf diese Wünsche sei keine Bedeutung zu legen, und lehnt ohne jeden stichhaltigen Grund eine Erweiterung des Gebrauchs der Arbeiterkarten ab. Ein solches Verhalten ist geeignet, unter den Arbeitern große Erbitterung hervorzurufen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Stadtv. **Gregor** ist mit dem Vorredner insofern einer Meinung, als daß der Straßenbahn ein Nachteil aus der Annahme des Antrags nicht entstehen kann. Die Statistik sei auch nicht in der wünschenswerten Weise ausgefallen. Von 900 Umfragen seien nur 520 Antworten eingegangen. Es sei nun einmal leider (!) so weit schon gekommen, daß ein großer Teil der Arbeiter schon weniger als 9 Stunden täglich arbeitet. Habe man Arbeiterkarten gewährt, dürfe die Möglichkeit der Benutzung am Nachmittag nicht ausgeschlossen werden. Jetzt müßten tatsächlich viele Arbeiter eine Stunde auf der Straße warten, weil ihnen nicht die Benutzung der Straßenbahn vor 6 Uhr gestattet sei.

Stadtv. **Wetzlich I** sieht zum Teil auf einem anderen Standpunkt. Die Arbeiterklasse sei bei uns durchaus nicht das Stiefkind. Bei der Straßenbahntarifreform sei der maßgebende Gesichtspunkt gewesen, Ueberschüsse zu erzielen, die Arbeiterkarten werfen aber keinen Ueberschuß ab. Das ist nachgewiesen! (Zwischenrufe bei den Soz.) Wer das Glück hat, um 4 Uhr Schicht zu machen — ich kann das nicht! (stürmische Zwischenrufe: Sie fangen auch später an!) —, dem solche soziale Wohltaten zu erweisen ist die Stadtgemeinde nicht verpflichtet. Der kann schließlich auch nach Hause gehen. (Große Unruhe links.) Der Arbeiter ist heutzutage nicht derjenige, der am schlechtesten dasteht, viele Handwerksmeister haben ein weit geringeres Einkommen. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb werde ich gegen das Gutachten unter 2 stimmen.

Bürgermeister Dr. **Kretzschmar:** Die Tarifreform habe sich durchaus bewährt; im abgelaufenen Berichtsjahre habe sich die Zahl der Fahrgäste um 8½ Millionen vermehrt; der Verkehr sei also nicht gehemmt worden, sondern habe sich kräftig weiter entwickelt. Wenn seinerzeit auch eine Verbilligung der Arbeiterkarten vorgeschlagen worden sei, so mußten damals ganz bestimmte Garantien dafür gefordert werden, daß diese Verbilligung nicht das finanzielle Ergebnis verschlechtere. Und das habe nur dadurch geschehen können, daß auf sonst leeren Plätzen Arbeiter zu einem billigeren Preise fahren. Es müsse auch das Interesse des Unternehmens, dessen Ausgaben seit der Uebernahme durch die Stadt in jedem Jahre um 400 000 M. gestiegen sind, nicht außer acht gelassen werden. Deshalb müsse man in der weiteren Gewährung von Tarifvergünstigungen sehr vorsichtig sein. Er glaube, daß die Frage der Erweiterung der Benutzung der Arbeiterkarten nicht anders als im Zusammenhang mit der Frage zu lösen sein wird, ob die bisherigen Arbeiterpreise beizubehalten sind. Mindestens sollte man zwei bis drei Jahre noch warten, damit man genügende Erfahrungen sammeln könne.

Stadtv. **Kohlmann:** Die Ausführungen des Bürgermeisters richteten sich gegen Punkte, die mit dem Antrage des Gutachtens absolut nichts zu tun haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Vor allem hat er keine ziffernmäßigen Unterlagen dafür beigebracht, welche Folgen eine Erweiterung der Benutzung der Arbeiterkarten auf das finanzielle Ergebnis haben würde. Das Verhalten des Rats muß die Arbeiterschaft auf den Gedanken bringen, daß man eben einfach nicht will! (Erneutes Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn der Rat begreiflicherweise den Vertretern der äußersten Linken keine große Vorliebe entgegenbringe, so sei doch absolut nicht einzusehen, warum eine Erweiterung der Benutzung der Arbeiterkarten unmöglich sein soll.

Stadtv. **Krüger** (Soz.) bemerkt noch, daß man viel eher sagen könne, durch die Inhaber der Zeitfahrkarten werde eine Ueberlastung der Wagen herbeigeführt, als durch die Arbeiter mit Arbeiterkarten. Redner wendet sich dann noch gegen die Stadtverordneten Gregor und Wetzlich I.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und sodann das Ausschußgutachten zum Beschluß erhoben, der zweite Teil desselben gegen 13 Stimmen. Gegen die Benutzung der Arbeiterkarten von 4 Uhr nachmittags an stimmte auch der „freisinnige" Stadtverordnete **Kotte.**

Die übrigen Punkte der Tagesordnung haben kein allgemeines Interesse und werden glatt erledigt. Schluß der öffentlichen Sitzung 11¾ Uhr. Es folgt noch eine geheime Sitzung.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Folgen des tschechischen Separatismus.

B. Die Wiener Gewerkschaftskommission veröffentlicht ihren Jahresbericht über 1910. Natürlich spielt in ihm der tschechische Separatismus die Hauptrolle. Was alle kritisch denkenden Genossen längst vorausgesagt haben, ist eingetroffen: Daß sich die tschechische Sozialdemokratie auf die Bahn des Entgegenkommens gegen den kleinbürgerlich-gelben Chauvinismus begeben hat, ist ihr nicht zum Nutzen gediehen. In politischer Beziehung nicht, das zeigten schon die Reichsratsstichwahlen 1907, denen man durch ein chauvinistisches Flugblatt präludierte, denn in den Augen des auf die nationalistische Bahn geführten Arbeiters muß natürlich die Sozialdemokratie gegenüber den Chauvinisten vom reinsten Wasser immer national minderwertig bleiben; aber auch in gewerkschaftlicher Beziehung hat diese neue Taktik der tschechischen sozialistischen Arbeiterbewegung nur geschadet: von den Arbeitern, die man aus den Zentralverbänden herausgerissen hat, sind 20 000 nicht bis zu den autonomistischen Gewerkschaften gelangt, sondern unterwegs dem Indifferentismus, den nationalen Vereinen usw. in die Arme gerannt. Das ist das ein Erfolg! Aber die Mehrheit der freiorganisierten Arbeiter tschechischer Nation steht trotz aller Hetze und Verrufserklärungen im zentralistischen Lager: 80 000 Arbeiter, davon 20 000 in Mähren. Alle Verbände bis auf die der Eisenbahner und Tabakarbeiter (niemand macht diesen Staatsarbeitern das Koalitionsrecht streitig) sind zersplittert worden. Von 32 Zentralverbänden hatten aber doch 24 im letzten Jahr Mitgliedergunahmen, insgesamt 16 000, aufzuweisen — aber 26 000 gingen durch die noch nicht erloschene Krise und den Separatismus verloren, und so schließt dieses Jahr mit einem Gesamtverlust von 10 000. Ohne das Wüten des Separatismus wäre wohl, wie die Kommission annimmt, ein Gewinn von 10 000 zu verzeichnen. In ruhiger Weise verzeichnet die österreichische Generalkommission diese ernste Tatsache. Sollte sie, wenn sie zur allgemeinen Kenntnis gelangt, nicht sofort das bewirken, was Kopenhagen noch nicht vermocht hat: endlich die Wiedervereinigung herbeiführen, an der schon lange auf Initiative der Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie gearbeitet wird, und die Viktor Adler dieser Tage in seiner Budgetrede in sichere Aussicht gestellt hat den bürgerlichen Nationalkrakeelern gegenüber. Dann aber werden auch so unsagbar peinliche Ereignisse aus der österreichischen Arbeiterbewegung verschwinden wie das, das jetzt die Brünner Arbeiter tief erregt. Dort hat der Separatistenführer Wanjek, Landtagsabgeordneter der tschechischen Sozialdemokratie und Sekretär der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse, die Polizei zu Hilfe gerufen, als eine Deputation einer Vertrauensmännerversammlung vom Kassenvorstand die Zurücknahme der Entlassung des in der Kasse angestellten Genossen Wessely verlangte, der wegen — Zentralismus aufs Pflaster geworfen war, noch dazu nach einem statutwidrigen Disziplinarverfahren.

Lokales.

Die Dresdner Brauerei- und Mühlenarbeiter im Jahre 1910.

Der Mitgliederstand der Brauereiarbeiter betrug am Ende 1910: 1783. Die Wirkungen der großkapitalistischen Entwicklung in der Brauindustrie zeigen sich darin, daß seit dem Jahre 1907, wo mit 1855 Mitgliedern der Höchststand erreicht war, ein kleiner Rückgang zu verzeichnen war.

Eine ganze Reihe von Lohnbewegungen wurden geführt. Das Jahr 1910 brachte für 1707 Brauereiarbeiter und -arbeiterinnen Lohnerhöhungen von 75 Pf. bis 3 M. pro Woche, sowie für 1308 eine Arbeitszeitverkürzung von täglich ½—1 Stunde. Ebenso wurde in betreff des Haustrunks, des Urlaubs, der Entschädigung in Krankheitsfällen usw. noch wesentliches erreicht. Eine Reihe von Tarifen wurde abgeschlossen respektiv erneuert. Noch nicht abgeschlossen ist der Kampf der Organisation gegen die Lagerkeller-Brauerei, deren Betrieb zurzeit in wesentlich vermindertem Umfang mit gelben Bundesgesellen mühsam aufrecht erhalten wird. Es handelt sich bei dem Kampf um die Durchführung des mit den anderen Dresdner Brauereien abgeschlossenen Tarifs.

In gesondertem Bericht wird auch über die Tätigkeit der organisierten Mühlenarbeiter, die sich ja mit dem Brauerverband verschmolzen haben, berichtet. Es wird darin von den außerordentlich großen Schwierigkeiten der Agitation in den Mühlen berichtet. Zurzeit sind 134 Mitglieder vorhanden. Es soll in nächster Zeit eine Betriebsstatistik aufgenommen werden, um dann auf Grund dieser in eine wirksame Agitation für die Ausbreitung der Organisation eintreten zu können. Schon in der nächsten Umgebung Dresdens sind sicher noch viele Hunderte von Mitgliedern zu gewinnen. Durch die Verbindung mit den Brauereiarbeitern, einer gut ausgebauten und leistungsfähigen Organisation, wird auch wohl eine bessere Organisation unter den Mühlenarbeitern erreicht werden.

Inland.

Ausländische Arbeiter als billige Arbeitskräfte.

Als im Reichstage der Erweiterungsbau des Nord-Ostsee-Kanals beraten wurde, gab die Regierung das Versprechen, daß in erster Linie deutsche Arbeiter vor den Ausländern berücksichtigt werden sollten. Jetzt findet man aber fast ausschließlich Galizier, Russen, Italiener und Holländer am Kanalbau tätig, nur vereinzelt deutsche Arbeiter.

Gegenwärtig sollen wieder Agenten auf der Reise sein, um ausländische Arbeiter für den Kanalbau anzuwerben. — Die Kanalarbeiten müssen in Schlamm- und Morastboden ausgeführt werden, wozu selbstverständlich viel Kleidung und Fußzeug erforderlich ist. Für den harrenden Stundenlohn von 35 Pf. dürfen diese Ausländer ihre Arbeitskraft dem deutschen Vaterlande widmen. Da ist es denn kein Wunder, wenn deutsche Arbeiter auf diese Arbeit verzichten.

Allen Arbeitern — nicht nur Erdarbeitern — mögen diese Zeilen zur Information dienen, welche Arbeitsbedingungen am Nord-Ostsee-Kanal herrschen.

Die bayrische Regierung als Vermittlerin in der Lohnbewegung der Rohglasschleifer.

Am Sonntag den 29. Januar tagte in Weiden eine Konferenz der Rohglasschleifer. Aus allen Teilen der Oberpfalz waren 49 Rohglasschleifer erschienen. Der Verband der Glasarbeiter war durch den Verbandsvorsitzenden Girbig und den Gauleiter Dirscherl vertreten, die bayrische Regierung durch den Geheimen Legationsrat Dr. Rohmer. Der von den Unternehmern vorgelegte Tarif stand zur Beratung; fast sämtliche Teilnehmer verwarfen diesen Tarif. Die Zugeständnisse waren zu minimal und die Vertragsdauer von drei Jahren und sieben Monaten erschien allen Delegierten zu lang. Die Abstimmung ergab, daß der Tarif mit 44 gegen 5 Stimmen verworfen wurde. Der Regierungsvertreter ersuchte, den Tarif anzunehmen, aber trotzdem erfolgte die fast einstimmige Ablehnung. Darauf versuchte der Regierungsvertreter die Kongreßteilnehmer dahin zu beeinflussen, daß die Arbeit nicht niedergelegt würde und als auch der Verbandsvorsitzende Girbig dieselbe Ansicht bekundete, erklärten die Kongreßteilnehmer, vorläufig weiterzuarbeiten. — Die Regierung wird jetzt erneut mit den Unternehmern in Verhandlung treten, und wenn die Vertragsdauer wenigstens auf zwei Jahre herabgesetzt wird und noch kleine Zugeständnisse bezüglich der Löhne gemacht werden, dürfte sich der Streik vermeiden lassen.

Lohnbewegungen.

Bei dem Steinsetzermeister Krause in Kolberg haben die Steinsetzer die Arbeit eingestellt, weil der Unternehmer plötzlich Lohnabzüge in Höhe von 10 Pf. pro Stunde vornehmen wollte.

Mit acht Brauereien in Landshut (Niederbayern) schloß der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband einen auf drei Jahre gültigen Tarifvertrag ab. Die Lohnerhöhungen betragen für die Tarifdauer 2 M. pro Woche, die Arbeitszeitverkürzung ¼ Stunde. Sonst wurden noch die Ueberstundensätze erhöht, § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anerkannt, für das Fahrpersonal ein Urlaub ohne Lohnabzug von 2 bis 5 Tagen und Entschädigung bei Landtouren vereinbart und die Stallwache abgeschafft.

In der Möbelfabrik von May in Zeulenroda bestehen Differenzen. Trotz des auch für den Unternehmer gültigen Tarifvertrags schloß er mit einzelnen Holzarbeitern Sonderverträge ab, in denen ein niedrigerer als der Mindestlohn vereinbart wurde. Die alten tüchtigen Arbeiter wurden gemaßregelt und neue Kräfte eingestellt, natürlich zu niedrigeren Löhnen. Funktionäre des Holzarbeiterverbands, die mit May verhandeln wollten, wurden hinauskompliment iert. Herr May ließ ihnen erklären, er hätte mit ihnen gar nichts zu verhandeln.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ausland.

Ein Buchdruckerstreik in Lüttich.

Die Schriftsetzer in Lüttich beschlossen mit 201 Stimmen von 245 Stimmen den Streik, wie dieser bereits in Verviers verfügt wurde. Die Setzer verlangen Abkürzung der Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 5 Frank täglich. Dieser Ausstand betrifft aber nur die Akzidenzsetzer. Die Zeitungssetzer haben bereits seit längerer Zeit den Achtstundentag sowie den Minimallohn. Entsprechend diesem Beschluß des Verbands sind die Akzidenzsetzer in den verschiedenen Arbeitsstätten nicht zur Arbeit gegangen.

Lohnbewegungen in Belgien.

In Charleroi streiken seit Weihnachten über 100 Buchdrucker für die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden — Wegen eines kleinen Streiks wurden in Ingelmunster in der Textilindustrie 520 Arbeiter und Arbeiterinnen, meist unorganisiert, ausgesperrt. — Um die Einführung einer geregelten Arbeitsordnung kämpften in Halluin über 400 Textilarbeiter. — Der Glasarbeiterstreik in Manage wurde nach 3½monatiger Dauer beigelegt. — Der langwierige und opferreiche Kampf der Papierarbeiter in Turnhout mußte erfolglos abgebrochen werden, da es gelungen war, Streikbrecher in genügender Anzahl herbeizuschaffen. — Der große Bergarbeiterstreik im Lütticher Bassin ist von vollem Erfolge begleitet gewesen. Die durch das neue Bergwerksgesetz vorgeschriebene neunstündige Arbeitszeit wollten die Besitzer auch hier wo schon seit alters her die Arbeitszeit nur acht und weniger Stunden betrug, einführen die Arbeitszeit also verlängern. Diesen Angriff haben die Arbeiter glücklich abgeschlagen.

Parteiangelegenheiten.

Zum Tode Singers.

Die Beerdigung findet Sonntag mittag 12 Uhr vom Gebäude des Vorwärts, Lindenstraße 69, aus statt. Auf dem Hofe des Gebäudes versammeln sich neben den Angehörigen des Verstorbenen:

1. die sozialdemokratische Reichstagsfraktion,
2. die sozialdemokratische Landtagsfraktion,
3. der Parteivorstand,
4. die Kontrollkommission,
5. die Redaktion,
6. die Generalkommission der Gewerkschaften,
7. die Neunerkommission,
8. das Pressebureau,
9. die auswärtigen Deputationen.

Eintritt ist nur den Karteninhabern gestattet. Die einzelnen Wahlkreise nehmen in benachbarten Straßen Aufstellung und schließen sich dort dem Trauerzuge an. Der Zug bewegt sich durch die Ritterstraße bis zu Ende, die Reichenberger Straße, Skalitzer Straße, Oberbaumstraße, Warschauer Straße, Frankfurter Allee nach dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde.

Auf den Friedhof haben außer den Angehörigen und den Kranzdeputationen der Partei und Gewerkschaften in Stärke von je zwei Mann nur die mit Karten versehenen Personen Zutritt. Allen anderen Personen, auch wenn sie sich mit Kränzen versehen, kann der Zutritt nicht gestattet werden. Schriftliche Gesuche um Karten sind mit Angabe des Berechtigungsgrundes an den Genossen Eugen Ernst, Berlin, Lindenstraße 69, zu richten. Mündliche Gesuche sind zwecklos. Karten können nur in ganz beschränkter Anzahl ausgegeben werden.

•

Aus Anlaß des Todes Paul Singers gingen beim Parteivorstand folgende Telegramme ein:

Innsbruck, 2. Februar. Zu dem herben Verluste Ihres langjährigen Vorkämpfers Paul Singer sprechen wir unser tiefstes Beileid aus. Landesparteivertretung Tirol: Holzhammer.

Paris, 1. Februar. Die französische Sektion der Arbeiter-Internationale betrauert mit Euch den Tod Singers und schickt Euch anläßlich dieses Trauerfalls den Ausdruck ihrer besten Solidarität. Dubreuilh, Sekretär.

Lemberg, 2. Februar. Tief ergriffen durch das Hinscheiden des großen Führers der deutschen Sozialdemokratie sprechen wir unser innigstes Beileid aus. Jüdische sozialistische Jugend.

London, 2. Februar. Die sozialistische Partei Groß-Britanniens betrauert den Verlust, den die internationale sozialistische Bewegung durch den Tod Singers erlitt. Lee, Sekretär.

Baku, 2. Februar. Wir teilen mit den deutschen Arbeitern den Schmerz über den Verlust des treuen Vorkämpfers für die Sache des internationalen Proletariats Paul Singer.

Eine Gruppe von Proletariern.

Außerdem geben ihrer Teilnahme Ausdruck: Die Kreisleitung von Bodenbach a. d. Elbe; 6 Berliner Monteure in Wien; die Redaktion des Proletar in Brünn, die russische sozialdemokratische Gruppe in Genf; 40 reichsdeutsche Genossen in Linz; Genosse Daszynski für den polnischen sozialdemokratischen Klub in Krakau, die Vertretung der deutschen Sozialdemokraten Mährens, die russischen Sozialdemokraten in Lausanne, und die jüdische sozialdemokratische Partei Galiziens.

Kommunalwahlerfolg.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Braunschweig behaupteten unsere Genossen ihre alten Sitze und gewannen außerdem noch einen Sitz hinzu.

Wahlrechts„aufreizung".

Eine Anzahl von Striegauer Genossen, die am Sonntag das Wahlrechtsflugblatt verbreitet hatte, ist richterlich vernommen worden. Die „Verbrecher" wurden durch Schutzleute aus ihren Wohnungen und von den Werkplätzen geholt. Auch der Kreisvorsitzende, Genosse Langer Striegau, wurde verhört. Angeblich soll das verbreitete Flugblatt Aufreizungen enthalten.

Die erste ehrliche Verwaltung von Milwaukee.

Die im Herbst gewählten neuen sozialistischen Bezirks- und Gerichtsbeamten haben, 41 Mann stark, Besitz von ihren Aemtern ergriffen und gleich mit einigen Reformen begonnen. Der Leichenschauer, Dr. Nahin, beseitigte sofort die bisherige scheußliche Ausstellung von Messern, Revolvern, Giftflaschen, Seilstücken und anderen von Mördern und Selbstmördern benutzten Tötungsmitteln. Und der Sheriff Arnold, dem das Gefängnis untersteht, ersetzte das bisherige System, nach dem der Sheriff das Geld für die Verköstigung der Gefangenen erhielt und auf eigene Rechnung das Essen besorgte, durch die unmittelbare Lieferung der Kost durch die Verwaltung. Damit wird die Möglichkeit, daß der Sheriff auf Kosten der mangelhaft und schlecht genährten Gefangenen Profit macht, beseitigt.

Ueberall zeigt es sich, wie unter dem alten System die Bürger ausgeplündert worden sind. Bei den Pflasterarbeiten sind in zehn Jahren 1¾ Millionen Dollar zuviel ausgegeben worden. Im neuen Jahre werden 100 000 gespart werden. Im übrigen steht das jetzt geltende Budget, das von der alten Verwaltung aufgestellt ist, noch unter dem Bann der früheren Zustände. Doch ist entdeckt worden, daß die ärmeren Viertel in der Steuereinschätzung zugunsten der reicheren benachteiligt worden sind. Mit Recht konnte Genosse Berger in einer Rede in Oklahoma City sagen: „Wir haben der Stadt die erste ehrliche Verwaltung gegeben die sie je gehabt hat. Nicht allein die Massen sind für uns, auch die Geschäftsleute zollen uns Beifall. Unter den Massen verstehe ich nicht nur die Arbeiter und die Organisierten, sondern auch die Handlungsgehilfen, die kleinen Geschäftsleute und den breiten Mittelstand."

Neues aus aller Welt.

Der schwarze Tod in China.

Petersburg, 2. Februar. In Charbin wird jetzt endlich energischer gegen die Pest vorgegangen. Die Toten werden verbrannt, ebenso werden die infizierten chinesischen Hütten in Brand gesteckt. Im Dorfe Tschinja bei Charbin ist die ganze Bevölkerung ausgestorben.

Der Pekinger Korrespondent des Neuyorker Herald meldet aus Charbin, daß er gestern dort bei der Verbrennung der Särge mit den Opfern der Pest eines der furchtbarsten Schauspiele gesehen habe. Die Särge wurden in vier Reihen aufgestellt, und zwar aufrecht. Das Ganze wird mit nicht eingefarbten Massen von gefrorenen Leichen bedeckt. Darüber wird Petroleum gegossen und dieses dann angezündet. Diese Scheiterhaufen sind einige Meilen von der Stadt entfernt und werden von Truppen bewacht. Trotz der großen Ansteckungsgefahr geben sich die Kulis absolut keine Mühe, irgendwelche sanitären Vorsichtsmaßregeln bei dem Transport der Leichen anzuwenden. Die für gestern erwarteten Unruhen sind nicht eingetreten, denn die Massen sind aus Furcht vor Tod, Pest und Hunger völlig deprimiert. Die Gefahr einer Hungersnot wird von Tag zu Tag größer, denn die Chinesen besitzen als einziges Existenzmittel die Arbeit in der russischen Nachbarschaft, von der sie jetzt ausgeschlossen sind. Dr. Graham Ashland von der englischen Gesandtschaft, der sich mit seiner Gattin nach Charbin begeben hatte, telegraphiert dem Herald, die Heftigkeit, mit der die Seuche auftrete, übertreffe jede Vorstellung. Menschen kommen und gehen; sie scheinen noch vollständig gesund. Plötzlich steigt ihre Temperatur auf 40 Grad und in zwei oder drei Stunden sind sie tot. Man zählt durchschnittlich 150 Tote pro Tag. Davon sterben 40 bis 60 in den Isolierbaracken; die übrigen werden in den Straßen gefunden, wo sie plötzlich hinfallen und tot sind. Aus Mukden eintreffende Meldungen besagen, daß sich die Zahl der Todesfälle erhöht.

Die Chinesen sträuben sich hartnäckig gegen die Verbrennung der Toten. Jeder Chinese muß in seiner Heimaterde ruhen. Infolgedessen werden große Leichendepots eingerichtet, die die Pestleichen aufnehmen, um sie späterhin den Angehörigen ausliefern zu können. Diese Depots sind weitere Herde der Seuche. Plünderer und Marodeure haben sich eingestellt. Die Toten der Straße werden beraubt, die ausgestorbenen Häuser geplündert und die Zöpfe der Pestopfer abgeschnitten, um mit ihnen Handel zu treiben.

Schweres Brandunglück.

Berlin, 2. Februar. Ein schweres Brandunglück ereignete sich heute in früher Morgenstunde in der Rauchstraße 17/18 im Tiergarten. In der dortigen Villa des Rentiers Martin Levy brach durch Unvorsichtigkeit ein größeres Feuer aus, bei dem der Rentier lebensgefährliche Brandwunden davontrug, sodaß er nach dem Krankenhause geschafft werden mußte. Vier junge Mädchen, die infolge starker Verqualmung die Treppen nicht mehr passieren konnten, flüchteten auf das Dach eines Wintergartens und wurden von hier aus durch die Feuerwehr über Leitern in Sicherheit gebracht.

Gasexplosion.

Weimar, 2. Februar. Im Krankenhause erfolgte, als eine Krankenwärterin ein Zimmer mit einem Licht betrat, eine heftige Gasexplosion. Die Wärterin wurde aus der Stube geschleudert und schwer verletzt. Durch eine Reihe von Zufälligkeiten war die Gasleitung in dem Sterilisierungsapparat offen geblieben. Das ausgeströmte Gas entzündete sich an dem Lichte.

Zwei Schulknaben ertrunken.

Posen, 2. Februar. Auf dem Durowersee bei Wangarnitz brachen gestern drei Schüler auf dem Eise ein, von denen der 9- und 10jährigen Knaben Rossinski und Wolniewitz ertranken. Bei den Rettungsarbeiten geriet der 21jährige Elektromonteur Peeske in große Gefahr. Er konnte nur mit Mühe durch den Heizer Haack gerettet werden.

Todessturz.

München, 2. Februar. Heute früh 8 Uhr wurde in einem Hause an der Landsberger Straße der 38jährige Straßenbahnschaffner Reittinger als Leiche im Treppenhause aufgefunden. Er war bei der Heimkehr in der Dunkelheit über die Stiege gestürzt und sofort tot geblieben.

Bei einem Brande tödlich verunglückt.

Passau, 2. Februar. Bei einem Brande in Lamberg verbrannten die beiden Kinder des Anwesenbesitzers Steider.

Eisenbahnunfall.

Zürich, 2. Februar. Bei Rueti (Kanton Zürich) stießen zwei Personenzüge zusammen. Ein Rangiermeister wurde zwischen den Trümmern zweier Wagen eingeklemmt und konnte erst nach Verlauf einer Stunde aus seiner Lage befreit werden; seine Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. Der Materialschaden ist bedeutend.

Schiffsuntergang.

Madrid, 2. Februar. Wie der Liberal aus Sagunto meldet, ist der Kohlendampfer Lepanto gesunken sein, wobei 22 Mann den Tod fanden. Zwei andere Dampfer sollen schwere Beschädigungen erlitten haben. Nach einer dem Imparcial zugegangenen Meldung handelt es sich bei dem in der Nähe von Sagunto untergegangenen Schiffe um den spanischen Dampfer Abanto. Die ganze Mannschaft soll ertrunken sein. Das Meer hat bereits sechs Leichen an den Strand geworfen. Die Lage der beiden anderen Dampfer soll gefährlich sein.

Wieder ein Attentat auf Bürgermeister Gaynor.

London, 2. Februar. Aus Neuyork wird den Times telegraphiert, daß von einem Mann, dessen Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden konnte, abermals ein Attentat auf Mayor Gaynor versucht wurde. Der Attentäter wurde indessen überwältigt, ehe er seine Absicht ausführen konnte.

Zu der Explosion im Neuyorker Hafen.

Neuyork, 2. Februar. Der Ueberblick über die von der Explosion angerichteten Verheerungen läßt diese noch schlimmer erscheinen als zuerst gedacht wurde. Auf 60 Kilometer Entfernung wurde sie verspürt. Die Ursache ist nicht genau festzustellen, auch nicht die Totenzahl, da an der Unglücksstätte viele polnische Arbeiter beschäftigt waren, die nicht besonders verzeichnet wurden. Die Freiheitsstatue wurde etwas beschädigt. Der Glasschaden beträgt allein ½ Million. Dampfer, die 80 Kilometer von der Küste entfernt waren, fragten drahtlos an, was geschehen sei.

Die Explosion hat — soweit sie sich jetzt übersehen läßt — mindestens 25 Personen hinweggerafft; eine Anzahl wird wohl an den Verletzungen erliegen. Tausend Personen sind verwundet. Von dem Dynamitschiff ist nichts übriggeblieben und seine aus elf Personen bestehende Bemannung ist umgekommen. Von den tödlich Verunglückten Personen sind bisher über acht erkannt. Elf Personen werden vermißt. Auch sie sind zweifellos tot.

Die Opfer des Vulkanausbruchs auf den Philippinen.

Manila, 2. Februar. Nach neueren Angaben beträgt die Zahl der bei dem jüngsten vulkanischen Ausbruch bei Taal und der damit verbundenen Springwelle ums Leben gekommenen Personen etwa sechshundert.

Peter der Maler verhaftet.

Neapel, 2. Februar. Heute früh ist hier in Neapel ein Mann verhaftet worden der nach Ansicht der Polizei der seit der Pariser Attentatsaffäre verschwundene mysteriöse Anarchist „Peter der Maler" ist. Er wurde auf Grund des von den Londoner Behörden gegebenen Signalements erkannt. Peter bestritt energisch, der Gesuchte zu sein, verwickelte sich aber in Widersprüche. In seinen Taschen wurde ein Gruppenbild von Anarchisten gefunden, das seine Zugehörigkeit zur anarchistischen Partei als sicher erscheinen läßt.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Friedrich-August-Brücke vom 3. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer 759. Schön Wetter.
Thermometer + 1° R.
Thermometergraph. Min. — 2, Maxim. — 0.
Hygrometer 81 %.
Wasserstand — 22.

Für 10 Pfennig können Sie sich 20 Tassen eines gesunden und wohlschmeckenden Getränkes bereiten, und zwar ohne jeden Zusatz! — Sie brauchen sich nämlich nur ein 10 Pfennig-Paket Kathreiners Malzkaffee zu kaufen! Sie bekommen ihn bei jedem Kaufmann!

Der Gehalt macht's!

Hasen gespickt, zum Ausstechen Stück 3.2 empfiehlt Wildhandlung Werma 33 Schäferstraße 33. Gänse- u. Hasenfleuer wird ang

Frauen-Tee altbewährt Paket 75 Pfg. Hyperische Produkte R. Freisleben nur Postplatz.

Fahrräder neu u. gebr. Emaillieren sowie alle Reparaturen. Schläuche, Freilaufe usw. billig O. Schneider, Schandauer Str.

Sonnabend den 4. Februar Schluss des Inventur-Ausverkaufs der Ersten Dresdner Zentral-Bekleidungshalle, Neue Gasse 13, 2 Min. vom Pirn. Platz.

Telephon 18 745

Abteilung Schuhwaren: Damenstiefel, früher M. 6.50, jetzt M. 5.25 Herren-Stiefel von M. 4.50 an, Kinderstiefel von M. 1.50 an Schaft- und Arbeitsstiefel von M. 5.00 an.

Versammlungen.

Gastwirtsgehilfen. In der Nacht vom 23. zum 24. Januar fand beim Kollegen Michel, Rosenstraße, eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung statt. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Wappler erheben sich alle Anwesenden. Zu Punkt Ex- kursion nach dem Zentralarbeitsnachweis, erläutert Kollege Ullmann den Stand der einzelnen Gehilfenvereine und den der Wirtevereinigungen von Dresden und Umgegend. Die letzte Sitzung aller Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vorstände des Gastwirtsgewerbes streifend, betonte er, daß alle Gehilfenvereine für eine Nachweisabteilung im Zentralarbeitsnachweis seien außer einem, und daß die Arbeitgeber nicht einig sind. Würden selbige es ehrlich meinen, brauchten sie sich nur für einen paritätisch verwalteten Nachweis anzusprechen, und nicht auf eine Neugründung zu sinnen. Der Quartalsabrechnung ist zu entnehmen, daß an Sterbegeld 160 M., an Krankengeld 140 M., an Streikunterstützung 4.50 M und an Reiseunterstützung 2 M. gezahlt wurden. Der Arbeitsnachweis vermittelte 44 feste Stellen und 647 Aushilfen. Dadurch sind den Stellenvermittlern 305,90 M. entzogen worden. Die Weihnachtsbescherung verursachte eine Ausgabe von 409,50 M.; es wurden 37 Kinder und 14 Arbeitslose bedacht. Das erste gemeinschaftliche Vergnügen beider Ortsverwaltungen findet am 1. März statt. (Eing. 26./1.)

Schuhmacher. Am Sonnabend den 21. Januar fand die Generalversammlung der Zahlstelle Dresden statt. Als erster Punkt wurde der Jahresbericht und die Abrechnung durch den Kollegen Stein erstattet. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 36 942,35 M., die der Lokalkasse mit 18 283,77 M. Für Unterstützungen (außer Streikunterstützung) gelangten zur Auszahlung 13 420,61 M., darunter für Krankenunterstützung 3889,20 M., Arbeitslosenunterstützung 7972,70 M. Lohnbewegungen und Streiks fanden je zwei statt. In Radebeul wurde durch Verhandlungen mit der Freien Vereinigung selbständiger Schuhmacher ein einklassiger Lohntarif vereinbart, wodurch die Akkordsätze eine Erhöhung von 5 Prozent erfuhren. Bei der Firma Just, Laubegast, wurde durch mehrseitige Verhandlungen die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. In Radeberg stellten unsere Kollegen Forderungen; infolge der Ablehnung derselben kam es zu einem vierwöchigen Streik, der mit einem teilweisen Erfolg beendet wurde. In Dresden kam es im 1. Quartal zu einer größeren Lohnbewegung, an der 13 Betriebe beteiligt waren. In 11 Betrieben kam es zum Streik, und ein Betrieb wurde aus. Die Bewegung war teilweise erfolgreich. Es wurde für 90 Beteiligte eine Erhöhung der Löhne von 402 M. pro Woche erzielt, für Ueberstunden ein Zuschlag von 10 Pf., die Aushängung der Tarife bewilligt sowie die Arbeiterausschüsse anerkannt. An den Bericht und an die Abrechnung knüpfte sich eine kurze Diskussion. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurden die Neuwahlen der Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten vorgenommen. (Eing. 26./1.)

Holzarbeiter. (Zahlstelle Niedersedlitz). Mitgliederversammlung vom 22. Januar in Lehmanns Restaurant, Großkotzsch. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gibt Bevollmächtigter Kollege Hänsel den Jahresbericht und berichtet, daß unsere Zahlstelle ein sehr arbeitsreiches Jahr hinter sich hat. Lohnbewegungen fanden statt bei den Kistentischlern, Bau- und Möbeltischlern und Stuhlmachern. Sämtliche Bewegungen wurden mit Erfolg für die betreffenden Kollegen zu Ende geführt. — Den Kassenbericht gibt Kassierer Galle, dem auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt wird. — Die Ortsverwaltung setzt sich nach der Neuwahl zusammen aus Kollegen Hänsel als ersten, Bienert als zweiten Bevollmächtigten, Galle als Kassierer, Neumann als Schriftführer und die Kollegen Scholze und Eckert als Beisitzer. Um den Kretschmer Kollegen Rechnung zu tragen, wird denselben die Wahl des dritten Beisitzers überlassen. — Ueber die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells berichtet Kollege Neumann. Als Delegierte werden die Kollegen Henrich, Pische, Scholze und Christian gewählt. — Unter Verbandsangelegenheiten wird dem Vorschlag der Verwaltung gemäß beschlossen, den Kretschmer Kollegen bei öffentlichen oder Mitgliederversammlungen pro Mitglied 50 Pf. bis 6 Mitglieder zu entschädigen. (Eing. 27./1.)

Bezirk Pirschen-Trachenberge. Schutzzoll und Freihandel lautete das Thema im zweiten Vortrag unseres Zyklus. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende der gestorbenen japanischen Genossen, wobei sich die Anwesenden von den Plätzen erheben. Der Referent, Genosse Gradnauer, gibt im Anfange seiner Ausführungen einen historischen Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Englands und bespricht die Theorie des englischen Nationalökonomen Adam Smith, des Vorkämpfers für den Freihandel. Auf Deutschland übergehend, behandelt er die Stellung der Großbesitzer und der Industriellen, die sie in der Zeit von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis jetzt zu den Zöllen eingenommen haben. Am Schlusse seines Vortrages betont der Redner, daß die Sozialdemokratie nicht unbedingte Anhängerin des Freihandels sei; daß aber das jetzige Schutzzollsystem bekämpft werden müsse, weil es nicht im Interesse der großen Volksmasse liege, sondern in dem der Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Die gut besuchte Versammlung dankte dem Vortragenden für seine belehrenden Ausführungen durch lebhaften Beifall. In der sich anschließenden Diskussion kritisiert Genosse Dennig das Verhalten verschiedener Genossen, die für Schutzzölle eintreten. Genosse Lehmann streift die Steuerpolitik im Zusammenhang mit der Schutzzollpolitik. Genosse Rüger wäre unter gewissen Voraussetzungen für Schutzzoll. Genosse Burde kritisiert die Einführungsbestimmungen, denen die über die Grenze kommenden Kolonialwaren unterworfen sind. Genosse Pietzsch weist auf die Schwierigkeiten bei der Agitation auf dem Lande hin und gibt einige Fingerzeige zur Aufklärung der Kleinbauern. Genosse Gradnauer erklärt die Stellung einzelner Genossen zu den Schutzzöllen und ist der Meinung, daß sich die Genossen nicht scharf genug gegen die heutige Schutzzollpolitik gewandt hätten. Ferner verweist er darauf, daß die kleinen und mittleren Bauern keinen Nutzen von den Getreidezöllen haben, höchstens Schlagen sie durch Viehverkauf etwas heraus. Es gelte aber das Klassenbewußtsein der Landleute zu überwinden und ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß nur die Sozialdemokratie ernstlich ihre bedrängte Lage verbessern kann. Der Vorsitzende Genosse Jungnickel schließt die interessant verlaufene Versammlung mit dem Hinweis auf den dritten Vortrag am 1. Februar. (Eing. 28. 1.)

Isolierer und Steinholzleger. Die Isolierer und Steinholzleger, die vom 1. Januar 1911 an dem Deutschen Bauarbeiterverband als Sektion angehören, hielten in Anwesenheit des Geschäftsleiters Kollegen Hermann Lange-Berlin ihre Jahres- und Generalversammlung am Sonntag im Volkshaus ab. Der Vorsitzende Kollege Fröhlich erstattet den Jahresbericht. Er bezeichnet das Jahr 1910 als ein Jahr der guten Konjunktur, selbst die Sommermonate, wo die Isolierbranche im allgemeinen etwas danieder liegt, brachte so viel Arbeitsgelegenheit, daß von Arbeitslosigkeit nicht geredet werden konnte. Abgehalten wurden 8 Mitglieder-, 4 General- und 3 Extraversammlungen, außerdem tagten noch verschiedene Vorstandssitzungen und Tarifkommissionen, welche sich zur Erledigung der Verbandsgeschäfte notwendig machten. Finanziell wurden unsre ausgesperrten Berliner Kollegen unterstützt, auch beteiligten wir uns an der Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter in vollem Maße mittels der vom Kartell herausgegebenen Sammellisten. Da in verschiedenen Zahlstellen bereits seit Jahresfrist die Anregung laut wurde, uns mit dem Deutschen Bauarbeiterverband zu verschmelzen, um dadurch eine regere Agitation in allen Teilen Deutschlands in unserem Berufe entfalten zu können, beschloß die neunte Konferenz in Gegenwart des Vorsitzenden Bömelburg vom Maurerverband einstimmig ab 1. Januar 1911 den Uebertritt. Bekanntlich lief am 1. Oktober 1910 unser Tarif ab. Nach wiederholten Verhandlungen der Tarifkommission mit den Arbeitgebern wurde unser neuaufgestellter Tarifvertrag ohne Streik auf Grund der guten Organisation anerkannt. Durch unsern Arbeitsnachweis, welcher tariflich geregelt ist, wurden 64 Kollegen vermittelt. Derselbe befindet sich nach wie vor Großenhainer Straße 35 im Restaurant des Genossen Leichsenring. Zu bemerken ist nochmals, daß die Isolierer Korpisch aus Coschütz und Ernst Richter aus Bernhöhla bei der Firma Große hier trotz anerkannten Tarifvertrags zu den alten Bedingungen weiterarbeiten und aus der Organisation ausgeschlossen sind. Die Wahl der Sektionsleitung ergab folgendes Resultat: Kollege Fröhlich 1. Vorsitzender, Kretzschmar 2. Vorsitzender, Braune 1. Schriftführer, Päßler 2. Schriftführer und Günther Kassierer; außerdem können Kassenangelegenheiten in der Zahlstelle Großenhainer Straße 35 erledigt werden. Die Kollegen Weyel, Thiemann und Lehmann wurden als Revisoren und Lohnkommission gewählt, auch bleibt Weyel Kartelldelegierter. Mit einem anfeuernden Appell an die Versammlung, durch einiges Zusammenarbeiten dafür zu sorgen, daß auch im neuen Verband eine gute Entwicklung erzielt wird, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Generalversammlung. (Eing. 30. 1.)

Arbeitervertreterverein. Der Verein hielt am 26. Januar seine Jahresversammlung ab. Den Geschäftsbericht für das verflossene Jahr erstattete als stellvertretender Vorsitzender Genosse Steinbrück. Neun Versammlungen wurden abgehalten in denen über die verschiedensten Phasen der Versicherungsgesetzgebung berichtet und verhandelt wurde. Für die Versicherten gestaltete sich das Bild der Gesetzgebung immer trüber. Selbst die wenigen Wünsche der Arbeitervertreter, wie dieselben durch die Reichstagskommission in Betracht gekommen sind, seien angetan, daß für die Versicherten besondere Vorteile nicht entstehen werden. Anschließend verbreitet sich Redner noch über die von den Schiedsgerichtsbeisitzern aufgenommenen statistischen Erhebungen. Auch hier sei zu verzeichnen, daß die schiedsrichterlichen Entscheide prozentual mit größerem Erfolg für die Berufsgenossenschaften und die Versicherungsanstalt ausgefallen seien, als dieses in früheren Jahren der Fall gewesen sei. Genosse Rößler gibt hierauf den Kassenbericht. In den Vorstand werden gewählt folgende Genossen: Fräßdorf erster, Steinbrück stellvertretender Vorsitzender, Rößler erster, Vogel stellvertretender Kassierer, Gadlitsch erster, Starke stellvertretender Schriftführer, Seebald, Kunze Israel als Revisoren. Zu Punkt 3 der Tagesordnung hielt Genosse Starke noch einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag über den von der Reichsregierung und von der Reichstagskommission durchberatenen und geplanten Privatbeamtenversicherungsgesetzentwurf. Der Referent zeigte, welche Stellung unsere Vertreter hierzu eingenommen. Anstatt daß eine Zusammenlegung der Versicherungszweige erfolge um leistungsfähigere Grundlagen zu schaffen, sehe man hier, wie eine Sonderversicherung Platz greifen soll, die in verschiedener Beziehung gegenüber der Arbeiterversicherung das Sonderrecht zur Schau trage. Durch Gegenüberstellung zeigte der Vortragende, in welcher Weise das Gesetz geschaffen werden solle. Aber auch größere Nachteile werde das Gesetz in der vorgeschlagenen Form bringen. Besonders zu nennen sei die geplante Verwaltung. Hier soll den Versicherten an erster Stelle gar kein Einfluß zugestanden werden. Das „Direktorium", das als oberste Instanz vorgesehen, soll ausschließlich vom Kanzler und Kaiser ernannt werden. Dieser ganze Gesetzentwurf werde, obgleich er die Arbeiterschaft im allgemeinen wenig berühre, dennoch vielfach Stoff zu Betrachtungen geben denn er bilde ein neues Dokument der Sozialpolitik im Deutschen Reiche. Genosse Rößler bemerkt, daß die hierbei versicherten Kreise recht bald einsehen würden, daß durch die Sonderversicherung denselben nur Pflichten, aber wenig Rechte eingeräumt worden seien. Genosse Fanghänel bezweifelt, daß der Gesetzentwurf noch zustande kommen werde. Mit diesem Entwurf werde nur ein politischer Trick zu den kommenden Reichstagswahlen inszeniert. Die zum Schluß vorgenommene Fragezettelbedatte, die zu mancherlei Fragen führte, mußte nach längerer Aussprache wegen vorgerückter Zeit vertagt werden. (Eing. 30./1.)

Schuhmacher. Am 24. Januar fand im kleinen Saale des Volkshauses eine öffentliche Schoßarbeiter-Versammlung statt, in der unser Gauleiter Kollege Weise einen Vortrag hielt über das Thema: Der Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiter. Seine allgemein verständlichen Ausführungen wurden von den Anwesenden mit reichem Beifall aufgenommen. Beim Punkt 2 der Tagesordnung, Vorschläge zur Gesellenausschußwahl, gab der Kollege Böhm einen kurzen Jahresbericht und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, sich auch wieder an der demnächst stattfindenden Gesellenausschußwahl zahlreich zu beteiligen, damit diese einzige Vertretung der Gehilfen bei der Innung wieder in den Besitz der organisierten Kollegen gelangt. Es werden daraufhin folgende Kollegen von den Anwesenden für die Wahl vorgeschlagen: Böhm, Bridde Besser, Dorff, Rehn und Emil Schneider als Ersatzmänner die Kollegen Paul Walter, Woschnitza und Vogt. Sämtliche Vorgeschlagenen erklärten, wenn sie gewählt würden, die Wahl anzunehmen. Unter Punkt 3, Verschiedenes, macht Kollege Körner den Vorschlag, eine Ergänzungswahl der Bezirksvertrauensmänner vorzunehmen; dem wird von der Versammlung allseitig zugestimmt. Es werden daraufhin die frei gewordenen Bezirke neu besetzt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist der schwache Besuch der Versammlung lebhaft zu bedauern und es wäre Pflicht eines jeden Kollegen im Schoßschuhmacher Berufe, sich mehr an den Veranstaltungen unserer Organisation zu beteiligen. (Eing. 30./1.)

Friseurgehilfen. Am 27. Januar fand die außerordentliche Jahresversammlung statt. Der Geschäftsführer Uhlig gab zunächst die Rechenschaftsberichte, die den Mitgliedern vervielfältigt vorlagen, im allgemeinen konnte sich der Zweigverein eines Fortschritts erfreuen, zumal im Berichtsjahre 514 M. mehr vereinnahmt wurden als im Jahr zuvor. An Beitragsmarken wurden insgesamt 4596 verkauft (1909 4188, somit 408 mehr). Die Fluktuation der Mitglieder war ebenfalls wie im Jahr zuvor eine starke. Der Zweigverein zählte am 1. Januar 1910 142 am 31. Dezember einen Bestand von 154 Mitgliedern. Arbeitslos waren das ganze Jahr hindurch 473 Mitglieder an insgesamt 5562 Tagen, darunter 25 erkrankte Mitglieder an 416 Tagen während ein Mitglied starb. Die Frequentierung des Arbeitsnachweises war von seiten der Arbeitnehmenden eine sehr starke. Die Tarifkommission, die seit dem 15. November 1910 unter der Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden, eines Vorstandsmitgliedes des Gewerkschaftskartells, tagt befaßte sich in sechs Sitzungen und zwei Versammlungen über die Beilegung von Differenzen über 16 Betriebe mit 12 Gehilfen in festen und 4 Gehilfen in Aushilfsstellen, die bis auf 6 Betriebe mit Erfolg erledigt wurden. Die Erziehung und Werbung von Mitgliedern erledigte der Vorstand in 11 Mitgliederund 4 öffentlichen Versammlungen. Den Kartellbericht gab Stürmer. Die Richtigkeit des Kassenberichts bestätigten die drei Revisoren. Nach kurzer Debatte wurden alle Berichte für gut befunden und der bisherige Vorstand von seinen Aemtern mit Decharge entlastet.

Die vom Geschäftsleiter Uhlig eingereichte Kündigung wegen teils unberechtigten Beleidigungen seiner Verwaltungstätigkeit früherer Jahre von einem Mitglied fand dahin seine Erledigung daß man ihn einstimmig bat, seine Kündigung zurückzuziehen nachdem das Mitglied, das auch den gesamten Vorstand wie die Verbandsverwaltung mehrfach beleidigt hat, nach § 6 des Verbandsstatuts ausgeschlossen wurde. Ferner wurden noch 30 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge aus der Mitgliederliste gestrichen. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Ulbrich erster Weißke zweiter Vorsitzender; Amft und Knobba als Schriftführer; Gottschalk, Schütz und Schiebold als Revisoren; Uhlig und Büchner als Kartelldelegierte. Uhlig bleibt somit Kassierer und Geschäftsleiter. Beschlossen wurde, Anfang Februar mit den Arbeitgebern in Tarifverhandlungen zu treten. Weiter wurde aufgefordert, am 9. Februar im Saale des Odeums, Caroussstraße 26 abends 9¼ Uhr, zahlreich zu erscheinen, wo Genosse Fräßdorf einen Vortrag über Kranken- und Invalidenversicherung und die Innungskrankenkassen im besonderen halten wird. Desgleichen wurde um rege Beteiligung zum 10 Stiftungsfest im Saale der Zentralhalle Fischhofplatz 10 am Dienstag den 14. Februar gebeten. Zum Schluß wurde noch auf die Inserenten unserer Zeitung aufmerksam gemacht. Schluß 12¼ Uhr. (Eing. 2./2.)

Briefkasten.

E. K. D. 1. Solche Auskünfte geben wir nicht. 2. Ja, auch für diesen Fall muß Hundesteuer bezahlt werden. 3. An das städtische Wahl- und Listenamt.

Frau H. in Wattersdorf. Eine Anfrage bezw. ein Antrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft dürfte angebracht sein. Vielleicht ist Ihnen das Arbeitersekretariat in Dortmund, Leipzigstraße 20, II., oder unser Parteiblatt in Zittau behilflich.

A. F., Münzgasse. Wir müssen Sie mit Ihren Anfragen an das hiesige Arbeitersekretariat, Ritzenbergstraße, verweisen.

Victoria-Salon.
Der grosse Pariser Lach-Skatch **„Der Scheintote"** und das **gänzlich neue** Februar-Programm. Anfang 8 Uhr.
Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.
Im Tunnel: **Ungarisches Ensemble.** Anf. 7½ Uhr.
Sonntags 5 Uhr.

Keil's Zigarren-Geschäft empfiehlt sein assortiertes Lager in Zigarren und Tabaken bestens. — Keilsdorfer Strasse Ecke Kronprinzenstr. Gute Ausgangsqualität für Wiederverkäufer.

Knorr
Hafer-Flocken
Grünkern-Mehl
Hafermehl
Reismehl
Hahn-Maccaroni
Kätchen-Nudeln

Bevor Sie anderweitig kaufen, beachten und vergleichen Sie unser Schaufenster
26 Prager Straße 26 — Nur für Herren.
Einzig dastehendes Geschäft am Platze, welches jedes am Lager befindliche Stück auf Tage, Wochen und Monate verleiht.
Grösstes Lager in neuen, gebrauchten und verliehen gewesenen **Anzügen, Ulster und Paletots**
zu bekannt billigen Preisen.
Jeder Käufer erhält einen Gratis-Reparatur- und Bügelschein, gültig für ein Jahr.
Telephon 19575 **26 Prager Strasse 26** Telephon 19575.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit **nur Breite Str. zur bill. 12.** Maßanzüge v. Herrschaften, wenig getrag., 8, 12, 18 M. usw., Maßpaletots 6, 10, 16 M. usw., ein Gelegenheitsposten in Musteranzügen u. Joppen, gr. Ausw. in Phantasiewesten, schwarz. Rock-, Frack-, Smoking- u. Konfirmandenanzüge, gestr. Herren-, Damen- u. Kinderschuhe v. 1,50 M. an, einz. Stoffhosen, Jacketts v. 2 M. an, Westen v. 25 Pf. an.

Grosse Auswahl
in neuen Stücken für Herren, Damen und Kinder.

Verleihen von Fracks und Gehröcken; Federbetten u. Radfahrerhosen, Kutscher-Mäntel u. -Pelze, Kinderanzüge v. best. Stoffresten v. 4,25 M. an, auch Damensachen aller Art verl. **Wähler, Dresden, nur Breite Straße 12, II.** Kunden v. auswärts Fahrtvergütg.

Nur beachte die billige 12, II. vis-à-vis dem **Adreßkontor.**

Bis zum **18. Februar 1911**
großer Inventur-Ausverkauf
zu staunend billigen Preisen.

---

37 Achtung! 37

Die Herren

welche Bedarf an Garderobe haben

gehen zu Pimsler

Dresden nur Große Brüdergasse 37 I.

nächst Postplatz, gegenüber der Sophienkirche

und kaufen

dort zu staunend billigen Preisen nur wenig getragene herrschaftl.

Monats-Garderobe

Maß-Anzüge von 7.50, 11.50, 15 M. an usw., gestr. **Maß-Paletots** von 5, 9, 15 M. an usw. wie auch guterh. einz. **Jacketts** u. Stoffhosen v. 2 M. an, auch einz. **Westen** von 85 Pf. an, gestr. **Herren- u. Damenschuhe** von 1,50 M. an.

Ein Gelegenheitsposten neue Herren-Anzüge von 13 M. an Burschen- u. Konfirmanden-Anzüge von 11 M. an.

Winterkleider zu herabgesetzten Preisen, **Fracks, Gehröcke** u. **Anzüge**, auch leihweise, staunend billig nur bei

J. Pimsler, Dresden, Große Brüdergasse 37 I.

Kunden v. außerh. Fahrtvergütung

Achtung! Achtung!

Heute Freitag und Sonnabend werden wieder **Mohnstraße 52,** direkt a. d. Leipziger Str., mehrere

Prima Schweine

verpfundet, a Pfd. **68** u. **75** Pf.
Speck a Pfund **70** Pf.
Kotelette a Pfund **85** Pf.
ff. Pökelfleisch a Pfd. **75** u. **85** Pf.
ff. hausschlachtene Wurst a Pfd. **85** Pf., bei 10 Pfd. billiger.

Herren

welche Wert auf **elegante** und **gute Garderobe** legen, bietet sich Gelegenheit, in der

Pfandleihanstalt
Breite Str. 18, I.
m. **neuer** sowie **gebrauchter nach Maß gefertigter Kleidung** zu versehen, z. B.

Jackett-Anzüge
8, 13, 20 M. usw.

Paletots
6, 10, 18 M. usw.

Gute Verarbeitung, tadelloser Sitz und Haltbarkeit der Stoffe sind Vorzüge dieser Garderoben.

Pfandleihanstalt
Breite Str. 18, I.
(unweit Seestraße).
Einziges Geschäft dieser Art am Platze.

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch. gestr. wie a. neuen H- und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kindersachen usw. a. g. Verleihen **10 Gr. Brüdergasse 10, 2.**

Menstruations-

tropfen wirken bei Unregelmäßigkeiten und Stockungen der Periode a Flasche M. 2.50 u. M. 5.—

Frau Heusinger, Am See 37
Ecke Dippoldiswalder Platz.

Gefallen

sind die Preise für **Seefische ganz** bedeutend. Wir empfehlen von eigenen Fängen:

Kabeljau im Anschnitt . Pfund **28** Pf. | **Seelachs** im Anschnitt . Pfund **28** Pf. | **Goldbarsch** ohne Kopf Pfund **28** Pf.

Feinsten Helgoländer Schellfisch in Fischen von 1½ bis 5 Pfund per Pfund **38** Pf.

Seeaal, im Anschnitt . Pfund **50** Pf. | **Fisch-Filet,** bratfertig . Pfund **50** Pf. | **Rotzungen** . . . . . Pfund **50** Pf.
Schollen, groß. . . . Pfund **48** Pf. | **Austernfisch,** bratfertig, Pfd. **50** Pf. | **Grüne Heringe** . . 5 Pfund **80** Pf.

Nordsee, Webergasse 30.

Telephon 2471.

Inventur-Ausverkauf 1.-8. Febr.

Große Ermäßigung auf alle Artikel!

Reguläre Waren mit 10% Rabatt (ausgenommen Garne).
Zurückgesetzte Artikel in **allen** Abteilungen.

Strumpfwarenhaus Carl Günther

vorm. **Birkner**

Dresden-Altstadt
Ecke Seestrasse — Breite Strasse 2
Filiale: **Wilsdruffer Strasse 46.**

Männer-

Hemden in Barchent	1.00—2.50
do. „ Normal	1.00—4.00
do. „ weiß . .	1.10—2.50
Unterhosen	1.00—4.00
Unterjacken	0.90—2.50
Aermelwesten . .	2.00—9.50
Socken	0.25—1.20
do. handgestrickt	1.60

Ernst Klaar
Liliengasse 25, part. und 1. Etage.
Eingang Rosenbusenstraße.

Hygienische Bedarfs-Artikel
Mutterspritzen
Spülkannen, Leibbinden
sowie sämtliche
Frauen-Artikel
Kataloge gratis. 10% Rabatt.
R. Freisleben
nur Postplatz.
Man achte auf Firma!

Eleg. **Plüschsofas, Chaisel.,** Betts., **Mat ratzen** bill. Teilzahl. gest. Schäferstr. 22. Rößler. Topez.

Fleischerei-Uebernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Cossmannsdorf und Umgegend** zur gefl. Kenntnis, daß wir am 1. Februar a. c. die

Wetzlichsche Fleischerei

übernommen haben.

Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, allen an uns gestellten Anforderungen gerecht zu werden und bitten, uns in unserem jungen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Ludwig Lämpe und Frau.**

Echt Schinkes
magenstärkender
Wermut-Wein
Nur echt mit Etikette Schinke & Co. und Streifen, patentamtlich geschützt.
Zu haben in den Konsumvereinen.
Kellereien jetzt nur 85 Mk schpl. 12

---

10 Schweine werden Sonnabend verpfundet.
Kamm 80, Keule 80, Bauch 70 Pf. pro Pfund.
ff. derbes Rindfleisch ohne Zulage 90, Kochfleisch 75—80 Pf. pro Pfd.
ff. Pökelfleisch 90, Bauch 80 Pf. pro Pfund.
Hausschlachtene Wurst bei 10 Pfund 80 Pf.
Ausschank in ¼ Liter-Gläsern:
Reichelbräu-Kulm 20, Felsenkeller-Lager 15, Radeb. Böhmisch 16 Pf.
Hauptvogels Restaur. u. Fleischerei, Vorwerkstraße 20.

Sie kaufen am billigsten
Zirka 300 Paar Winter-Stoffhosen
100 Stück Kinder- u. Burschen-Anzüge
bei S. L. Reich, Gr. Brüdergasse 5, I.

Hasen! * Hasen!

gespickt, **290** Pf.

Hafer-Mast-Gänse

frisch eingetroffen, Pfund **68** Pf., empfiehlt
Karl Schubert, Oppelstrasse 3.

Grammophone u. Sprechapparate

die neuesten, trichterlosen
in jeder Preislage.
Auch gegen Teilzahlung bei Wochenraten
von M. **0.50** an.

Zonophon-Platten
25 Zentimeter, doppelseitig, M. **2.00.**

Volle Garantie für jeden Apparat.
Umtausch alter Apparate und Platten unter kulanten Bedingungen. Vorführung ohne Kaufverpflichtung. Ausführlicher Katalog, Nr. 21, gratis und franko.

Grammophon-Zentrale Dresden-A.
Trompeterstraße 8.

Achtung!

Wer billig kaufen will, allerhand **Garderoben: Herrenpaletots** von 3 M. an, **Anzüge** von 8—15 M., **Schuhe** von 1,50 M. an, **g. Kostüme** von 5 M. an, **Röcke** von 2 M. an. Auch neue Sachen sehr billig.

Nur Galeriestr. 11, I.

---

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an liefert
Photograph Rich. Jähnig
Marienstraße Nr. 12
im Hause von Weigel & Seeb.

Marke Hörenz
ist der echte, milde Stift.

Hasen

gespickt, diese Woche nur **3 M.**

P. Loose, Rosenstr. 23
Telephon 9670.

---

1 Postkarte genügt!

Unter strengster Diskretion! erhalten Sie bei 1 M. wöchentlicher Abzahlung die elegant. Kostüme, Jacketts, Röcke und Blusen sowie Herren- und Knaben-Anzüge und Paletots nach neuest. Verarbeitung, mod. Muster, fertig und nach Maß.
Elias Goldhammer,
Dresden-A., Gr. Brüderstraße 16, I.

Bett-Inlette von 50 Pf. an
Feder-Reinigung Amalienstr. 12.

Kein Laden

Inventur-Verkauf

Teppiche

Es versäume niemand diese einzig dastehende günst. Gelegenheit, denn selbst der weiteste Weg wird sich gut bezahlt machen. Es kommen zum Verkauf.

1 Rielenpolten Teppiche
darunter Prachtstücke
echt Tournay, Velours, Plüsch, Axminster, Tapestry u. Haargarn und imit. Perser
darunter mit fl. kaum sichtbaren Webefehlern u. ältere Teile
10—30 Proz. zurückgesetzt
Sofa-Größe 5, 7, 10, 15 M. Salon-Größe 10, 15, 20, 30—93 M.

Ein Posten Echt Orient. Teppiche
Prachtexemplare, weit unter Preis.

Bett- und Klavier-Vorlagen
von **90** Pf. bis **10** M.

Felle
von **1—12** M.

Tischdecken
in Filztuch, Tuch und Plüsch von **90** Pf. bis **15** M.

Ganze Gedecke
von **4.50—25** M.

Portieren
in Filztuch, Tuch und Plüsch dreiteilig, von **3—20** M.

Sofabezüge
der ganze Bezug von **5** bis **30** M.

Schlafdecken
von **80** Pf. bis **5** M.

Kamelhaardecken
von **8** bis **18** M.

Steppdecken
von **3.50** bis **20** M.

Gegen Zug und Kälte
Fries
von **1.50** bis **5** M.

Chaiselongue-Decken
in Phantasie-Gewebe und Gobelin von **5** bis **15** M. in Plüsch von **15** bis **40** M.

Gardinen
gr. Posten, haltbare Qualität Meter von **30** Pf. bis **1** M.

Abgepaßte Fenster
das Fenster v. **1.80—12** M.

Vitragenstoffe
Meter **30, 50, 90** Pf.

Vitragen, abgepaßt
1 Fenster, 2 Scheiben von **1.50** bis **4** M.

Läufer und Decken
von **40** bis **70** Pf.

Handarbeiten
Läufer **3.50** M., Decken **5** M., Schoner **1.50** M.

Starers
Teppich- u. Gardinenhaus
Portieren und Tischdecken
Dresden
33 Wilsdruffer Straße 33
I. u. 2. Etage.
Kein Laden

Fortsetzung unseres populären

Inventur-Ausverkaufs

von Waren bester Beschaffenheit

zu unerreicht billigen Preisen!

Hüte

steif und weich, Wollfilz, neueste Formen u. Farben, früher 3.50 bis 4.00, jetzt **1.95** M.

steif, schwarz Haarfilz, englische und deutsche Marken früher 6.00 bis 7.50, jetzt **4.50** M.

steif u. weich, Wollfilz, nur farbig, Ia Qualität früher bis 4.00, jetzt **95** Pf.

weich, ital. Haarfilz, das Neueste in Formen und Farben . . . . . jetzt **3.95** M.

Mützen

für Herren und Knaben, alle Fassons 95, 75, 65, 45, 35 und **25** Pf.

Krawatten

Binder, Regattes u. Schleifen allerletzte Neuheiten jetzt 60, 50, 45, 35, 25 und **10** Pf.

Wäsche

Stehkragen, Ia, 5fach, alle Fassons . . . . ½ Dtzd. **95** Pf.
Manschetten, Ia Qualität ½ Dutzend **1.35** M.

Handschuhe

Imit. dänisch mit Futter . . . **95** Pf
Weiss Wolle, Ia Qualität . . . **65** Pf.
Krimmer mit Leder . . . . . **65** Pf.

Panama-Hüte

Sensations-Angebot!
Ein Posten, circa 400 Stück
Madagaskar-Panama, neueste Form . . . . . M. 5.25
Ecuador- und Peru-Panama, neueste Form . . . . 12.00 und 7.25

Schirme

Baumw. Gloria, mit Futteral . **1.95**
Ia Glorianseide, mit Futteral . **2.95**
Reine Seide, 1000 Tage Garantie **4.95**
Eleg. Stockschirme **4.95**

Pelzwaren

Während des Inventur-Ausverkaufs auf bisherige Preise **20%** Ermässigung.

Oberhemden

wegen Totalräumung, coul. und weiss . . . . . **1.95** M.

Kragen

Prima 5fach und Leinen 4fach zurückgesetzte Fassons, ½ Dutzend **65** Pf.

Garnituren

Serviteurs u. Manschetten farbig, neueste Dessins jetzt 1.45, 1.20, 95 u. **75** Pf.

Auto-Schals

gestrickt, weiss und coul., in neuesten Dessins jetzt 1.75, 1.45, 95 und **45** Pf.

Straßburger Hut-Bazar

Wettinerstr., Ecke Zwingerstr.
Hauptstraße 2, Ecke am Markt.

E. PASCHKY

Wilsnitzer Str. 14,	Tel. 3102.	Kesselsdorfer Str. 47	Tel. 4114.
Altaunstraße 4,	„ 2257.	Wettinerstraße 17,	„ 1635.
Bismarckplatz 13,	„ 4162.	Rosenstraße 43	„ 1735.
Reisnerstraße 12,	„ 2806.	Hechtstraße 27,	„ 4596.
Bieneritzstraße 11,	„ 4871.	Torgauer Straße 10,	„ 1539.
Bautzner Str. 14,	„ 4060.	Trompeterstraße 5,	„ 2967.
Meißenhauerstr. 24,	„ 3970.	Kesselsdorfer Str. 18,	„ 4114.

Konsum. Lagerrien, Versand: **Wölfnitzstr. 1. Tel. 1034.**

Aus soeben eingetroffener Waggonladung:
Hochfeine, goldgelbe

Fettpöklinge 5 Stück **20** Pf.

in Qualität wie beste Kieler . . . . . .
Rum mit etwa 28 St. bei 100 Kisten à **80** Pf., 50 Kisten à **83** Pf., 25 Kisten à **85** Pf., 10 Kisten à **88** Pf., einzelne Kiste **90** Pf.
Echte Kieler Sprotten . . . . . ½ Pfund **15** Pf.

Frische Seefische:

Schellfisch, „Helgol." . . . . . Pfd. **20** Pf.
Seedorsch, dachsein, bis zweipfündiger . . . . Pfund **25** Pf.
Seelachs, ohne Kopf, in Fischen . . . . . Pfund **25** Pf.
Kabeljau, ohne Kopf, in Fischen . . . . . Pfund **25** Pf.
Steinglisch, ohne Kopf (Seenal), in Fischen . . Pfund **25** Pf.
Goldbarsch, ohne Kopf . . . . . Pfund **28** Pf.

Grosse Grüne Heringe zum Braten usw. (Rezepte gratis) . . . **5 Pfd. 60** Pf.

Speck 65, Speck 75

Kochfleisch 3 Pfd. 1 M., **Schweinefleisch** 65, 70, 75, **Schinken** 45 Pf. ½ Pfd., **Wurst** 60, 75, **Schlachtfleisch, Hammelfleisch, Kalbfleisch** billigst.

Ecke Nicolaistr. und Schumannstr. 31.

Geteilte Gänse

billiger

Halbe Gänse . . à 2, 2.50 bis 3 M.
Viertel Gänse à 1, 1.25 bis 1.50 M.
Gänseklein, Gänserücken, Gänsekeulen billiger.

Große Hühner

zum Kochen und Braten, à Stück nur 2.50 M.

Hasen

bedeutend billiger!

15. Februar: Schluss der Hasen-Saison.

Rosa Pacovsky

21 Webergasse 21 ★ Telephon 6349.

Wir bieten auch für wenig Geld

eine gute Zigarre

und empfehlen besonders folgende Marken:

4½ Pf.:	**Perla de Cuba**	11 cm lang
	Goldelse	10½ cm lang
	El Duo	11 cm lang
	Hermina	10½ cm lang
4 Pf.:	**Rusa**	11½ cm lang
	Coquetta	11 cm lang
	Caballero	12 cm lang
	Odea	11 cm lang
	Edelmarke	11 cm lang
	Bettina	11 cm lang
3½ Pf.:	**Lockvogel**	10½ cm lang
	Bella Anna	11 cm lang
	Don Carlos	11 cm lang
	Mignon	9½ cm lang
3 Pf.:	**Rübezahl**	11 cm lang
	Adrett	10 cm lang
	Estirado	10 cm lang
	Tom	10 cm lang
	Prima Donna	10 cm lang

Ferner sind noch beachtenswert billig:

2,7 Pf.:	**Gute Fahrt**	10½ cm lang
2,5 Pf.:	**Sport**	10½ cm lang
	Excellentes	10 cm lang
2,2 Pf.:	**Wally**	9½ cm lang

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch **6 Proz. Rabatt** in Marken.

Vorrätig in den bekannten Verkaufsstellen des

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein, A.-G.

Brautleute

kaufen **solid** und **billig** bekanntlich bei

Möbel-Hesse

Dresden, Rosenstrasse 45
auch bei **Teilzahlungen.**

Männer-Tee
altbewährt.
Paket 1 Mark.
R. Freisleben
nur Postplatz.

Billiges Wild!

Hasen, gespickt . 2.00—3.00 M.
Keulen . Paar 1.25—1.80 „
Rücken . . . 1.00—2.00 „
Läufchen . Paar 50—65 Pf.
Rehblätter . . 1.50—2.50 M.
Hirschblatt . . Pfund 70 Pf.
Kochwild . . „ 35 „

Ein Posten **geteilte Gänse sehr billig.**

Wildhandlung, Oberseergasse 3 und Hechtstraße 20.

Brauerei

in **flottem Betriebe** mit guter alter Kundschaft in schön gelegener gesunder sächsischer Provinzstadt, mit Bierverlag einer renommierten Großbrauerei und Mineralwasserfabrik verbunden, ist sofort oder später unter sehr günstigen Bedingungen zu verpachten. Für geeigneten fleißigen Brauer sichere, gute Existenz. Off. u. **G. J. 034 Invalidendank Dresden.**

Nähmaschin. verk. Reparat. Umtausch gegen neue. Genossen erh. 12 Proz. Rabatt, eventl. bitte Karte. **Löther, Ammonstr. 69, p. r.**

Tüchtiger Gürtler

für Beleuchtungskörper und kunstgewerbliche Arbeiten **sofort gesucht.** Es wollen sich nur solche melden, die vollständig selbständig zu arbeiten vermögen.

Isis-Werke, A.-G.
Nürnberg, Holzschuherstraße 8.

Wir empfehlen:

Die Finanzreform von 1909

und die Parteien des Reichstages.

Preis 5 M. geb.

Die Parteigenossen erhalten das Werk nach Vorzeigung des Mitgliedsbuches bedeutend ermäßigt.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Dresden, Große Zwingerstraße 14

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Dresden und Umgegend.

Am Mittwoch den 1. Februar verstarb unser Kollege

Hermann Garrasch.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Sonntag vorm. 11 Uhr auf dem Annenfriedhof in Löbtau statt. Wir bitten um zahlreiches Geleit.

Die Verwaltung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sonnabend Schluss des

Inventur-Ausverkaufs

In allen Abteilungen **ganz außerordentlich günstige Einkaufs-Gelegenheiten.** Die **Preisermäßigungen** einzelner Restbestände und überzähliger Serien des Winterlagers sind ganz **enorm** und offeriere ich:

Herren-Konfektion

		Serie 1	II	III	IV	V	VI	VII
Sakko-Anzüge	Verkaufspreis bis M.	17.—	19.—	22.—	35.—	39.—	42.—	48.—
	jetzt M.	9.90	13.—	16.—	19.—	25.—	29.—	35.—
Paletots u. Ulster	Verkaufspreis bis M.	15.—	22.—	32.—	35.—	45.—	55.—	65.—
	jetzt M.	9.90	12.—	19.—	25.—	29.—	35.—	39.—
Stoff-Hosen	Verkaufspreis bis M.	4.50	6,25	8.50	9.90	12.—	15.—	17.—
	jetzt M.	2.50	3.50	4.50	6.25	8.50	10.50	12.00
Loden-Joppen	Verkaufspreis bis M.	6.50	8.50	9.90	11.—	12.—	16.—	19.—
	jetzt M.	4.90	6.50	7.90	8.90	9.90	12.50	14.50

Gehrock-Anzüge, 1 Posten . . . . . Verkaufspreis M. 35.—, 29.—, **jetzt** 25^{00}

Herren-Pelerinen, 1 Posten, Verkaufspr. M. 10.50, 13.—, 15.—, **jetzt** M. 8^{90} 10^{50} 12^{00}

Knaben-Konfektion

		Serie I	II	III	IV	V	VI	VII
Blusen-Anzüge, blau Cheviot u. gezwirnte Stoffe	Verkaufspreis bis M.	6.50	7.90	9.50	13.—	16.—	19.—	28.—
	jetzt M.	3.50	4.90	5.90	7.90	9.90	12.—	15.—
Knaben- und Konfirmanden-Jackettanzüge	Verkaufspreis bis M.	10.—	13.—	18.—	25.—	35.—	40.—	48.—
	jetzt M.	6.50	8.90	12.—	17.—	25.—	29.—	35.—
Pyjacketts, Paletots und Ulster	Verkaufspreis bis M.	8.—	11.50	14.—	18.—	21.—	26.—	35.—
	jetzt M.	4.90	7.90	9.90	12.—	15.—	18.—	23.—

Loden-Joppen, Winter-Qualität, warm gefüttert . . . **jetzt** M. 2^{00} 4^{50} 5^{90} 6^{50}

Knie-Hosen, haltbare Cheviots und Buckskins . . . **jetzt** M. 1^{00} 2^{50} 3^{50} 4^{50}

Lange Hosen, aus Resten von Buckskins und Cheviots, **jetzt** M. 2^{10} 2^{50} 2^{90} 4^{50}

Dresden Prager Strasse Ecke Waisenhausstrasse

Heinrich Esders

Dresden Prager Strasse Ecke Waisenhausstrasse

Grösstes Spezial-Haus für Herren-, Knaben- und Kinder-Garderobe.

Freie Turnerschaft Tharandt u. Umg.

Sonntag den 5. Januar 1911

Kappen-Abend

im Gasthof zu Hartha.

Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.

Herzliches Willkommen den Brudervereinen, Freunden und Gönnern!

Der Turnrat.

Varieté Musenhalle

Neue Truppe! Heute: Neues Programm!

Herbert-Ensemble aus Frankfurt a. M.

Sturmflut. Seemanns-Lebensbild.

Der falsche Peter. Urkom. Posse.

Sowie der vorzügliche Solistenteil.

Vorzugskarten Gültigkeit.

Sonntags zwei Vorstellungen: 4—7, 8—11 Uhr.

Im Ballsaal: Sonntags u. Montags **Familienball**

Die herrl. Dekoration vom Maskenball muß man gesehen haben.

Reichshallen

Palmstr. 13 1 Minute v. Postplatz.

Sonnabend und Sonntag im Kabarettsaal:

Grosses Künstlerkonzert

Kasper in Löbtau!

Etablissement **Zur Linde,** Kesselsdorfer Str. 80

Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Schneewittchen. Abends 8 Uhr: Faust oder Kaspers Reise durch die Hölle. Sonntag, 3 u. 5 Uhr: Rotkäppchen und der Wolf. Abends 8 Uhr: Der Lumpenbaron. Dienstag: Ein Millionenschwindel.

Rest. zur Börse

Leipziger Str. 95. Telephon 5707.

Empfehlen werten Bekannten und Parteigenossen unsere gänzlich umgebauten renovierten Lokalitäten einer geneigten Beachtung.

ff. Speisen und Getränke.

Hochachtungsvoll **Franz Gericke u. Frau.**

Pauls Gasthof, Zschiedge.

Sonntag den 5. Februar 1911

Bratwurst-Schmaus

zu welchem freundlichst einladen **Rudolf Paul und Frau.**

Restaurant zum Waldschlößchen, Niederhäslich.

Sonntag: **Grosser Bratwurst-Schmaus**

mit musikalischer Unterhaltung

wozu ergebenst einladet **Paul Güttner.**

Merseburger Hof

Ecke Merseburger und Tittmannstraße.

Sonnabend, Sonntag u. Montag, den 4., 5. u. 6. Februar 1911

Großer Bockbier-Rummel

Originell! nach Salvator Art. Viel Humor!

Urfidelos Bockbier-Konzert, ausgeführt von einer berühmten Kapelle. — — Wer sich amüsieren will, der komme.

Das Lokal ist originell dekoriert!

Jeder Besucher erhält ein humoristisches Festzeichen gratis.

Zu diesen Tagen besonders gewählte Speisenkarte zu kleinen Preisen.

Es ladet Sie nebst werten Angehörigen ganz ergebenst ein

Hochachtungsvoll **Klara verw. Schmidt.**

Colosseum

LICHT-SCHAUSPIEL-HAUS

Freiberger Platz.

Täglich Vorführung **bester** und neuster Erscheinungen der Lichtbildkunst ernsten, heiteren und belehrenden Inhalts. Die Wiedergabe der Bilder erfolgt auf einer

Riesenprojektionswand

unter Verwendung vollkommenster Apparate bei magischer Beleuchtung des Theatersaales. Die Vorführungen werden durch erstklassiges

Konzert der Künstlerkapelle Freitag

begleitet.

Konditorei. Kaltes Büfett. Ausschank bel. Biere. Rauchen gestattet.

Geöffnet: **Sonnt. v. 2—11 Uhr. Wochent. v. 4—11 Uhr.**

Man verlange Vorzugskarten.

Wir empfehlen:

Die Volksschule, wie sie ist :: Die Volkschule, wie sie sein soll

von **Otto Rühle.**

Jedes Heft 30 Pfennig.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Dresden, Große Zwingerstr.

Franz Mützes

Rest. zur Schmiedeherberge

Antonsstr., Ecke Röhrhofgasse.

Sternhof Mickten

Lößnitzstr., Ecke Sternstr.,

empf. seine frdl. Lokalitäten m. Vereinszi. Für Küche und Keller.

---

ixi

?

ixi

Frauen!

Bei Periodenstörungen nehmen Sie nur mein erprobtes Mittel. Mark 5.50. Versand nach auswärts. **Keine Tropfen! Keine Pulver!** Versandh. **Amor,** Frauenstr. 10, 1. Separate Frauenbedienung.

Umsonst

Erfinderaufgaben

Rat u. Auskunft über Anmeldung u. Verwertung kostenlos. Anfragen v. Firmen liegen in großer Anzahl vor. Dresden, Waisenhausstr. 32.

ING. HÜLSMANN.

Gute, getragene

Herren- und Damenkleider,

Frack- und Gehrock-Anzüge verkauft und verleiht billigst

E. Näther, Frauenstr. 10

früher Gr. Brüdergasse 8.

A. Rencker Uhrmacher u. Optiker

Verkauf u. Reparatur Billig Solide Fachmännische Bedienung Seestr.-Strasse 6.

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 1.75 M. an. Spülkannen. Verbindes. Konservationspulver, Vorfallbind. usw. empf.

Frauen-Artikel

Preisliste gratis. Auf Verl. Ab. Lad.

Frau Heusinger

37 Am See 37, 6tr.

Dippoldiswalder Platz.

Man achte auf die Firma.

Kalbfleisch	Pfd. 80 Pf.
Schweinefleisch	Pfd. 70 Pf.
Schweinekeule	Pfd. 80 Pf.
Kamm u. Karree	Pfd. 90 Pf.
Speck u. Schmer	Pfd. 75 Pf.
Tick. ger. Speck	Pfd. 80 Pf.
Gewiegtes	Pfd. 90 Pf.
Rindfleisch, Pfd. von 70 Pf. an	
Gochrippe	Pfd. 90 Pf.
Hausschl. Blut- u. Leberwurst	Pfund 90 Pf.
ff. Blut- und Leberwurst	Pfund 60 Pf.

Im ganzen und zum Wiederverkauf bedeutend billiger.

Gustav Klöß

Fleischermeister

Röhrhofsgasse 6, dir. a. d. Barmstr.

Der menschliche Körper

(Anatomie)

Mit einem bunten, zerlegbaren Modell und 58 zum Teil farbigen Abbildungen

Von **Prof. Dr. Hora**

Preis **1.50**

Neuer vollständiger

Taschen-Atlas

Mit 34 Haupt- und 18 Nebenkarten

Preis **1.60 M.**

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung**

Rohprodukten-Geschäft verk. Markgraf-Heinrich-Platz 8.

Damen-, H.- u. Kinder-Fahrräder a. defekt, kauft Am Poppitz 1, Rich.

Hygiene Die offizielle Monatsschrift der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911, die Hygiene, beginnt heute zu erscheinen. In dieser Zeitschrift wird den Mitarbeitern und Ausstellern über die Fortentwicklung der Ausstellungsarbeiten berichtet werden; ebenso sollen hier die Mitgemeinbar wichtige hygienische Fragen in möglichst populärer Form zur Besprechung gelangen. Die Hygiene erscheint in einer Gesamtauflage von ca. 20 000, sie wird an Behörden des In- und Auslandes, an Kommunen, ferner an industrielle Interessenten kostenlos verteilt.

Kleine Mitteilungen Der „fliegende Fisch", ein neues Gleitboot, das der Ingenieur Renaud konstruiert hat, ist nun in Fast Cowes vom Stapel gelaufen und hat bereits seine ersten kurzen Probefahrten mit überraschendem Erfolge bestanden. Der „fliegende Fisch", wie der Erfinder sein Boot getauft hat, ist bei Schardeck erbaut, die auch das Motorboot des Herzogs von Westminster hergestellt haben, das den Weltrekord der Schnellighter für Wasserfahrzeuge aufgestellt hat. Das neue Boot hat eine Länge von rund 20 Fuß, wird von einem 50 HP-Motor getrieben. Der kleine Rumpf ruht auf zwei Gleitflächen, die am vorderen und hinteren Ende des Bootes angebracht sind. Bei großer Geschwindigkeit gleitet das Fahrzeug am Steuer über die Wasseroberfläche, und man erwartet von ihm, daß es in den nächsten Wochen einen neuen Rekord aufstellen wird.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Wilhelm Trübner hat sich allen Ovationen zu seinem sechzigsten Geburtstage dadurch entzogen, daß er eine Reise an die Riviera antrat. Dieses Verhalten entspricht dem ganzen Wesen des Künstlers und seinem allen Rühmen fernen Schaffen.

Mit Streichhölzern ist seit Jahrzehnten ein ansehnlicher Handel nach China getrieben worden, früher mit europäischen Erzeugnissen, die aber in letzter Zeit durch japanische fast vollkommen verdrängt wurden. Jetzt werden die Chinesen bald beweisen, daß sie sich auch auf diesem Gebiet der Industrie vom Ausland unabhängig machen können. Es gibt schon jetzt große Streichholzfabriken in Schanghai, Hankau, Tientsin, Peking. Die Fabrik in Hankau soll 3600 Arbeiter beschäftigen und täglich 50 bis 60 Tonnen Streichhölzer liefern. Vielleicht fangen die Chinesen nun bald an, diese Ware ihrerseits auszuführen.

Die Fächerpalme, die in einer einzigen Art in großen Gebieten von Afrika und Asien verbreitet ist, gehört zu den nützlichsten Pflanzen der Erde. Schon vor Jahrtausenden erkannten die Bewohner Indiens den Wert dieser Pflanze dadurch an, daß sie in einem besonderen Lobgesang mehr als 800 verschiedene Anwendungen des Gewächses namhaft machten. Auch heute ist ihre Verwertung noch so ausgedehnt, daß die Nachricht vom Ausbruch einer Krankheit dieser Palme in verschiedenen Gegenden, namentlich von Asien, große Besorgnisse hervorruft. Nach den bisherigen Forschungen von Dr. Butler, die in einer besonderen Denkschrift von der Indischen Landwirtschaftsbehörde veröffentlicht worden sind, rührt diese Krankheit, die als Krabbenfäule bezeichnet wird, von einem Pilz der Gattung Pythium her. Der Erreger soll aber von dem einer ähnlichen Krankheit, die in anderen Ländern an der Kokospalme nachgewiesen wurden, verschieden sein. Vorschriften für die Bekämpfung der Krankheit sind bereits ausgearbeitet worden.

Die Insel Sansibar ist ein besonders hervorragender Markt für den Gewürznelkenhandel. Nach einer Mitteilung des deutschen Konsuls wurden im Jahre 1909 mehr als 20½ Millionen Pfund Gewürznelken von dort ausgeführt, die einen Handelswert von fast 10 Millionen Mark besaßen. Dieser eine Gegenstand nahm mehr als ein Drittel des Gesamtwerts der Ausfuhr in Anspruch. Mehr als die Hälfte der Nelken wurde nach Europa ausgeführt, ein weiteres Drittel nach Asien und der Rest nach den Vereinigten Staaten und nach anderen Teilen von Afrika. Die Ausfuhr von Nelkenstengeln belief sich auf mehr als 4½ Millionen Pfund. Die Nelkenstiele werden bekanntlich zur Gewinnung von Öl benutzt, während die unmittelbar als Gewürz verwendeten Früchte im Handel die Bezeichnung Mutternelken führen.

Aus Neuyork wird berichtet: Ein gewaltiger Eisenbahnplan, dessen Ausführung sofort in Angriff genommen werden soll, wird soeben von dem Richter Lovett, dem Präsidenten der Union-Pacific-Eisenbahn, der Oeffentlichkeit bekannt gemacht. Ein großer Teil der elektrischen Schienenstränge der Union soll sofort zwecklos aufgebaut werden, so die Linien vom Missouri-River nach San Francisko, die Strecke vom Columbia-River nach Portland und zahlreiche andere Schienenwege. Es handelt sich insgesamt um Schienenanlagen von nicht weniger als 1573 englischen Meilen Länge. Die Gesamtkosten werden auf rund 300 Millionen Mark geschätzt, die auf fünf Jahre verteilt werden sollen.

Zeitschriften Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 18. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zinsfortsetze. — Militarismus und Sozialismus. Von K. Kautsky. — Robert Wallace, ein Utopist des achtzehnten Jahrhunderts. Von M. Beer. — Finnlands fünfte Volksvertretung. Von M. Martna. — Die Lehrlingsversorgung im Auslande und die Christlichen. Von Heinrich Herrmann (Gelsenkirchen). — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Richard Woldt. — Literarische Rundschau: Dr. Leopold Caro, Auswanderung und Auswanderungspolitik in Oesterreich. Von J. Parisius. — Notizen: Bürgerliche Historiker für die Wiederholer. Von Rob. Seeger. — Bibliographie des Sozialismus. — Zeitschriftenschau.

Heiteres Verschiedene Meinungen. „Meiner, an dem Gedicht fehlt einmal!" — „Wieso?" — „Weil es, und die anderen Herren sagen: Was du nicht alles kannst!"

Mentobel. „Nun, hat dich der Lehrer recht verprügelt wegen deines schlechten Aufsatzes?" — „O nein, drei Mark hat er mir gegeben und gesagt, daß er ihn verkauft an ein Wochenblatt."
(Meggendorfer Blätter.)

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 4. Februar. Opernhaus (Abonnement: Der Rosenkavalier. Komödie in drei Aufzügen. Musik von Richard Strauß. Anfang 6½ Uhr. — Schauspielhaus (Abonnement: Minna von Barnhelm. Lustspiel in fünf Akten von G. E. Lessing. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Das Sonntagskind. Anfang 8¼ Uhr. Der Adelsjungfer. Operette von Joseph Snaga. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater: Zeppelinchens Reise zum Christfest. Anfang 8¼ Uhr. Der Graf von Luxemburg. Anfang 8 Uhr.

Musik. Luise Greiner (Klavier) spielt in ihrem nächsten Montag den 6. Februar, abends 7½ Uhr, im Palmengarten stattfindenden einmaligen Konzert: Schumann: Sonate G-Moll, Opus 22; Brahms: Intermezzi A-Moll und A-Dur; Scherzo Es-Moll, Opus 4; Weber A-Dur; Chopin: Ballade G-Moll; Nocturne C-Moll; Moszkowski: Etincelles; Liszt: 8. Rhapsodie.

Percy Sherwood (Klavier) und Dr. Wolfgang Bülau (Violine) haben für ihr nächstes Dienstag den 7. Februar, abends 7½ Uhr, angesetztes Konzert ein sehr interessantes Programm aufgestellt. Zum Vortrag gelangen: Sherwood: Sonate Nr. 2 (Manuskript) für Klavier und Violine; Humoresken, Opus 20 (acht Klavierstücke). — Bach: Sonate Nr. 6, G-Dur, für Violine allein. — Brahms: Sonate Nr. 3, D-Moll, Opus 108, für Pianoforte und Violine.

Vorträge. Rechtsschutzverein für Frauen. Am Mittwoch den 8. Februar wird Herr Dr. Hans Dorn, Privatdozent der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in München, einen Vortrag über „Die Frau in der deutschen Volkswirtschaft" halten. Die außerordentliche Zunahme der erwerbstätigen Frauen, wie sie sich durch die Berufszählung von 1907 ergab, hat eine veränderte Auffassung in der Wertung der Frauenarbeit herbeigeführt; es haben sich ganz neue Perspektiven für die Zukunft der Frauenarbeit im Rahmen unserer deutschen Volkswirtschaft eröffnet. Der Vortrag von Herrn Dr. Dorn wird deshalb nicht allein für die erwerbstätigen Frauen, sondern für alle Kreise der Bevölkerung von hervorragendem Interesse sein. Der Vortrag findet im kleinen Gewerbehaussaale, abends 8½ Uhr, statt. Der Eintritt ist frei, eine Diskussion wird sich anschließen.

Heimatschutz - Lichtbildervorträge. Sonnabend, Dienst 8½ Uhr abends, im Künstlerhaus, spricht Herr Schuldirektor Dölling über Geologische Naturdenkmäler. Teilnehmerkarten sind nur noch in beschränkter Anzahl in der Geschäftsstelle des Heimatschutzes Dresden-A., Schützgasse 24, zu haben.

Touristenverein Die Naturfreunde. Ortsgruppe Dresden. Sonntag den 5. Februar Nachmittagstour: Dohlenauer Pappel—Bärenklause. Daselbst ein Lämpchen. Abmarsch 2 Uhr Endstation Laubegast-Kötzschen. — 9. Februar: Zusammenkunft im Gesellshaus mit Vorlesung. ½9 Uhr. — Donnerstag den 23. Februar, ½9 Uhr: Lichtbildervortrag. Thema: Winter im Erzgebirge. 130 prächtige Aufnahmen. Großer Gesellschaftsabend. Karten à 20 Pf. sind an den Vereinsabenden, bei allen Mitgliedern, im Gesellshaus am Büfett und in der Gesellschaftshandlung, Zwingerstraße, erhältlich. — Zu allen Veranstaltungen Gäste herzlich willkommen.

Freie Turnerschaft Dresden und Umgegend. (4. Gauppr.) Sonnabend den 4. Februar im Gasthof in Kaitz und Dienstag den 7. Februar im Paradiesgarten in Dresden-Fischertitz Versammlungen. Tagesordnung: Vergleichsmatchbericht u. a. Allgemeines. Erscheinen wird erwartet.

Arbeiterbibliotheken.

Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Kaufitz ist von jetzt an jeden Sonnabend von 8½ bis 10 Uhr abends in der Vereinsversammlung im Vereinslokal Zur Linde, Kesselsdorfer Straße, geöffnet. Sie bietet eine gute Auswahl von Partei- wissenschaftlicher und Unterhaltungsliteratur; jedes Mitglied sollte es sich angelegen sein lassen, von der Bibliothek zu seiner Fortbildung so oft wie möglich Gebrauch zu machen.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Gruppe Striesen. Sonnabend den 4. Februar Spielabend.
Gruppe Potschappel. Sonnabend großer Spielabend. Liederbücher mitbringen.
Gruppe Deuben. Sonnabend, 8½ Uhr, Mitgliederversammlung in Schramplers Restaurant. Genosse Menke wird über Geschichte sprechen.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 28 — Dresden 3. Februar — 1911

Die Luftverflüssigung und ihre praktische Bedeutung

Die technisch hochbedeutende Aufgabe, die wertvollen Gase Sauerstoff und Stickstoff zu sehr niedrigen Preise herzustellen, ist mit den Luftverflüssigungsmaschinen von Linde und Claude vollkommen gelöst. Um einen Begriff davon zu geben, welche umfangreichen Verwendungsgebiete sich die reinen, durch Verflüssigung gewonnenen Bestandteile der Luft in den wenigen Jahren, die seit der Vollendung der Trennungsapparate vergangen sind, erobert haben, sei eine kurze Aufzählung der Dienste, die sie leisten, gegeben.

Der gasförmige Sauerstoff fand schon früher, als er noch durch chemische Umsetzungen erhalten wurde und in Stahlflaschen auf 100 bis 200 Atmosphären komprimiert zum Einzelpreis von 6 bis 10 M pro Kubikmeter in den Handel kam, vielfache Verwendung. Der Luftschiffer, der größere Höhen erreichen wollte, fand Erfolg für den oben mitgeführten Sauerstoff durch künstliche Atmung aus der Flasche; ähnlich war der Gebrauch in Rettungsapparaten für Brände, insbesondere in Bergwerken, bei denen ein Helm das Gesicht vollständig von der giftigen Außenluft abschließt und ebenfalls direkte Atmung aus der Sauerstoffflasche erfolgt. Die Beleuchtungstechnik benutzte das Gas zur Erzeugung sehr großer Hellgraden im Wasserstoff-Sauerstoffgebläse, und die mit diesem erreichbare hohe Temperatur erlaubte die für Wissenschaft und Technik wertvollen, schwer schmelzbaren Metalle der Platingruppe zu gießen und zu formen; als ganz neues Material liefern seit jüngster Zeit die Platinschmelzen den reinen geschmolzenen Quarz, das Quarzglas, dessen einzigartige Eigenschaften bei vielen wissenschaftlichen Arbeiten seinen Ersatz durch ein anderes Material zulassen. Alle diese Anwendungen konnte man allerdings schon früher; sie wurden durch die verteuerte Sauerstoffgewinnung nur verzögert und wären nicht verhindert, die heutige Sauerstoffindustrie zu unterhalten. Deren wertvollstes Anwendungsgebiet liegt vielmehr in anderen Zweigen der Metallbearbeitung. Das Knallgasgebläse, in dem Sauerstoff mit Wasserstoff verbrennt, war früher wegen des hohen Preises der beiden Gase ein sehr kostspieliges Hilfsmittel. Mit dem jetzt billig erhältlichen Sauerstoff und mit Leuchtgas oder Kerzen betrieben hat es eine weite Verbreitung besonders in der Eisenverarbeitung gefunden. Sehr Leistungen sind auch unterbrochen. In einigen Augenblicken bringt die Schlußflamme ein Loch in die dicksten Eisenbleche. Bewegt wirkt sie mühelos wie die schärfste Säge und liefert einen glatten Schnitt. Ist das Eisen einmal zum Glühen gekommen, so ist die Gasgefahr gar nicht mehr nötig; glühendes Eisen verbrennt im Sauerstoffstrom allein mit solcher Hitzeentwicklung, daß es genügt, einen solchen auf die glühende Stelle zu richten und ihn längs der gewünschten Schnittlinie weiterzuführen. Durch einen Eisenblock von 1 Meter Dicke kann so, wenn er einmal glüht, mit dem Sauerstoffstrahl allein in 2 Minuten ein rundes Loch gebohrt werden. Das Sauerstoffgebläse trennt aber nicht nur, es vereinigt auch. (Autogene Schweißung.) Wirft man z. B. ein Stück Kesselblech zum Ring, und schrägt die Endflächen an der Stoßfuge ab so daß eine Rinne entsteht, die mit einem dicken Eisendraht ausgefüllt wird, so verschmilzt das Gebläse in kurzer Zeit die Fuge so, daß am abgekühlten Ring keine Schweißnaht mehr kenntlich ist. Bei allen Prozessen, bei denen die Luft eine Verbrennung unterhalten mußte, z. B. beim Hochofen, bei der Bessemerbirne, erlaubt die Verwendung von reinem Sauerstoff eine bessere Ausnützung des Brennmaterials. Die Luft bedeckt ja nur zu ⅘ aus dem die Verbrennung unterhaltenden Sauerstoff; ⅕ bildet der träge Stickstoff, der bei jeder Heizanlage entweder in dieser selbst oder in getrennten Vorrichtungen mit dem Sauerstoff vorgewärmt werden muß, da sich sonst das Feuer zu stark abkühlt. Die ganze Wärme, die der erhitzte Stickstoff durch den Schornstein entführt, oder die vorher zu seiner Vorwärmung aufgewendet werden muß, ist nutzlos verloren.

Die bessere Ausnützung des Brennmaterials bei Verwendung reinen Sauerstoffs statt Luft wurde auch schon für die Beleuchtungstechnik ausgebaut gemacht. Die heiße Flamme, die die Glühkörper des Gasglühlichtes zum Leuchten bringt, ist eine sogenannte Bunsenflamme: bei der vor der Verbrennung das Leuchtgas sich mit der nötigen Menge Luft mischt. Führt man statt dieser Sauerstoff zu, so erreicht man mit ⅕ der Leuchtgasmenge dieselbe Temperatur, so daß, wenn man im großen den Preis des Sauerstoffs gleich den des Leuchtgases setzt, noch immer eine wesentliche Ersparnis erzielt wird. Freilich drückt dieses sogenannte „Minderergebnis" eine doppelte Anderung für Leuchtgas und Sauerstoff. Gegenüber der vielseitigen Weiterverbreitet des Sauerstoffs jetzt die des Stickstoffes zurück. Das Bestreben der Gastrennung ging auch zunächst dahin, reinen Sauerstoff herzustellen. Als sich dann aber gewissermaßen als Nebenprodukt auch reiner Stickstoff ergab, mußte man auch für diesen nutzbringende Verwendung. Stickstoffsalze sind bekanntlich das wichtigste Nahrungsmittel der Pflanze. Die Düngung mit Salpeter, von dem Deutschland jährlich 500 000 Tonnen einführt, beruht auf dem Stickstoffgehalt dieses Salzes. Von der künstlichen Herstellung stickstoffhaltiger Salze war in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Ausnützung der Wasserkräfte viel die Rede. Das eine dieser Herstellungsverfahren besteht darin, daß über glühendes Kalziumkarbid sehr reiner Stickstoff (er darf nicht mehr als 0.4 Proz. Sauerstoff enthalten) geleitet wird. Dann geht dieser sowohl so träge Gas mit dem Karbid eine Verbindung ein; es entsteht ein Salz, das 14 bis 22 Proz. Stickstoff enthält und den Namen Kalkstickstoff bekommen hat. Technisch diese Industrie noch sehr jung ist, betrug die Jahresproduktion 1908 schon 186 000 Tonnen.

Zum Schlusse sei noch eine höchst für die Wissenschaft wertvolle Nebenproduktion der Claudeschen Trennungsmaschine erwähnt. Es wurde oben berichtet, daß die atmosphärische Luft Spuren der sogenannten seltenen Gase enthält. Es ist nicht ohne Bedeutung, größere Mengen dieser Gase zu erhalten. Mit Hilfe der Gastrennungsapparate, die die atmosphärische Luft vorzugsweise verarbeiten, ist dies möglich. Indem Claude den Rest der Luft, der in seinem Trennungsapparat noch gasförmig bleibt, unter Ueberdruck in einer Spirale an die kälteste Stelle seiner Maschine leitet, gelingt es ihm, die am schwersten zu verflüssigenden Bestandteile der Luft, Neon und Helium, in reinem gasförmigem Zustande zu erhalten. Die erzielten Mengen von 6 bis 9 Liter pro Stunde bilden ein wertvolles Nebenprodukt, das insbesondere das Neon durch andere Methoden nicht in solcher Menge aus der Luft erhalten werden könnte. Gleichzeitig kann so mit großer Genauigkeit der Gehalt der atmosphärischen Luft an diesen seltenen Gasen festgestellt werden, und wurde zu 15 Teilen Neon und 5 Teilen Helium in einer Million Teilen Luft gefunden.

*

Die obigen Ausführungen entnehmen wir dem soeben erschienenen 111. Bändchen der bekannten Sammlung Aus Natur und Geisteswelt: „Die Kälte, ihr Wesen, ihre Erzeugung und Verwertung" von Dr. Heinrich Ott, München. Mit 45 Abbildungen und 2 Tafeln. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. Preis in Leinwand gebunden 1.25 M. Verfasser schildert an der Hand zahlreicher Abbildungen und anschaulich beschriebener Versuche das Verhalten der Gase und Dämpfe unter den tiefsten Temperaturen, um sodann die Kältemaschinen, die ihnen zugrunde liegenden Prinzipien, ihre modernsten Konstruktionen und Vervollkommnungen und endlich die technische Anwendung solcher tiefster Temperaturen darzustellen, und gibt so, für jeden verständlich einen Ueberblick über eines der interessantesten und wichtigsten Gebiete der modernen experimentellen Physik.

Die Vagabunden

Roman von Karl von Holtei

Vierundzwanzigstes Kapitel

Aus Antons Tagebuch

D., den 3. Juni 18..

„Sie ist viel schöner als Tiefurtke, viel, viel! beaucoup! wenngleich um einige Frühlinge älter. Sie ist auch sehr gut, wohlwollend, mitleidig, tugendhaft. O, sehr. Um so erbärmlicher, weil sie die Frau eines ruchlosen Mannes war und eine Menagerietochter, weshalb sie von Kindheit auf unter reißenden Tieren lebte.

Ich gebe mir alle nur erfinnliche Mühe, an Ottilie zu denken, wie früher. Seitdem Madame Laura meiner linken Hand zu Ehren in Ohnmacht zu sinken so gütig gewesen, muß ich immer an Madame Laura denken. Es fällt mir jetzt erst ein, daß Ottilie von Kannabich auffallend mager war. Laura hat eine Figur wie die braune Pärdel, doch ganz in Weiß und Rot. Ihre Haut ist Samt, sie hat auch etwas von Pfirsich-Pflaum. Das weiß Madame sehr wohl. Sie weiß überhaupt, daß sie schön ist. Sie müßte auch taub sein, wollte sie es nicht wissen, denn die sahen Augen sagen es ihr von früh bis abends. Neulich, als sie mich im Französischreden übte, wobei sie auch versuchte, deutsch zu lernen, was sie durchaus nicht zustande bringt, fragte sie mich, wie „pain" auf deutsch genannt werde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ich dachte, sie brächte diese Dinge nur von gewissen, sehr reichen Leuten mit, und antwortete: „Frl. — Pelz.“ Wie konnte ich anders? Manchen, als mir aus der Bude zum Essen gehen wollten, rief sie mir zu: „Antoine, Sie mir geb' der Paradies, ohne das der Sonn mich verbrennt mein Frl.-Pelz?“ Da war sie so schön, wie sie das sagte, daß ich ihr am liebsten auf offener Straße zu Füßen gestürzt wär'! Aber ich hütete mich wohl.“

Den 11. Juni.

„Gestern sind wir abends in der Vorstellung des Herrn Michaletto Sanchez gewesen. Madame Simonelli, Madame Laura und ich. Beinahe wäre ich zurückgeblieben. Ich war in meiner gewöhnlichen Tracht und wollte die Frauen als Dienerin begleiten. Das war auch der Frau Mutter ganz recht. Laura jedoch bestand darauf, daß ich die hohen Stiefeln und kurze Jacke ablegen und den braunen Tuchrock anziehen mußte, den ich mir für die Kirche habe machen lassen. Ich mußte mich auch neben ihnen hinsetzen. Solange die drei Sanchezschen Mädchen arbeiteten, ließ mich Madame Amelot nicht aus den Augen. Ich mag wohl sehr kuriose Gesichter gemacht haben, vor Erstaunen.

Der Leuchtertanz ist wirklich wunderhübsch. Das heißt, die Leuchter tanzen nicht, und die Mädchen tanzen eigentlich auch nicht. Wie man's nehmen will. Die eine steht mit dem linken, die andere mit dem rechten Fuße, jede auf einem großen vergoldeten Leuchter. Ihre beiden anderen Beine schweben in der Luft. Mit dem einen Arme halten sie sich umschlungen, der andere hilft balancieren. Sie sind angekleidet wie Pagen, oder so etwas. Beide sehr gut gewachsen; es sieht also allerliebst aus, doch finde ich es nicht recht schicksam. Die oberen Kreise der Leuchter sind eingerichtet, daß sie sich leicht drehen, und nun fangen die beiden Frauenzimmer sich zu wenden an und wechseln Seiten und Arme, biegen sich vor und zurück und verkehren die kunstvollsten Stellungen. Einige Male meinte ich, sie müßten herunterpurzeln. Aber nichts da. Gleich sind sie wieder aufgerichtet und stehen so fest und gerade, wie wenn sie wirklich ein paar dreimalige Wachskerzen wären.

Die Rosalie, die sich auf dem schlaffen Seile schwingt, ist die hübscheste; das heißt, Madame Amelot reicht sie nicht das Wasser. Doch hat ihr Papa die Wahrheit von ihr gesagt, sie ist wirklich ein Satan. Nicht nur auf dem Seile, auch so. Höchstens vierzehn Jahre kann sie haben, und doch liebäugelt sie mit allen Herren im ganzen Saale. Sogar mit den alten. Einige Male warf sie mir recht kecke Blicke zu, und jedesmal, wenn sie das tat, zuckte Madame Amelot mit den Ellenbogen, als wollte sie mich anstoßen und mich aufmerksam machen, daß ich vielleicht schon gar nicht mehr wußte, wohin ich gucken sollte.

Morgen oder übermorgen treffen Guillaumes ein. Ihr Zirkus ist fast fertig. Da haben sich die Zimmerleute gespielt.“

Vom 17. Juni.

„Gestern gab Herr Guillaume seine erste Vorstellung. Prachtvoll! Diese Kleidungen; dieser Reichtum an Dienern und Musikern; die vortrefflichen Reiter und Voltigeurs; Ach und die Pferde! Immer eins herrlicher als das andere! Habe ich Wunder gemeint, was unseres seligen gnädigen Vaters Leibschecke für ein Roß wäre. Na, gute Nacht! Möchte das ein Glück sein, auch so herumzujagen und das Jubelgeschrei der Menschheit um sich her zu hören. Die Reiter wurden wie berauscht davon, sie schrien zuletzt mit aus voller Kehle, wenn sie vorbeiflogen, daß mir dem Zuhören und Zusehen der Atem ausging. Sold' ein Mensch möchte ich sein, wie der Harvey. Wie der unbeweglich auf seinem wackeln Roße stand, und das flog unter ihm fort, und er stand immer fest. Madame Adelaide ist recht schön, doch mir könnte Demoiselle Jartour besser gefallen, sie hat einen melancholischen Zug um die Augen, als ob sie unglücklich wäre.

Ich konnte mir's nicht versagen, diese Personen, die mir wie übernatürliche Wesen erschienen waren, in der Nähe anzuschauen. Da meine Damen geschlossene Sitze hatten und ich unter den stehenden Herren mich befand, wurde es mir leicht, nach den Bühnen zu drücken, wo die Reiter und die Rosse Toilette machen. Herr Michaletto Sanchez war noch dort, wie wenn er bei sich zu Hause wäre, und stellte mich dem Herrn Direktor Guillaume vor. Nein, aber was die Menschen ungeheuchelt und falsch sind! Das ist zum Erschrecken! Der nämliche Sanchez, der neulich bei uns auf Herrn Guillaume geschimpft, was er nur herausbrachte, war jetzt, wie wie Franzosen sagen, frère et cochon mit ihm, wie mit seinem intimsten Freunde. Da verlasse sich einer auf die Leute!

Herr Guillaume „arbeitet“ jetzt nicht mehr; er macht es sich bequem, dirigiert das Ganze, spricht das Geld ein und führt unterweilen die Peitsche, die er nicht schont, wie mir vorkommt. Er wäre ein stattlicher Mann, wenn er nicht einen so dicken Bauch hätte.

Sanchez erzählte mir, daß dieser Guillaume zu den jungen Offizieren gehört hat, die vor so und so viel Jahren ein Herr Wagner oder Mahler aus der erste in dieser Art mit nach Deutschland brachte. Weil dieser sich Stallmeister des Königs von Spanien titulierte, heißen alle Kunstreiter in diesen Gegenden Norddeutschlands noch heutzutage „Spanische Reiter“, und wenn sie auch aus Burtehude kämen. Dieser Herr Mahler drang mit seiner Schar bis nach der Residenz vor und brachte es dahin, im Serail des Großherrn eine Vorstellung geben zu dürfen. Die meisten der Schüler, die er bei sich gehabt, sind hülterhin Direktoren von eigenen Truppen geworden, denen es gut gehen soll, als: Kleinschmeck, Kolter, de Bach, Tourniaire und wie Michaletto sie nannte. Herrn Guillaume, na, dem geht es gewiß gut. Woher hätte er sonst sein Fett?

Seine Gattin, die unter dem Namen Adelaide aufgeführt wird, scheint sich aber verzweifelt wenig aus ihm zu machen. Sie ist viel jünger als er. Sanchez behauptet, der Hanswurst der Gesellschaft wäre jetzt ihr begünstigter Liebhaber. Das wird wohl aber eine Verleumdung sein. Ich kann mir nicht denken, wie solch' eine vornehm aussehende Dame ihrem Gemahl treulos werden oder gar einen Hanswursten lieben sollte, der sich im schmutzigen Sande umherwälzt und auf dem Kopfe steht wie unsere Affen.

Herr Guillaume war sehr freundlich gegen mich. Madame auch. Sie musterten mich und meine ganze Figur von oben bis unten, wie wenn sie mich kaufen wollten, und fragten mich dann, ob ich nicht Lust hätte, das „Metier“ zu ergreifen. Ich erröterte, ich würde mich wahrscheinlich sehr ungeschickt anstellen, denn ich hätte gottlebens noch auf keinem Pferde gesessen. Nichtsdestoweniger, setzte ich hinzu, liebte ich die Pferde leidenschaftlich und wäre wie bezaubert von dem, was ich hier gesehen, so daß ich mich im Fieber befände! Sie lachten mich aus, das Morgens manchmal in die Proben zu kommen. Ich könnte es ja, sagten sie, scherzweise versuchen. Warum nicht, das kann ich wohl tun.“

Den 18. Juni.

„Ich werde nicht einschlafen, ehe ich nicht die Einzelnheiten des heutigen Tages niedergeschrieben. Doch bin ich kaum imstande, die Feder zu führen, weil mir die Hand zittert. Meine Aufregung ist fürchterlich.

Schon seit vorgestern abend, seitdem ich aus der Guillaumeschen Garderobe kam, ist Madame Amelot von der übelsten Laune gewesen. Ich schob das auf ihre Verstimmung wegen des großen Balkettes, den die Reiter hatten, der uns die Einnahmen unserer letzten Tage notwendig schmälern mußte, und dachte nur an den lieben Bräutigam, um so mehr, weil sich Madame Simonelli ehrlich darüber aussprach.

Gestern begab ich mich in den Zirkus während der Morgenstunden, wo bei uns keine Seele anwesend war und ich leicht abkommen konnte. Herr Guillaume empfing mich wie einen willkommenen Gast und ließ mir ein Pferd vorführen, um zu sehen, wie ich mich benehmen würde. Mir schlug wohl ein bißchen das Herz, aber weil Madame Adelaide und Demoiselle Adele Jartour zugegen waren, schämte ich mich, nein zu sagen und dachte: jetzt ist schon alles eins, und sollte es an den Kragen gehen, gerissen muß sein. Kaum saß ich im Sattel, wurde mir zu Sinne, als ob ich darauf geboren wäre. Gott weiß, wie das zugeht, aber alle riefen es aus, und ich muß es selbst sagen, ein geübter Reiter könnte sich kaum besser halten. Niemand wollte mir glauben, daß ich noch nie zu Pferde gesessen. Ich tummelte das wilde Tier mit leichter Hand länger als eine Stunde hindurch in der Bahn, zum Ergötzen der Truppe. Ich wollte mich gar nicht von ihm trennen, und wäre nicht die Speisestunde herangerückt, ich säße, scheint mir, noch darauf. Herr Guillaume entließ mich nur, nachdem ich fest gelobt, wiederzukommen. Der Stallmeister versicherte mir, solches Talent sei ihm noch nicht begegnet, und ich müsse von Vorfahren abstammen, die mehr auf dem Pferde als auf dem Erdboden gelebt hätten. Meines Vaters, des Kavalleriemajors, gedenkend, wollte ich schon zustimmend erklären, wie das zusammenhänge, aber ich gedachte meiner armen Mutter und verstummte wieder.

Bei Tische erzählte ich den Vorfall. Madame Simonelli warnte mich, auf die Avancen, die man mir dort gemacht, etwas zu geben. „Sie möchten mir,“ äußerte sie, „einen netten Burschen abspenstig machen, und du, mein Sohn, hättest, wenn du dich verführen ließest, auch nichts davon, als Weitlaufe zu werden, um viel Plage und wenig Geld.“

Madame Amelot, die schon vorher über Kopfschmerz geklagt, verließ die Tafel, ohne zu essen. Ich sah sie nicht wieder den ganzen Tag.

Heute vormittag, eben dieweil ich mich zurecht machte, um wieder in die Manege zu gehen, trat sie in unsere Bude, blieb und bat mich, sie allein zu lassen. Ich hatte die Bitterkeit und bat sie, mich zu verlassen. Sie kam für nicht an mich heran und sagte mir leise ins Ohr: „Wenn Sie noch einmal Madame Adelaide sehen, sehen Sie mich nie mehr. Sie haben die Wahl.“ Dabei war sie fast so bleich, als da sie am Tiger ihren Sonnenschirm zerschlug, meine Hand zu retten. Ich flüchtete, sie werde wieder umziehen.

Doch ehe ich noch antworten konnte, war sie verschwunden. Natürlich blieb ich, was ich war, legte meinen Gehrock wieder an den Nagel, band eine Schürze vor und half den Knechten, um nur etwas zu beginnen. Aber ich mußte nicht, sollte mir geschehen, noch was ich tat. Ich wußte auch nicht, sollte ich wütend sein, weil mir das Vergnügen, zu reiten, untersagt wurde, oder sollte ich entzückt sein über Lauras Eifersucht? Denn daß es Eifersucht ist, was sie garnig macht, darüber bleibt mir jetzt kein Zweifel mehr.

Also Laura interessiert sich für mich? Die schöne, stolze Frau, meiner Herrschaft Tochter, für mich, den Kostmacherjungen? Nein, wenn sie das in Liebenau wüßten!

Eine Stunde später kam Madame Simonelli auch in einer Art von Zorn oder Berger oder Wut — ich weiß nicht, wie ich es nennen soll, wie halt jemand ist, der sich eben heftig gezankt hat — und befahl uns, die eiligsten Anstalten zur Abreise zu treffen. Morgen früh geht es schon fort. So geschwind? Wir haben noch nicht einmal die Affichen aus der Druckerei, auf denen die letzte Hauptfütterung angezeigt wurde.

Gern wäre ich wenigstens heute abend in den Zirkus gegangen, die Reiterei noch einmal mit anzusehen. Doch wer dürfte so etwas wagen? Auch gab es bei uns schrecklich viel zu tun. Jetzt sind wir in Ordnung. Mit Tagesanbruch geht es ab. Hier erste werde ich weder Zeit noch Raum zu schreiben finden. O, mein Himmel, was werde ich auf diese Blätter zu schreiben haben, wenn ich sie wieder zur Hand nehme?“ —

So weit für diesmal die Auszüge aus Antons Tagebuch.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Schauspielhaus

Gerhart Hauptmann: Einsame Menschen

Das Jugenddrama Hauptmanns, das der sozialen Ära der jungen Generation von 1890 so wirksamsten verwirklicht, hat dem Prinzipien der Hofbühne bisher nur ganz kurze Zeit angehört. Das ist lange her, sehr lange, allzu lange. Es war dem Dichter nicht beschieden, an dieser Bühne für die Generationen zu wirken, aus denen Sonnenaufgang heraus es geboren war. Das ist nicht einzuholen, so wenig wie die Zeit, von der es zeugt und deren Abstand aus der Gegenwart eben an dem Drama sehr gut zu erweisen ist. Glücklicherweise aber hebt es trotz dieser trennenden Entfernung. Es hat neben dem Zeitwert Menschenwert genug, um den zerstörenden Gang der Tage zu überwinden und zu überdauern. In der Hülle des Geschehenen, das einst so unmittelbar und eindringlich zu uns sprach, birgt sich ein Allgemeines, dessen Extreme heute und wohl auch später immer bemerkbar werden werden. Hauptmann gab uns das Drama des reifenden jungen Menschen, den Blut und Geist in das flammende Feuer des Lebens hineindrängt und der nun erwachen muß, ob er stark genug ist, sich gegen alle Vergangenheit zu stellen und, sei's als ein einsamer Einzelner, aufrecht zu bleiben im Kampf des höchsten irdischen Wollens. Johannes Vockerat bricht zusammen in diesem Kampfe, in dem alles, was er gekannt, geliebt, heute als hemmender Widerlicher empfunden wird. Er ist nicht der Mensch des überlegenen Selbstgenügens und Selbstvertrauens; er ringt um Unabhängigkeit, ist aber jetzt noch in allen Fasern tiefst Sklave einer abhängigen Natur. Seine werdende Persönlichkeit ist eben auf den Entwicklungsmöglichkeit gestellt, wo sich entscheiden soll, ob diese Abhängigkeit in die Moment ausdringen kann, und nun spielen alle Fasern der Krise: fiebernde Bewegung des Willens, ein Ketzen nach gleichgestimmten, verkehrenden Geistern, zerfreizte nervöse Unruhe und Ungeduld, unter denen Persönlichkeitsmomente sich verkehren in empfindende Unzerrissenheit, Unzulänglichkeit der Kraft (Kraft und Geistigkeit sie trennt) sich nicht aber für die eigene Schwäche verantwortlich. Sie tut es nebenbeiläufig, ohne Unschuldsbrief, einfach deshalb, weil sie über die Kraftmacht im Reflexen ist, weil sie ihrer Kraft das Höchste zumutet (wozu sie noch nicht bis zum Höchsten Zweifel an sich selbst gelangt ist. In Johannes Vockerat zeigt sich dieser Zustand in ganzer Spannung: er hat Willenskraft, aber sie ist nicht groß genug, die Widerstände zu überwinden, und reizt sie eben um so mehr zu heftiger Gegenwehr auf.

Von dieser Auffassung des dramatischen Inhalts der Einsamen Menschen aus war Herrn Kindes Johannes Vockerat nicht zu verfehlen. Der Gestalt fehlte der hervorgende Reiz, so viel hat Vockerat, der die Theatralik beiseite macht und zum dramatischen Widerhaner geworden ist, jedes rein menschlicher Zeitwert; aber Herr Kinde [illegible] Vockerat nicht heraus. Er vermochte gleich zu Beginn [illegible] Vorgänge, die doch Kraft bezeugen und [illegible] weil sie sich nicht vergessen lassen: einen Zug, [illegible] abtrünnigen Großhandelsvorstehersohn, der ganz und gar nicht zu einem ernsthaft ringenden Menschen paßt. Für den Weber hat Herrn Kinde ist ein weltschmerzlicher Zug begründend, der sich nur schwer abgrenzt und ausdrücken läßt; Herr Kinde versuchte offenbar, ihn mitzugestalten, denn das ist bei dieser Gestalt notwendig, aber man hat es sich Gewalt an und fand die Brücke zu dem über das Persönliche hinausfliegenden Wesen Vockerats nicht. Man spürte nur immer die Verschiedenheit zweier Naturen: den Abstand dessen, der darstellte, von dem, der dargestellt werden sollte. Vielleicht hängt das Mißlingen auch ein wenig damit zusammen, daß das Alter Vockerats schon zu sehr hinter Herrn Kindes eigenem Alter zurückliegt: er liebt sich nicht zu den Seelenkämpfen dieser Jugend gerückt, um sie nachfühlend in ihrer Schwere durchleben zu können. In Johannes Vockerat wirkt trotz allem Verlangen der Kraft ein lebendiger Konzentrationsstoffe, aber Herr Kinde gab nur ein Bild schwächlicher Zerfahrenheit. Damit büßte das Werk die Wirkung ein, die es erzielen kann. Herrn Kindes Vockerat ist nicht wert, daß ihm ein anderes Leben geopfert wird; sein Kampf ergreift nicht, der Ernst seines Lebens interessiert nicht. Aber wenn Herr Kinde diese Gestalt nicht hätte übernehmen sollen, wer könne dann in Betracht? Man sagt uns ist in Verlegenheit. Eine Liste liegt im Entwurfe: eine weite hagere Kreis fehlt. Fehlt nicht nur für die Aufführung dieser Dichtung. Neben Herrn Kinde gab es sonst viel Gutes. Die Frau Mutter der Frau Körner war wieder ein aus dem Ganzen des Dramas geschnitzt Werk: ein Idealbild mütterlicher Weiblichkeit. Ein Geschöpf voll feinster Geistesstraft und geläuterter Selbstsucht. Das Herrliche war, wie Frau Körner diese Züge aus dem mädchenhaft Weiblichen herausschneiden ließ. Hier liegt die Schwergewalt der Leistung, die, wie alles, was Frau Körner gestaltet, vor allem unser physisches Schauen beschäftigt und durch ihre ungewollte Logik im physischen Geschehen übergangt und packt. Dann die Rätte Vockerat des Fräulein Trepsing. Auch das eine bewundernswerte Arbeit. Die Darstellerin hielt, ihrem Naturell entsprechend, das Klage, das der Gestalt Mitleid eigen ist, betont hervortreten, und drückte durch die Darstellung des schweigend gefühlten Kampfes einen Zug von Heftigkeit in das Bild, der an sich wahrscheinlich ist, aber doch erst dann gelten kann, wenn zugleich das Geringsinnige, Hilflose dieser leidenden, dulderischen Frau zum Ausdruck kommt. Beides läßt sich zur Einheit verbinden, aber Fräulein Trepsing hielt diese eingelassenen Züge allzu wenig hervortreten. Die Art, wie sie die Gestalt anlegt, steigert die Anforderungen, die an die Darstellung des Johannes gestellt werden müssen. Das alte Elternpaar Vockerat — einheimisch-bürgerliche frommgläubige Ehrbarkeit — wurde von Herrn Alfred Meyer und Frau Barbara-Müller vortrefflich verkörpert. Den Vater Braun des Herrn Hanns Fischer fehlte es an ausgeprägter Charakteristik; die Gestalt dieses unzufriedenen, energiearmen Urbürgersohnes blieb farbenblaß. Den Pastor Colin stellte Herr Müller mit den bekannten Zügen her, die er für Pastorengestalten bereit hat. Die Szenerie war nicht glücklich gewählt; das Vockeratsche Zimmer zeugte keineswegs von einem gewöhnlichen ländlichen Heim und hatte vor allem auch nicht diese Wohnlichkeit haben, wenn auch dem Zeitbild der Hauptmannschen Dichtung nicht Genüge tut. Jahr: 1890 Jahre. Ird.

Bilder-de Künste

Künstlerworte. Das Paris-Journal hat den Bildhauer Rodin und den Komponisten Debussy darüber befragt, was sie von der in Deutschland verbreiteten Meldung denken, der deutsche Kaiser habe ihnen den Orden pour le mérite verleihen. Die beiden werden von der ganzen Geschichte nicht das Geringste. Sie haben ihnen Orden nicht zugegeben. Rodin sagte: „Ich weiß von nichts. Ich bin Mitglied der Berliner Akademie und habe wie alle anderen in Berlin meine Arbeiten ausgestellt. Der Kaiser liebt meine Kunst nicht. Hat er etwa das Kunstverständnis Liebknechts gehabt, der, wie ich Ihnen, nach München gehen mußte? Die Erziehung der Fürsten gestattet ihnen nicht, die Arbeitswehen der Schöpfer, der ewigen Erneuerer, zu verstehen; der deutsche Kaiser kann nicht haben, was allen Traditionen seiner Umgebung widerspricht. Ich bin erstaunt darüber, daß die Künstler der Akademie, die Wolfer einbegriffen, mich der Ehrung für würdig halten; daß ihr Verleihung nicht Berücksichtigung fand, macht mir keinen Kummer.“

Auch Debussy hat seine Ahnung von dem Vorgefallenen. Er sagte: „Das haben sie verstanden zu gewinnen, daß sie mich nicht decorieren haben! Was haben diese Leute mit mir zu tun, was hab' ich mit ihnen zu schaffen? Während der Minister [illegible] Rede hab' ich erlangt, was ich von der Musik, den Musikern und den Musikfreunden Deutschlands bestehe. Ich glaube nicht, daß das so ausfällt, als verlangte ich einen Orden von ihnen. Jetzt hat sich gar eine Akademie ein mit geschmeichelt lassen! Die Akademien bleiben sich überall gleich; immer dieselbe Sumpf. Wie die Wetterfahnen drehen sie in der Zeit, im Zeitgeist und Ruhm. Sagen Sie nur gleich heraus, daß ich nicht von Deutschland erwarte und auch von der [illegible] Elsaßern meinen Vaterlandes nichts wissen will. Ich antworte wie ein Bäuerlein, das genügt mir vollkommen.“

Die Antworten sind so wunderbar in ihrem tiefen Gehalt, daß eine gewisse Seite deutscher Mentalität daraus heraus kennen lernen unglücklich wäre.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110203/14
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG